

CHRISTIN CHRIST UND CuS SOZIALISTIN SOZIALIST

**Blätter des Bundes der
Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten
Deutschlands e.V.**

Einzelverkauf
3 €

55. Jahrgang
Dezember 2002

3-4/02

Predigt gegen den Krieg

von Constance L. Benson



Außerdem: Franz-J. Hinkelammert über **Bibel und Ökonomie** • Ulrich Peter, Helmut Pfaff und Maik Eisfeld kommentieren die **Bundestagswahl** • Anne Nibbenhagen und Udo Fleige über **Nicaragua** • und viele weitere Texte

Herausgeber

Bund der Religiösen Sozialistinnen
und Sozialisten Deutschlands e.V.
(gegründet 1926)

Redaktion

Darius Dunker	Aachen (verantw.)
Udo Fleige	Tübingen
Thorsten de Jong	Aachen
Mario Lucas	Aachen
Dörte Münch	Erfurt
Matthias Nauwerth	Ellerbek
Christa Peter	Berlin
Ulrich Peter	Berlin
Helmut Pfaff	Frankfurt a. M.

Kontakt und Bezug

s. hintere Umschlaginnenseite

Erscheinungsweise

Nach Möglichkeit 2-4 mal pro Jahr

Gestaltung / DTP

Darius Dunker & Thorsten de Jong

Druck

Hephata-Werkstätten
Mönchengladbach
Hergestellt auf Umweltschutzpapier

CuS / BRSD im Internet

www.brsd.de

Webmistress

Tina Terschmitt Aachen

ISSN 0945-828-X

Inhalt

■ KONFLIKTE

Connie Benson

Predigt gegen den Krieg

4

Dokumentation

ÖRK-Erklärung zum Irak

9

Zentralamerikakomitee

**Warum wir mit Israel solidarisch sind –
und mit welchen Zweifeln**

11

Jost-Hinrich Eschenburg

Friede mit dem Wolf von Gubbio?

15

■ WIRTSCHAFT

Franz-J. Hinkelammert

Fülle und Knappheit –**Überlegungen zu Bibel und Ökonomie**

20

Franz-J. Hinkelammert im Interview

29

■ NICARAGUA

Anne Nibbenhagen

**Katholische Kirche und Regierung auf
Konfrontationskurs**

36

Udo Fleige

Euro, Dollar und unser Volksbildungsprojekt

38

■ INLAND

Ulrich Peter

Gab es eine Wahl bei der Wahl?

40

Helmut Pfaff

Zur Lage der PDS nach der Bundestagswahl

52

Maik Eisfeld

Verheerende Niederlage für die Linke

54

Martina Ludwig

Kapitalismus macht Krank – Jesus heilt

56

■ BÜCHER

Marie Veit: Vom Charme Gottes reden • Gerd Lüdemann:
Die Auferstehung Jesu (Heinz Röhr) • Carsten Peter Thiede:
Die Messias-Sucher (Heinz Röhr) • Human Rights Watch
(Jürgen Schübelin) • Nicaragua-Kalender 2003

59

»Kann es etwas geben, was stärker der Ehre Gottes widerspricht,
als der Krieg und alles, was mit dem Krieg zusammenhängt?
Der Krieg ist die große Zerstörung und Schändung der Schöpfung Gottes.«

Als der Schweizer religiöse Sozialist Leonhard Ragaz diese Sätze schrieb (ein längerer Auszug steht auf der Hefrückseite), war wie dieser Tage gerade Weihnachtszeit, doch es war keine Zeit wie diese. Es war eine Zeit des Schreckens und der Zerstörung, es war Krieg. Ragaz warnte hier nicht vor den potenziellen Gefahren einer möglicherweise bevorstehenden Auseinandersetzung – das hatte er unter anderem als Aktivist des Internationalen Versöhnungsbundes schon lange vorher getan – sondern es war das Jahr 1943 und es tobte der Zweite Weltkrieg.

Ob in diesem Winter ein Krieg gegen den Irak geführt werden wird, und mit Beteiligung welcher Länder, können wir bis Redaktionsschluss nicht sagen. Warnende Stimmen möchten wir aber zu Gehör bringen. Wir dokumentieren deshalb eine Predigt der New Yorker Theologin Connie Benson (ab S. 4) und eine Erklärung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen (S. 9).

Es ist wohl nicht gleich ein Dritter Weltkrieg zu befürchten, aber der Konflikt mit dem Irak ist von vielen Seiten verbunden mit den kriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen Israel und Palästina (siehe S. 11), in denen fast täglich Menschen ums Leben kommen, mit dem längst nicht beendeten Krieg in Afghanistan, mit terroristischen Anschlägen an verschiedensten Orten der Welt... Es ist also bereits ein Weltkonflikt, der an einigen Stellen als offener Krieg ausgetragen wird. Connie Benson erinnert daran, inwieweit ihr eigenes Land für diesen globalen Konflikt mitverantwortlich ist.

Ulla Schmidt (SPD), erklärte im Herbst letzten Jahres den Delegierten ihrer Kreiswahlkonferenz, die sie zur Bundestagswahl aufstellen sollten, nach den Anschlägen in New York dürfe nicht eine Barbarei mit einer neuen beantwortet werden, es komme vielmehr darauf an, etwas gegen die krassen Ungerechtigkeiten in der Welt zu unternehmen.

Die klare Positionierung gegen eine deutsche Beteiligung an einem Angriff auf den Irak hat Rot-Grün vermutlich noch einmal knapp den Wahlsieg ermöglicht. (Mehr zur Wahl auf den S. 40-55.) Wenn deshalb Leute wie Ulla Schmidt ihre Regierungsbämter behalten konnten, müssen wir sie jetzt beim Wort nehmen und im Sinne ihrer eigenen Wahlaussagen unter Druck setzen.

Es darf eben nicht gelten, wie es in dem unsäglichen »Steuer-Song« heißt: »gewählt ist gewählt, ihr könnt mich jetzt nicht mehr feuern, das ist ja das Geile an der Demokratie!« Apropos Steuer-Song. Erkennt eigentlich niemand, dass Steuer nicht gleich Steuer ist, und dass wir wohl die eine oder andere Steuer brauchen werden, wenn öffentliche Leistungen nicht komplett abgebaut werden sollen?

Es kommt auf gerechte Steuern an, die nicht die Schwächsten ausbeuten, sondern leisten, wozu sie eigentlich da sind: je nach Möglichkeit von denen zu nehmen, die genug übrig haben, um Leistungen für die Allgemeinheit und die Bedürftigen zu finanzieren. Ein Skandal ist es allerdings, wenn mit diesen Geldern statt dessen Kriege geführt oder neue Kriegsflugzeuge gekauft werden.

Darius Dunker

Predigt gegen den Krieg

Widerstand gegen die Vorbereitung eines neuen Kriegs gegen den Irak regt sich nicht allein in Deutschland, sondern auch in den USA. CONNIE BENSON (Foto) hielt die folgende Predigt am 4. August 2002 vor der (radikal pazifistischen) mennonitischen Gemeinde von New York. Sie kritisiert die massive Manipulation der öffentlichen Meinung und warnt die amerikanische Öffentlichkeit, sich angesichts der eigenen, verheerenden Geschichte unrechter und gewalttätiger Außenpolitik nicht zum Richter über »einen kleinen Tyrannen« aufzuspielen. Als LeserInnen in Deutschland müssen wir uns vor Augen halten, dass dieser Text für ein amerikanisches Publikum geschrieben ist: Was als schonungslose Selbstkritik gedacht ist, kann sonst allzu leicht als Antiamerikanismus missverstanden werden.



Lesung aus dem Alten Testament: 1. Könige 22,1-36:

Bevor er in den Krieg zieht, lässt König Ahab sich von 400 falschen Propheten segnen. Allein der Prophet Micha spricht Gottes Wort des Friedens und warnt den König, dass durch das Schwert umkommen wird, wer das Schwert nimmt. Der König lässt Micha einsperren, aber die Prophezeiung erfüllt sich.

Lesung aus dem Neuen Testament: Matthäus 7,1-5:

In der Bergpredigt lehrt Jesus seine Jünger: »zieh zuerst den Balken aus deinem Auge; danach sieh zu, wie du den Splitter aus deines Bruders Auge ziehst.«

Der amerikanische Senat hat die öffentlichen Anhörungen zu einem möglichen Krieg gegen den Irak begonnen. Mich macht die große Ähnlichkeit zwischen dieser Anhörung und der falschen, von König Ahab inszenierten Anhörung vor seinem Krieg gegen Ramot in Gilead zutiefst betroffen. Wann immer es an Massenmord und Plünderung geht, darf der Segen der intellektuellen Elite eines Landes nicht fehlen. Genauso wie die 400 falschen Propheten sich einhellig für Ahabs Krieg aussprachen, erzählen alle wichtigen außenpolitischen Experten der Bush-Regierung genau das, was sie hören möchte: »Heizt Saddam ein, bis er geschlagen ist.«

Der biblische Micha war mit der Kriegspolitik nicht einverstanden und stand damit

ziemlich allein innerhalb der israelischen Elite. Aber im Gegensatz zu Amos und anderen sozialen Außenseitern war Micha dem Hof bekannt und hatte Zugang zur Macht. Sein Nachname *ben Imlah* belegt, dass er einer adligen Familie entstammt. Er war natürlich bekannt dafür, den Mächtigen die ungeschminkte Wahrheit zu sagen, und zunächst war er ja auch nicht eingeladen worden, vor dem König zu prophezeien; möglicherweise hat er sich auch selbst dagegen entschieden, vielleicht weil er den Eindruck hatte, in dieser Situation ohnehin keinen Einfluss ausüben zu können. Aber bevor er sich gegen diesen Krieg aussprach, gehörte er eindeutig der Elite an. Nach seiner Rede wurde er ins Gefängnis geworfen und die Bibel weiß nichts Weiteres über ihn zu berichten.

In der Frage eines Kriegs gegen Ramot in Gilead sprach Micha das Wort Gottes, aber der König weigerte sich, zu hören. Gott mag der Schöpfer der Geschichte sein, aber solange das Reich Gottes noch nicht vollendet ist, richten menschliche Tyrannen ihr Unheil an. Genau diesen Eindruck haben wir auch heute. Die wenigen prophetischen Stimmen, die sich gegen die aktuellen Kriegspläne aussprechen, scheinen unterzugehen im Chor der falschen Propheten, die unsere Universitäten, Medien und politischen Institutionen dominieren. Als Christen und Mennoniten mögen wir nicht die Möglichkeit haben, diesen Krieg zu verhindern, aber Gott ruft uns auf, Widerstand zu leisten – durch Suchen und Verbreiten der Wahrheit und durch die Bezeugung von Gottes Wort des Friedens und der Versöhnung.

Wer ist es, der heute die Rolle des biblischen Micha spielt? Wen benutzt Gott in unserer Zeit, um die Lügen und die Kriegspropaganda, die Geist und Herz der amerikanischen Öffentlichkeit vergiften, zu bekämpfen? Susan Mark Landis, eine Friedensaktivistin der die Mennonitischen Kirche der USA, hat einige anerkannte Autoritäten auf dem Gebiet der

Außenpolitik benannt, die sich gegen die aktuellen Kriegspläne aussprechen. Unter ihnen befinden sich ein ehemaliger US-Botschafter im Irak sowie vier ehemalige UN-Mitarbeiter im Irak. Bislang blieben all diese prophetischen Stimmen von den falschen Anhörungen im Senat ausgeschlossen.

Zu den ausgeschlossen Insidern gehört Colonel Scott Ritter, ein Parteimitglied der Republikaner und Marine-Veteran sowie ehemaliger UN-Waffeninspektor im Irak. Am 23. Juli berichtete er vor einer Anti-Kriegs Kundgebung, dass 20.000 amerikanische Marines und drei Luftlandeeinheiten der Air Force auf einen Kampfeinsatz im Irak für Mitte Oktober vorbereitet werden. Nach Ritter können weder Fakten noch nationale Sicherheit, internationales Recht oder schlichte Moral diesen Krieg rechtfertigen. Vielmehr sieht es so aus, als ob sich die Bush-Administration für den Oktobertermin entschieden hat, um das Volk rechtzeitig zu den Kongresswahlen im November um die amerikanische Flagge zu scharen.

Laut Ritter, der als UNSCOM-Waffeninspektor sieben Jahre im Irak verbracht hat, ist der Irak nicht mehr im Besitz von Massenvernichtungswaffen und auch nicht in der Lage, neue zu produzieren. Bevor sie den Irak 1998 verließen, untersuchten Ritter und seine Kollegen außer den eigentlichen Fabriken und Lagerstätten auch Berge von Akten zu Waffen, Bauteilen, und Fabriken. Ritter sagte, dass die irakischen Offiziellen zunächst über ihr Arsenal und ihre Fertigungsstätten logen, später aber, unter dem Druck der Untersuchungen und drohender Militärschläge, kooperierten. Keine der irakischen Angaben wurde für bare Münze genommen, die Inspektoren unterzogen sich größter Mühen, um die Einhaltung der Abrüstungsverpflichtungen unabhängig zu überprüfen.

Obwohl Ritter und sein Team den Irak bei ihrer Abreise 1998 also für »clean« hielten, spekuliert die Bush-Regierung jetzt, dass er

seither neue Massenvernichtungswaffen hergestellt haben könnte. Hierfür hätte der Irak allerdings komplizierte Geräte und Technologien beschaffen müssen, was kaum zu verheimlichen gewesen wäre. Ritter berichtete, dass bei der Herstellung von chemischen und biologischen Waffen Gase austreten, die mittlerweile entdeckt worden wären. Auch bei der Produktion nuklearer Waffen entstehen Gammastrahlen, was ebenfalls aufgefallen wäre. amerikanische Geheimdienste haben den Irak mit Satelliten und anderen Hilfsmitteln überwacht und nichts Verdächtiges entdeckt. Ritter schließt: »Würde der Irak heute Waffen produzieren, so hätten wir eindeutige Beweise dafür.«

Selbst wenn der Irak eine militärische Bedrohung für die USA darstellen würde, könnten wir Mennoniten Krieg als Antwort auf eine solche Bedrohung nicht gutheißen. Die meisten Amerikaner sind allerdings keine Pazifisten – eine Tatsache, die wir bei der Umsetzung unseres Werks der Friedenserziehung berücksichtigen müssen. Es ist daher hochinteressant, dass die gegenwärtigen Kriegsvorbereitungen selbst in den Augen außenpolitischer Experten wie Scott Ritter, der von sich sagt, dass er einen gerechten Krieg unterstützen würde, jeder Legitimation entbehren.

Die aktuelle Irakpolitik ist ein klares Beispiel institutionalisierten Übels – ein Zusammenspiel von militärisch-industriellen und Öl-Interessen sowie das machiavellistische Eigeninteresse ihrer Marionetten, einschließlich George W. Bush. Abgerundet wird das Bild durch die handverlesenen, meineidigen Experten, die sich zur Zeit vor dem Senatskomitee prostituieren und es damit den 400

falschen Propheten des Alten Testaments gleich tun.

Lasst uns diesen Abgrund institutionalisierten Übels etwas näher beleuchten. Und lasst uns fragen, ob Saddam Husseins Regime nicht selbst Teil davon ist. Ist es nicht so, dass dieser irakische Diktator Giftgas gegen seine eigene Kurdische Bevölkerung eingesetzt hat? In einem Krieg gegen den Iran, den er selber angefangen hat? Ist es nicht ebenfalls



Bush unterzeichnet seine Kriegsvollmacht.

so, dass er den Überfall auf Kuwait 1991 inszeniert hat, um seine eigene Macht auf Kosten von Millionen einfacher Irakis zu sichern? Und dass er ein Terrorregime aufrecht hält, das auch vor Folter und Mord an Dissidenten nicht zurückschreckt? Ist es nicht ferner so, dass Saddam

alles in seiner Macht stehende unternimmt, um in den Besitz nuklearer Waffen oder anderer Massenvernichtungswaffen zu gelangen? Und dass er bereit wäre, diese gegen eine amerikanische Stadt, vielleicht sogar New York, einzusetzen? Und wer, wenn nicht die Vereinigten Staaten, hätte die Macht und den Willen, solche Verbrechen zu verhindern?

Je näher der Jahrestag des 11. September rückt und je stärker das Trauma jener schrecklichen Angriffe wieder hervortritt, desto verführerischer werden diese Gedanken vielen Amerikanern scheinen – selbst jenen, die Militarismus unter anderen Umständen nicht unterstützen würden. Die heutige Evangelienlesung ist aus dem Leben gegriffen und bezieht sich direkt auf diese Realität: »zieh zuerst den Balken aus deinem Auge; danach sieh zu, wie du den Splitter aus deines Bruders Auge ziehst.« Saddam Hussein und andere mögen vor Bösem blind sein, trotzdem können wir Amerikaner den Splitter in ihrem Auge nicht

entfernen, wenn wir nicht zuvor den Balken aus unserem eigenen Auge entfernt haben.

Die Vereinigten Staaten befinden sich in keiner Position, die Welt vom Terrorismus zu befreien. Wenn es uns tatsächlich um die Beförderung von Frieden und Sicherheit in der heutigen Welt geht, so lasst uns anfangen, indem wir uns zuerst von der kriminellen Gewalt befreien, die unsere eigene Außenpolitik immer schon geprägt hat – beginnend mit dem Genozid an den indigenen Amerikanern in den Tagen unserer Vorfahren. Unser verehrter George Washington begann seine Karriere, indem er im Interesse vermöglicher Landspekulanten aus Virginia gegen Franzosen und Indianer kämpfte, amerikanische Kolonisten führ-

ten die biologische Kriegsführung bereits in den 1760er Jahren ein, als sie mit Pockenviren verseuchte Wäsche aus einem Krankenhaus benutzten, um eine Epidemie unter den eingeborenen Amerikanern herbeizuführen. Eine Reihe amerikanischer Präsidenten, beginnend mit George Washington, befahl die gnadenlose Ermordung der indigenen Amerikaner sowie die Plünderung ihrer Länder. Der Vertrag von Greenville, den Washington den Indianern von Ohio aufzwang, war der erste von vielen, den die amerikanische Regierung nach Belieben brach. Hiermit begann unsere lange Geschichte der Missachtung internationalen Rechts.

Lasst uns Reue zeigen für den Terror in Lateinamerika und anderswo in der Dritten Welt, den unsere Regierung über weite Strecken des 20. Jahrhunderts aus Gier unterstützt hat – heuchlerisch legitimiert im Namen von Demokratie und Menschenrechten. Zu einer Zeit, in der Hollywoodfilme den Viet-

namkrieg glorifizieren, lasst uns unsere amerikanischen Mitbürger daran erinnern, dass unsere Regierung Vietnamesisches Land mit Agent Orange und anderen toxischen Chemikalien vergiftet hat, dabei mutwillig unzählige Dörfer vernichtet und Millionen Vietnamesen terrorisiert, verkrüppelt oder umgebracht hat. All dies für ein korruptes und diktatorisches Regime in Südvietnam, das den angeblichen Interessen Amerikas diene.



»Fühlt ihr euch durch diesen Krieg sicherer?«

Und, wichtiger als alles andere, zu einer Zeit, da unsere Regierung den Einsatz nuklearer Waffen gegen ein irakisches Regime vorbereitet, das angeblich zu verantwortungslos ist, um diese zu besitzen, lasst uns endlich den Balken der Atomwaffen aus dem Auge amerikanischer

Außenpolitik entfernen. Um dies zu vollbringen, müssen wir den Mythos um Präsident Harry Trumans Entscheidung, die Zivilbevölkerung von Hiroshima und Nagasaki zu verbrennen, zerstören. Für Historiker steht mittlerweile ohne jeden Zweifel fest, dass der Japanische Kaiser sich bereits im Sommer 1945 über diplomatische Kanäle an die Regierung Trumans gewandt hat, um ein Ende des Krieges zu verhandeln. Truman und seine Berater wussten, dass Japan sich auch ohne Invasion und ohne den Einsatz der Atombombe ergeben würde.

Zu genau dieser Zeit allerdings verlegte die Sowjetunion Truppen aus Europa nach Asien und wollte Japan im August angreifen. Auf Rat seines aggressiven Außenministers James Byrnes setzte Truman die Atombombe ein, um Zeitpunkt und Bedingungen der japanischen Kapitulation zu kontrollieren und die Sowjetunion einzuschüchtern, indem er Amerikas ungeheure Zerstörungskraft sowie

seinen Willen, Gebrauch davon zu machen, demonstrierte. Anschließend log er die amerikanische Öffentlichkeit an und kaschierte seinen Einstieg in die Politik des Kalten Krieges als humanitäre Maßnahme, die durch ein rasches Kriegsende ohne Invasion Japans Menschenleben sichern sollte.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass eine gründliche Untersuchung historischer Fakten eine lange Tradition amerikanischer Komplizenschaft in Genozid, Terror, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden und gegen die Menschlichkeit belegt – und diese Politik wird auf den höchsten Ebenen unserer Regierung gemacht und gutgeheißen durch die angesehensten Professoren, Kirchenmenschen, Medienexperten und weitere falsche Propheten. »Du Heuchler, zieh zuerst den Balken aus deinem Auge; danach sieh zu, wie du den Splitter aus deines Bruders Auge ziehst.« wo, wenn nicht im Kontext der aktuellen US Außenpolitik könnten diese Worte unseres Herrn und Erlösers Jesus Christus relevant sein?

Bevor wir uns darin versuchen, einen kleinen Tyrannen im Irak zu beseitigen, lasst uns zunächst den großen Tyrannen in Amerika abschütteln, unseren eigenen Diktator, der durch Wahlbetrug und Korruption in der Justiz an die Macht gelangt ist und der keinerlei Skrupel hat, Millionen Menschenleben in der Dritten Welt zu opfern, um diese Macht zu erhalten. Und lasst uns auch bedenken, dass die von den USA durchgesetzten Wirtschaftssanktionen der UNO gegen die Zivilbevölkerung des Irak genau am 6. August 1991 in Kraft traten, dem Jahrestag unseres Ersteinsatzes der ultimativen Massenvernichtungswaffe gegen die Bevölkerung von Hiroshima, zu meist wehrlose Frauen, Kinder, und Senioren.

Und schließlich, wenn wir uns bemühen, das prophetische Charisma Michas in unserer eigenen Zeit wiederaufleben zu lassen, so lasst uns nicht an seinem Schicksal verzweifeln: Im Gefängnis zu schmachten, während

der König und seine falschen Propheten in den Krieg ziehen. Michas Haft war auch eine Ankündigung von Jesu Erfahrung der Verlassenheit am Kreuz, eine Erfahrung, deren Annahme die Macht des Todes über uns Menschen für alle Zeiten gebrochen hat. Tyrannen mögen sich zuweilen durchsetzen, aber das Erlösungswerk Gottes geht weiter, und letztlich wird Christus über das Böse siegen.

Nur wenige von uns sind berufen, sich wie Micha in den Kreisen der Mächtigen gegen Krieg auszusprechen. Aber wir alle sind aufgerufen, den Balken aus dem eigenen Auge zu entfernen um einander lieben zu können wie Jesus uns geliebt hat. Jeder einzelne und jede einzelne ist aufgerufen, der Verantwortung für das Böse in der eigenen Seele gerecht zu werden, und zwar in jeder Beziehung und in jedem Augenblick. Dies ist der Beitrag, den wir leisten können, um das Reich Gottes »wie im Himmel so auf Erden« näher zu bringen. Möge die Gnade Gottes dieses Leben aus dem Evangelium in uns allen wach halten und durch uns die heilende Gegenwart Christi in diese terrorisierte und von Krieg gezeichnete Welt bringen.

Amen.

CuS sucht Beiträge

Du wolltest immer schon mal einem Beitrag mit deinen Ideen zu Religion und Sozialismus schreiben?

Du denkst, Diskussionen aus deinem politischen Umfeld dürften auch die Leserinnen und Lesern von CuS interessieren?

Du möchtest von deinen Erfahrungen als religiöse(r) Linke(r) berichten?

Wäre dann nicht eine Veröffentlichung in CuS genau das Richtige? Wir garantieren natürlich keinen Abdruck beliebiger Einsendungen, sind aber an Beiträgen, die zu unserer Themenstellung passen, sehr interessiert.

Kontakt siehe hintere Umschlaginnenseite!

DOKUMENTATION

ERKLÄRUNG DES ÖRK ZU DEN GEFAHREN EINES MILITÄRISCHEN ANGRIFFS AUF DEN IRAK

Der Zentrallausschuss, der vom 26. August bis 3. September 2002 in Genf tagt:

— zutiefst besorgt und beunruhigt über die fortdauernden Anstrengungen der Vereinigten Staaten von Amerika, internationale Unterstützung für einen neuen Militärschlag gegen den Irak zu gewinnen, mit dem erklärten Ziel, die Regierung von Saddam Hussein zu stürzen

— an die Worte der Ersten Vollversammlung des ÖRK (1948) erinnernd: »Der Krieg als Mittel der Beilegung von Streitigkeiten ist unvereinbar mit der Lehre und dem Vorbild unseres Herrn Jesus Christus. Die Rolle, die der Krieg im heutigen internationalen Leben spielt, ist Sünde wider Gott und eine Entwürdigung des Menschen«; — an die Erklärung der Siebten Vollversammlung 1991 zum Golfkrieg, dem Nahen Osten und der Bedrohung des Weltfriedens und an seine Erklärung vom Februar 1998 über die Lage im Irak, in der er vor neuen Militärinterventionen warnte, die unweigerlich viele Menschenleben fordern und das Leid des irakischen Volkes verschlimmern würden, erinnernd und diese bekräftigend;

— an spätere Maßnahmen und öffentliche Erklärungen des ÖRK erinnernd und sie bekräftigend, in denen der UN-Sicherheitsrat aufgerufen wurde, alle Sanktionen mit direkten und unterschiedslosen Auswirkungen auf die irakische Zivilbevölkerung unverzüglich aufzuheben;

— seine Überzeugung wiederholend, dass »unter der Herrschaft Gottes kein Staat und keine Gruppe von Staaten das Recht (hat), gegen andere Rache zu üben. Ferner hat kein Staat das Recht, einseitige Urteile zu fällen oder einseitige Maßnahmen zu ergreifen, die zur Zerstörung eines anderen Landes führen und Leid und Verelendung für dessen Bevölkerung bedeuten.« (Zentrallausschuss, Potsdam 2001);

— teilt die Ängste und Sorgen der Kirchen im Nahen und Mittleren Osten, die der Rat der Kirchen im Mittleren Osten in seiner Erklärung vom 5. August 2002 zum Ausdruck gebracht hat, und unterstützt dessen Aufruf zu »anhaltenden und entschlossenen diplomatischen und politischen Bemühungen, die die Regierung des Irak in die Verantwortung nehmen, und zu einer intensiven Kampagne mit

dem Ziel, das irakische Volk wieder handlungsfähig zu machen und seine Würde wiederherzustellen«;

— begrüßt die Christliche Erklärung, die Pax Christi, Vereinigtes Königreich, Mitte Juli veröffentlicht hat und in der die US-amerikanische Ankündigung von Kriegsplänen gegen den Irak mit eventueller britischer Unterstützung als unmoralisch und unrechtmäßig bezeichnet und bedauert wird, dass die mächtigsten Länder der Welt Krieg auch weiterhin als annehmbares Instrument der Außenpolitik ansehen und damit sowohl gegen die Vereinten Nationen als auch gegen die christliche Lehre verstoßen;

— begrüßt des Weiteren Stellungnahmen von Kirchen in den USA, GB, Kanada, Australien und anderen Ländern, in denen schwere Bedenken angesichts eines drohenden Krieges gegen den Irak vorgebracht werden;

— ruft die irakische Regierung auf, die Resolutionen des UN-Sicherheitsrates einzuhalten, darunter auch die Forderungen, alle Massenvernichtungswaffen und dazu gehörigen Forschungs- und Produktionsanlagen zu zerstören, ohne Einschränkungen mit den zur Kontrolle der Einhaltung stationierten UN-Inspektoren zusammenzuarbeiten und die uneingeschränkte Achtung der bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte aller seiner Bürger und Bürgerinnen sicherzustellen.

— ruft die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika nachdrücklich auf, sich aller militärischen Drohungen gegen den Irak und der weiteren Planung militärischer Angriffe auf das Land zu enthalten;

— bittet die internationale Gemeinschaft eindringlich, an den völkerrechtlichen Normen festzuhalten, sich dem Druck zur Beteiligung an militärischen Präventivschlägen gegen ein souveränes Land unter dem Vorwand des »Krieges gegen den Terrorismus« zu widersetzen und verstärkt einzutreten für die Einhaltung der Irak-Resolutionen des UN-Sicherheitsrates durch nicht-militärische Mittel;

— ruft alle Mitgliedskirchen und ökumenischen Partner auf, sich bei ihren Regierungen dafür einzusetzen, die Grundursachen des Konflikts anzugehen und der gravierenden humanitären Katastrophe im Irak Einhalt zu gebieten;

— erneuert seine Solidaritätsbekundungen und Gebete für die Kirchen und Menschen im Irak.

Warum wir mit Israel solidarisch sind – und mit welchen Zweifeln

Das ZENTRALAMERIKA-KOMITEE begründet ein Existenzrecht für den Staat Israel ohne Rückgriff auf völkisch-nationalistische Motive, aber auch ohne die Augen vor militaristischen Exzessen und Verbrechen sowohl auf Seite der Israelis als auch der PalästinenserInnen zu verschließen.

Wie solidarisch sein mit den Menschen in Israel, ohne denjenigen in die Hände zu spielen, die am liebsten alle PalästinenserInnen nach Jordanien verfrachten würden?

Wie solidarisch sein mit den PalästinenserInnen, ohne denjenigen in die Hände zu spielen, auf deren Landkarten – wie in großen Teilen der arabischen Welt – kein Staat Israel existiert?

Die Kriegstreiber auf beiden Seiten haben eine Situation geschaffen, die eine menschliche, friedliche Lösung kaum mehr denkbar erscheinen lässt.

Der folgende Text ist ein Versuch, auf unsicherem Gelände eine Position der Solidarität mit der israelischen Gesellschaft zu begründen. Wir sehen uns jenseits der polarisierten Lager der deutschen Linken: Einerseits die Antideutschen, die sich im antinationalen Eifer eine bedingungslose Unterstützung für die israelische Politik auf die Fahnen schreiben, andererseits diejenigen Teile der Palästina-Solidarität, die die Israelis ausschließlich als Kolonisatoren auf besetzten Land betrachten, das es wieder zu befreien gilt. Wir wollen mit all denjenigen ins Gespräch kommen, die merken, dass sie sich in dieser Debatte immer wieder in Widersprüchen verfangen, und mit denen, die aus Angst, etwas Falsches zu sagen, lieber den Mund halten.

Als im Wohlstand lebende BürgerInnen der Ersten Welt haben wir uns bisher schwer getan, öffentlich eine Kritik an der palästinensischen Nationalbewegung (und ihrer terroristischen Exzesse) zu formulieren, ohne uns dem Vorwurf auszusetzen, wir urteilten besserwisserisch vom sicheren Fernsehsessel aus über die Verzweiflung palästinensischer Jugendlicher. Doch unser Schweigen kann das Gefühl von JüdInnen in Deutschland und anderswo nur verstärken, allein gelassen zu sein.

Als Deutsche tun wir uns gleichzeitig schwer, eine Kritik an der aggressiv-expansiven israelischen Politik zu formulieren, ohne in den Verdacht zu geraten, uns nur von der Schuld unserer Eltern reinwaschen zu wollen, indem wir die Opfer und ihre Nachfahren als Täter entlarven. Wir müssen immer auch reflektieren, ob unsere Kritik den hiesigen – erschreckend zunehmenden – Antisemitismus bedient. Das bedeutet eine Pflicht zur (auch sprachlichen) Sorgfalt, damit wir nicht Beifall von der falschen Seite bekommen.

Um ja nichts falsch zu machen, haben wir bisher viel zu oft geschwiegen. Das war vielleicht die bessere Lösung, als sich wie viele unserer politischen WeggefährtenInnen mehr

oder weniger spontan auf die momentan schwächere Seite (also die palästinensische) zu stellen.

Wir waren und sind als Zentralamerika-Komitee Teil einer internationalistischen Bewegung, die an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten solidarisch mit nationalen Befreiungsbewegungen war. Wir haben dabei immer wieder erfahren, dass sich diese Befreiungsbewegungen herrschaftsförmig deformierten, dass sie – einmal an die Macht gekommen – die staatliche Gewalt zur Absicherung der eigenen Herrschaft nutzten, dass dabei die Idee der nationalen Autonomie ihre emanzipatorische Kraft verlor und sich wandelte zu einer nationalen Verklärung von Klassenherrschaft, Rassismus und Sexismus. Aus diesen Erfahrungen haben wir ein kritisches Verhältnis zu jeder staatlichen Herrschaft und zu jeder nationalen Formierung entwickelt.

Trotzdem wissen wir um die Unterschiede zwischen Nationalismus »von unten« und »von oben«. Oder zwischen dem republikanisch-aufgeklärten Nationalismus der fran-

zösischen Revolution und dem völkisch-nationalistischen der deutschen Romantik (vom Blut- und Boden-Wahn der Nazis ganz zu schweigen).

Wie kommen wir nun dazu, ausgerechnet die Existenz eines *ethnisch-religiös* definierten Staates zu verteidigen? Sind wir nicht zurecht skeptisch gegenüber Abstammungsmythen? Stecken nicht hinter historischen Ableitungen von Nationen immer ganz konkrete Interessen von einzelnen Gruppen?

Aus unserer Sicht erlangt die israelische Gesellschaft ihr bedingungsloses staatliches Existenzrecht nicht aus einem naturwüchsigen »Selbstbestimmungsrecht des jüdischen Volkes«, sondern aus der Tatsache einer jahrtausendelangen Verfolgung von Menschen jüdischen Glaubens an unzähligen Orten der Weltgeschichte – bis hin zur industriell organisierten Massenvernichtung durch die Deutschen. Israel würde es ohne den Holocaust nicht geben. Solidarität mit Israel bedeutet daher mehr als Mitgefühl mit den Opfern der Selbstmordattentäter. Sie bedeutet, für die

Existenz des israelischen Staates einzustehen. Wenn überhaupt irgendein bürgerlicher Staat ein Existenzrecht hat, dann dieser.

Zur Sicherung der israelischen Gesellschaft bedurfte es zum damaligen und zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Weltgeschichte der staatlichen Form. Israel ist weiterhin umgeben von anderen Staaten, die (mit wenigen Ausnahmen) sein Existenzrecht bis heute nicht anerkennen. Israel würde nicht mehr existieren, hätte es auch nur einen Krieg verloren.

Erklärtes Staatsziel ist ein Territorium, auf dem JüdInnen in Sicherheit vor Antisemitismus leben können. Darin begründet sich auch die ethnisch-religiöse Grundlage des Staates, der darauf achtet, die »eigene« Bevölkerungsmehrheit zu erhalten.

Gleichzeitig müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass dieser Staat – wie jeder Staat – repressiv ist und dies immer auch mit einer rassistischen Komponente. Schon die Gründung des Staates Israel führte zur Vertreibung von vielen PalästinenserInnen von ihren Häusern und Grundstücken, basierte also auf Unrecht – wie im Übrigen kein Staat ohne Unrecht und Gewalt gegründet wurde. Die Diskriminierung der arabischen Bevölkerung in Israel (und erst recht in den besetzten Gebieten) dauert an. Daraus lässt sich aber keine Kritik an der Existenz des israelischen Staates ableiten, sondern nur an der konkreten israelischen Politik – wie das auch in Israel selbst viele tun, trotz der Kriegsbedingungen.

Diese Logik einer so begründeten Solidarität mit Israel ist in unserer Gruppe, in jedem von uns nicht ohne Widerspruch. Wenn wir nun auf diese Widersprüche im einzelnen eingehen, dann nicht, um sie zu entkräften, sondern um nach Wegen zu suchen, wie man ihnen gerecht werden kann, ohne die Grundsätze der skizzierten Position in Frage zu stellen.

1. Wir sind solidarisch mit der palästinensischen Bevölkerung, die Opfer der repressiven israelischen Politik ist.

Wir verstehen den palästinensischen Wunsch nach staatlicher Souveränität, wenngleich die bisherige autoritäre Entwicklung der Autonomiebehörden und der hasserfüllte Nationalismus und Islamismus wenig Hoffnung machen auf das emanzipatorische Potenzial dieses künftigen Staates.

Langfristig werden sich Israel und Palästina ohnehin nicht autonom voneinander entwickeln können. Sie sind beispielsweise in Fragen des Arbeitsmarktes, der Wasserverteilung, der Siedlungsgebiete so sehr miteinander verwoben, dass jede Lösung ein Miteinander und nicht nur ein Nebeneinander erfordert. Wir wollen die Kräfte auf beiden Seiten unterstützen, die die Existenz der jeweils anderen Seite bedingungslos anerkennen und auf dieser Grundlage nach Lösungen suchen.

Wir hoffen: Wenn erst einmal die Existenz Israels und des noch zu gründenden palästinensischen Staates nicht mehr in Frage gestellt werden, dann werden in beiden Gesellschaften diejenigen Kräfte stärker werden, die sich gegen nationalistische Ideologien zur Wehr setzen und die Interessen der jeweils »eigenen« Herrschenden benennen und kritisieren können.

2. Manche unserer FreundInnen und GenossInnen haben enge Beziehungen zu PalästinenserInnen und solidarisieren sich aus dieser Verbundenheit mit ihrem Kampf.

Wir können nachempfinden, dass sie sich auf Seiten der PalästinenserInnen positionieren. Was wir von ihnen aber erwarten, ist eine Ablehnung der menschenverachtenden Selbstmordattentate und eine Verurteilung ihrer religiös verbrämten Herrlichkeit – und zwar ohne halbseidene »Erklärung« dieser Attentate als »verzweifelte Aktionen der Ohnmacht« oder gar als »Widerstandsaktio-



nen gegen Unterdrückung«. Schulkinder in die Luft zu sprengen ist eine terroristische Aktion, egal wer sie warum ausführt. Bei Diskussionen und auf Palästina-Kundgebungen in Deutschland waren wir immer wieder befremdet und erschrocken, wie wenig Einfühlungsvermögen gegenüber den Opfern der Attentate dort erkennbar war.

3. Viele erwarten gerade von den Jüdinnen, dass sie als (überlebende) Opfer des Holocaust nicht zu Tätern werden dürften.

Warum sollen gerade Opfer nicht zu Tätern werden? Soll eine millionenfach grund- und sinnlos erlittene Gewalt eine Gewähr für Vertrauen und Offenheit sein?

Abgesehen davon lehnen wir jegliche Gleichsetzung israelischer Politik mit dem NS-Holocaust ab. Sie kann nur zu einer Entlastung und Verharmlosung deutscher Vergangenheit führen.

4. Israel hat auch deswegen überleben können, weil es geopolitischen Interessen von USA und Westeuropa gedient hat.

Das heißt freilich noch lange nicht, dass eine anti-imperialistische Position automatisch anti-israelisch sein muss. Selbstverständlich folgte und folgt die westliche Politik gegenüber Israel nicht edlen Motiven. Aber wir müssen akzeptieren, dass Israel sich zu seinem Schutz in die Obhut von mächtigen Interessen begibt; solange wir (wer auch immer hier »wir« ist) dem Staat Israel, aber auch den Jüdinnen weltweit diesen Schutz, nicht gewährleisten können. Gleichzeitig dienen aber auch viele arabische Staaten den imperialistischen Interessen und erhalten in erheblichem Umfang westliche Militärhilfe.

Deutschland und die EU versuchen immer wieder, sich in dem Konflikt als »unabhängige Vermittler« anzubieten – in Konkurrenz zu den USA. Unsere Kritik an der aggressiven Politik der USA darf nicht dazu führen, dass wir den »eigenen« (deutschen, europäischen) machtpolitischen Interessen das Wort reden.

Das gilt auch für die Frage möglicher deutscher »Friedenstruppen« im Nahen Osten.

Was tun?

Die aktuelle israelische Politik führt zu einer Situation, in der Jüdinnen in Israel nicht mehr sicher sind. In der manche schon wieder auf gepackten Koffern sitzen und trotz Walser und Möllemann lieber (wieder) nach Deutschland kommen wollen, als sich in Israel bedrohen zu lassen. Dabei ist klar: Jüdische und nichtjüdische Israelis werden von palästinensischen Selbstmord-TerroristInnen getötet und bedroht und nicht von der israelischen Regierung. Trotzdem lässt uns die Politik der israelischen Regierung verzweifeln, die momentan nicht an einem dauerhaften Frieden interessiert ist. Sie nimmt nur die eigenen Lebensinteressen wahr und kann die Lebensinteressen der anderen nicht als Grundlage für die eigene Sicherheit erkennen. Diese Politik ist verheerend für die Menschen auf beiden Seiten. Auch auf palästinensischer Seite gibt es mächtige Interessen, die der gleichen Logik von Fanatismus und Militarismus unterworfen sind.

Wir wollen die zivilgesellschaftlichen Kräfte auf beiden Seiten unterstützen, die dieser polarisierenden Logik entgegentreten mit einer Politik der Verständigung. In diesem Sinne begrüßen wir den Aufruf »Zeichen paradoxer Hoffnung« von medico international und Centrale Sanitaire Suisse ebenso wie den öffentlichen Appell palästinensischer Intellektueller gegen die Selbstmordattentate (beide Juni 2002).

ZAK (Zentralamerika-Komitee) Tübingen, Juli 2002

Friede mit dem Wolf von Gubbio?

Gedanken zu aktuellen Aufgaben der Christen

Können wir Frieden schließen mit unseren Feinden, mit Terroristen gar?

JOST-HINRICH ESCHENBURG meint: ja.

Um den allgemeinen und alles durchdringenden Geist der Wahrheit von Angesicht zu Angesicht zu schauen, muss man fähig sein, das geringste Geschöpf zu lieben wie sich selbst. Und jemand, der danach strebt, kann es sich nicht leisten, sich aus allen Bereichen weltlichen Lebens herauszuhalten. Deshalb hat meine Hingabe an die Wahrheit mich ins Feld der Politik getrieben. Ich kann ohne das mindeste Zögern sagen, dass wer behauptet, Religion habe nichts mit Politik zu tun, nicht weiß, was Religion bedeutet.

M. K. Gandhi, Autobiographie (1925)

Die folgenden Gedanken sind nicht neu; sie möchten lediglich aktuelle Diskussionen in den christlichen Kirchen aufnehmen und helfen, sie weiter zutragen. Anlass sind die dramatischen politischen Ereignisse am Beginn des neuen Jahrtausends.

Zu den bekanntesten Legenden um Franz von Assisi, den manche zum »Mann des Zweiten Jahrtausends« erklärten, gehört die Geschichte vom Wolf von Gubbio. In der Umgebung dieser kleinen Stadt in Umbrien trieb ein Wolf sein Unwesen, riss Schafe und tötete sogar Menschen. Allen Versuchen, ihn zu jagen und zur Strecke zu bringen, war er entgegengekommen. Franz von Assisi stimmte nicht in den allgemeinen Ruf »Schlagt den Wolf tot« ein. Er suchte ihn ohne Waffen auf, nannte ihn »Bruder Wolf«, zähmte ihn und verschaffte ihm einen Futterplatz. Aus dem Feind wur-

de ein Freund, und als der Wolf Jahre später starb, trauerten die Leute um ihn. Soweit diese ganz und gar nicht naive Legende.

Friede, Gerechtigkeit, Versöhnung

Der 11. September 2001 war ein Menektekel. Was treibt Menschen dazu, für solche Taten ihr Leben zu opfern? Unsere Reaktion darauf war leider nicht ein tiefes Erschrecken darüber, wie es so weit kommen konnte. Die Reaktion auf die extreme Gewalt war der Ruf nach noch mehr Gewalt. Der Westen urteilte einhellig die Tat und handelte dann nach demselben Muster: Der Zerstörung der Twin Towers folgte die Bombardierung Afghanistans. Von Gerechtigkeit war dabei viel die Rede (»infinite justice«), aber es ging allein um unser Recht, in Frieden zu leben, nicht um

weiter auf Seite 17 ►

Der Wolf von Gubbio

Die Legende vom Wolf von Gubbio ist in den *Floretti* überliefert, den »Blümelein des heiligen Franziskus von Assisi«:

Etwas gar Wunderbares, des rühmenden Andenkens wert, geschah bei der Stadt Gubbio. Dort trieb sich nämlich ein gar großer und grimmig wilder Wolf umher, der auch Menschen anfiel und fraß. Alle Bürger waren ob dieser Plage in großer Angst, und keiner verließ unbewaffnet die Mauern der Stadt. Gleich wohl war niemand der schrecklichen Wut des Wolfes gewachsen, wenn er dem Zähnefleischenden unglücklicherweise begegnete, und schließlich hatte die Furcht so sehr um sich gegriffen, dass kaum jemand sich sicher fühlte, wenn er die Stadt hinter sich gelassen hatte.

Als nun Franz einmal nach Gubbio kam, empfand er Mitleid mit den Menschen und beschloss, sich zu dem Wolf auf den Weg zu machen. Die Bürger waren über diesen Vorsatz entsetzt und beschworen Franz, sich doch nicht mutwillig in die Gefahr des sicheren Todes zu begeben. Franz aber schlug getrost das Kreuzzeichen und ging mit einem Genossen aus der Stadt hinaus dem Wolf entgegen. Die Menschen stiegen auf die Dächer der Häuser und verfolgten von dort aus Franz mit den Augen.

Schon rannte der schreckliche Wolf mit offenem Rachen auf Franz und seinen Genossen zu, als die göttliche Kraft des seligen Mannes ihn innehalten ließ. Franz machte das Zeichen des Kreuzes über das Tier, rief es zu sich und sprach also zu ihm: *Komm zu mir, Bruder Wolf! Im Namen Christi befehle ich dir, weder mir noch sonst jemand ein Leid anzutun!*

Und wunderbar, wie das Untier alsbald seinen schaurig aufgesperrten Rachen schloss, gesenkten Kopfes herantrottete und sich gleich einem Lamm zu den Füßen Franzens still niederlegte.

Da predigte Franz also zum Wolf: *Viel Schaden richtest du an in dieser Gegend, Bruder Wolf! Gar schlimme Taten hast du verübt und Gottes Geschöpfe erbarmungslos umgebracht. Du wagst es sogar, Menschen zu töten, die doch nach Gottes Bild geschaffen sind. Sicherlich hast du verdient, als Räuber und Mörder mit einem schlimmen Tod bestraft zu werden. Ich aber will zwischen dir Bruder Wolf und den Menschen einen Frieden herbeiführen. Du wirst niemandem mehr ein Leid antun. Dafür wird man dir alle Missetaten erlassen, und weder Menschen noch Hunde sollen dich hinfort verfolgen.*

Da wedelte der Wolf mit dem Schwanz und nickte mit seinem Kopf, auf diese Weise sein Einverständnis bekundend.

Franz fuhr fort: *So will ich dir auch versprechen, dass du hinkünftig keinen Hunger mehr leiden wirst. Deine tägliche Kost wirst du von den Menschen erhalten. Weiß ich doch, dass du alles Schlimme nur vom Hunger getrieben verübt hast. Nun gib mir ein Zeichen, dass du alles richtig begriffen hast und damit einverstanden bist!*

Der Wolf hob gehorsam seine rechte Tatze und legte sie in die ausgestreckte Hand Franzens, ging dann artig mit Franz in die Stadt hinein, zum Marktplatz, wo alsbald alle Bewohner zusammenliefen.

Als Franz den Menschen alles erklärt hatte und sie fragte, ob sie den Wolf getreulich ernähren und den Friedensvertrag so gewiss einhalten wollten wie auch der Wolf es versprochen hatte, riefen sie alle ihr Ja.

Zwei Jahre lebte der Wolf dann in der Stadt und ließ sich von Tür zu Tür seine Nahrung geben, ohne jemand ein Leides zu tun. Und wunderbar, niemals bellte auch nur ein einziger Hund gegen ihn. Als der Wolf schließlich an Altersschwäche gestorben war, empfanden die Menschen darob große Trauer. Denn seine friedliche Anwesenheit und sanfte Geduld hatte sie an die Tugend desjenigen gemahnt, der seine Wildheit gezähmt hatte.

das Recht Tausender getöteter und Hunderttausender vertriebener Afghanen. Viele von uns, einschließlich der meisten unserer Politiker, hielten dieses Vorgehen für richtig. Wir glauben zutiefst an die Notwendigkeit, unsere Sicherheit und unsere ökonomischen Vorteile mit Waffengewalt verteidigen zu müssen, und wir verdammten die Gewalt nur da, wo sie sich gegen uns und unsere Interessen zu richten droht.

Ich glaube, dass wir Christen mit einem solchen Widerspruch nicht leben können,

ohne vor uns selbst, vor unseren Kindern und vor allen Menschen unglaublich zu werden. Wenn wir die zutiefst berechnete Forderung, keine Gewalt anzuwenden und das Leben zu achten und zu beschützen, nur als Vorwurf gegen mögliche Gegner gebrauchen, aber daraus keine Richtschnur für unser eigenes politisches Handeln machen, wenn wir selbst bereit sind, zur vermeintlichen Erhaltung unserer Sicherheit Tausende von zivilen Opfern in weit entfernten Ländern in Kauf zu nehmen, dann ist der Appell an die Moral zu einem Instrument der Machterhaltung verkommen. Denn eigentlich geht es nur noch darum, wer sich in der gewaltsamen Auseinandersetzung als der Stärkere erweist. Mit der Botschaft Jesu (»Liebet eure Feinde, tut wohl denen, die euch fluchen, vergeltet Böses mit Gutem«) hat das nichts mehr zu tun.

In der Schrift »Gerechter Friede« der deutschen katholischen Bischöfe vom September 2000 wird versucht, Alternativen aufzuzeigen:

Gewaltprävention und zivile Mittel statt militärischer, Versöhnungsarbeit statt Gewalt. Es gibt eine Reihe von Initiativen, die versuchen, diese Anstöße praktisch umzusetzen, z.B. der auf einen Vorschlag der Evangelischen Kirche von Berlin und Brandenburg zurückgehende Zivile Friedensdienst. Eine Welt ohne Konflikte ist nicht denkbar, wohl aber eine Welt, in der der Kampf um (vermeintlich) gerechte Ziele nicht das Recht, die Würde und die Existenz anderer Menschen bedroht und wo Gerechtigkeit nicht nur Selbstgerechtigkeit bedeutet.



Der Weg Jesu ist unvereinbar mit dem Weg der Gewalt, und »Wege aus der Gewalt« zu suchen scheint mir eine vordringliche Aufgabe von Christen zu Beginn dieses Jahrtausends. Die Zeit, in der die Kirchen die Waffen segneten, muss endgültig der Vergangenheit angehören. Es wäre Zeit, dass die christlichen Kirchen eindeutig gegen den drohenden Angriff auf den Irak Stellung bezögen – nicht aus praktischen Gründen, weil er gefährlich oder eine

Überforderung von Politik und Militär wäre, sondern weil ein solcher Angriff zutiefst unmoralisch und gegen Gottes Gebot ist.

Warum sagt Franz von Assisi »Bruder Wolf«? Ich denke, nicht trotz, sondern wegen der schlimmen Taten dieses Mitgeschöpfes. Das, was den Wolf gefährlich und »böse« macht, sieht der Heilige Franz auch in sich selbst angelegt, und vermutlich ist diese Erkenntnis erst die Voraussetzung für den Friedensschluss. Sind wir dazu fähig, »Bruder Terrorist« zu sagen? Nicht um die furchtbaren

Taten zu verharmlosen oder gar zu rechtfertigen, sondern weil auch wir nicht frei von der Sünde sind, selbst extremste Gewalt zuzulassen oder sogar auszuüben, wenn die »Situation es verlangt«. Der Krieg, wenn er einmal eine Weile lang entfesselt ist, ist völlig maßlos in seiner Grausamkeit; die Aerosolbomben in Afghanistan, die jegliches Leben in weitem Umkreis buchstäblich ersticken, sind nur eines der vielen Beispiele aus jüngster Zeit. Als Anfang der 80er Jahre die Pershing-Raketen bei uns aufgestellt wurden, wären die meisten von uns bereit gewesen, sie im Fall eines Angriffs auch einsetzen und damit auf einen Schlag wahllos hunderttausende von Menschen ums Leben bringen zu lassen. Wir müssen verstehen, dass es gerade das Gefühl für Gerechtigkeit und persönlich oder als Gruppe erlittenes Unrecht ist, das Menschen zu solchen maßlosen Untaten treibt. Als Konsequenz ergibt sich für mich, dass wir lernen müssen, die Welt mit den Augen unserer Feinde zu sehen und ihre Sicht von Recht und Würde in unser Denken und Handeln einzubeziehen. Das bedeutet keine Selbstaufgabe, sondern das gemeinsame geduldige Suchen nach einem Zustand, mit dem alle Seiten leben können: Frieden.

Andere Religionen

Eng mit der ersten Frage verbunden ist der Umgang der Religionen untereinander. Mit dem Friedensgebet in Assisi mit Vertretern aller Religionen hat Papst Johannes Paul ein Zeichen gesetzt. Wenn Religion als ein System von ewigen Wahrheiten verstanden wird, dann kann es keine wirkliche Toleranz geben: Wer nicht genau an diese Wahrheiten glaubt, der irrt. Wenn aber Religion ein Weg ist, um zur Wahrheit und zum Leben zu gelangen, dann sind andere Wege zu demselben Ziel möglich, und Menschen, die andere Wege gehen, können uns reicher machen und neue Blickrichtungen auch auf unsere eigene Religion eröffnen. Das Anderssein der

anderen kann dann eine Freude sein statt eine Last. Nach dem zweiten Weltkrieg wurden in den christlichen Kirchen die gemeinsamen Wurzeln mit dem Judentum wieder in den Blick genommen. Die größte nichtchristliche Religionsgemeinschaft in Deutschland ist heute der Islam; sollten wir Christen ihm nicht ebenso große Aufmerksamkeit und Achtung entgegenbringen wie dem Judentum? Gemeinsame Wurzeln sind reichlich vorhanden; es ist z.B. überraschend, eine wie wichtige Rolle Jesus im Koran einnimmt. Die große Ernsthaftigkeit, mit der viele Muslime ihren Glauben leben, kann uns Christen auch in unserem eigenen Glauben weiterbringen; der Würzburger Bischof Prof. Scheele erwähnte in seinem Vortrag zum Augsburger Friedensfest 2002 das Beispiel von Charles de Foucault, der durch die Gebete von Muslimen zu einem eigenen tieferen Gebetsverständnis fand. Gerade angesichts der jüngsten Entwicklung könnten die Christen dazu beitragen, Gegensätze zu überbrücken.

Praktische Schritte könnten auf lokaler Ebene Kontakte zwischen Gemeindemitgliedern verschiedener Religionsgemeinschaften, gemeinsames Studium der Schriften bis hin zu gemeinsamen Gottesdiensten, z.B. Friedensgebeten sein. Auf der Ebene der Kirchen wäre zu überlegen, ob nicht die »Woche der Brüderlichkeit« auch auf den Islam ausgedehnt werden könnte. Vielleicht wäre auch über religionsverschiedene Eheschließungen neu nachzudenken: In welcher Form können die christlichen Kirchen Ehen begleiten, die nicht nach christlichem Ritus abgeschlossen wurden? Wie sollen sich christliche Ehepartner der nichtchristlichen Religionsgemeinschaft gegenüber verhalten?

Aber nicht nur gegenüber Judentum und Islam sollten wir an einer neuen Offenheit arbeiten; »Ökumene« schließt ja die ganze »bewohnte Erde« und damit auch alle anderen Religionsgemeinschaften ein, natürlich auch die als Sekten bezeichneten Gemeinschaften.

Ich denke, wir haben nicht das Recht, die Religiosität irgend eines Menschen gering zu schätzen; seine Würde verlangt, dass wir seinen Glauben achten und zu verstehen versuchen, soweit es uns möglich ist. Gerade aus den uns ferner stehenden Religionen wie Buddhismus und Hinduismus könnten wir vielleicht u.a. einen freundlicheren Umgang mit der übrigen Schöpfung lernen.

Umgang mit der Schöpfung

Die Legende vom Wolf von Gubbio, ganz wörtlich genommen, zeigt uns einen anderen als den bei uns üblichen Umgang mit Tieren. Der Wolf ist für Franz nicht einfach eine Gefahr, die man beseitigen muss, sondern ein Subjekt, ein Ich, das wie er selbst Gottes Geschöpf ist und das er verstehen kann. Der Friedensschluss ist nur möglich, weil er diesen wilden Verwandten unserer Haushunde durch und durch erkennt. Es sieht den Hunger, aber auch die Einsamkeit dieses Tieres, das ja eigentlich ein Rudeltier ist und das von seinen Artgenossen fort in die Nähe menschlicher Siedlungen verschlagen wurde. Der Friedensschluss erfüllt beide Bedürfnisse, nach Nahrung ebenso wie nach Nähe.

Das Jahr 2001 brachte neben dem 11. September noch andere Schrecken: den Rinderwahn und die Maul- und Klauenseuche. EU-weit wurden zehntausende von meist gesunden Tieren getötet und verbrannt, um eine Ausbreitung der Seuche zu verhindern. Das war keineswegs immer die Praxis gewesen: Noch in den 50er Jahren ging man mit der Seuche anders um und versuchte, selbst bereits befallene Tiere gesundzupflegen. Diese Ereignisse zeigten besonders deutlich das Verhältnis unserer Gesellschaft zu unseren Mitgeschöpfen: Sie sind nur von ökonomischem Interesse, Objekte, mit denen man nach Belieben verfahren kann, keine Subjekte mit eigenen Rechten und Bedürfnissen. Selbst der Umweltschutz wurde viel zu lange nur von einem technischen Standpunkt ge-

sehen: Um selbst überleben zu können dürfen wir unsere natürlichen Ressourcen nicht gänzlich vernichten; in diesem Gedanken kommen die Tiere als Subjekte nicht vor. Ein kleiner Fortschritt ist die Aufnahme des Tiereschutzes als Staatsziel ins Grundgesetz und das künftige Verbot der allerschlimmsten Auswüchse bei der Haltung von Legehennen. Ich meine, dass wir Christen gefragt sind, unser Verhältnis zur Schöpfung und besonders zu den uns am nächsten verwandten Tieren neu zu klären und Konsequenzen daraus zu ziehen. Unfriede mit anderen Menschen und mit der Natur hängen eng zusammen: Warum sollen wir unsere menschlichen Feinde anders behandeln als die lästig gewordenen Haustiere? Wenn wir sie umbringen, sind wir sie los!

»Macht euch die Erde untertan!« Wie jede andere Gattung haben die Menschen danach gehandelt und mit der Natur und mit Rivalen um Lebensräume gekämpft. Aber inzwischen ist die Erde von Menschen vollständig besiedelt, so dass keine Nischen zum Ausweichen mehr übrig bleiben, und die Mittel des Kampfes sind so effektiv geworden, dass sie die Existenz des gesamten Lebens auf der Erde bedrohen. Das haben bereits die Weltkriege des 20. Jahrhunderts gezeigt und auf einer anderen Ebene die immer mehr zunehmenden Umweltkatastrophen. Dennoch haben sich unsere Handlungsmuster gegenüber der Natur und gegenüber rivalisierenden Gruppen seit der Steinzeit nicht verändert. Könnte es vor diesem Hintergrund nicht sein, dass die Forderungen der Bergpredigt weder utopisch noch realistisch, sondern einfach unvermeidlich für das weitere Leben auf der Erde sind? Könnte es nicht sein, dass die Welt darauf wartet, dass die Christen die 100fach gehörten und überhörten Zusagen und Zumutungen, Salz der Erde und Licht der Welt zu sein, endlich ernst nehmen und nach der Botschaft Jesu leben und handeln, anstatt zu sagen und zu tun, was alle sagen und tun?

Fülle und Knappheit

Überlegungen zu Bibel und Ökonomie

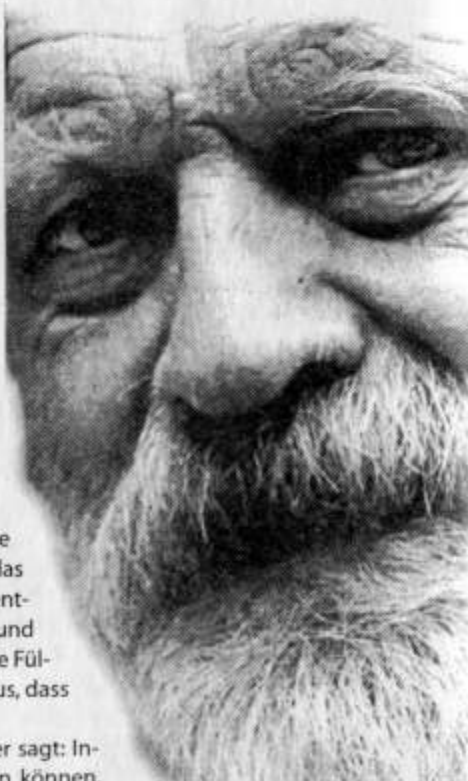
Von FRANZ J. HINKELAMMERT

Fülle und Knappheit als Orientierungen des Handelns

Das Thema »Fülle und Knappheit« bezieht sich auf Verhaltensweisen, nicht auf Zustände. Es geht um Orientierungen. In vorläufiger Ausdrucksweise können wir vom Konflikt zwischen *Gemeinwohlorientierung* und *individuellem Nutzenkalkül* sprechen. Ich will versuchen, die Elemente dieses Konflikts zu entwickeln.

Es gibt eine Szene, die in allen Evangelien auftaucht und die wir zum Ausgangspunkt nehmen können. Es ist die Szene, die wir gemeinhin die *wunderbare Brotvermehrung* nennen. Diese Brotvermehrung ist offensichtlich kein magischer Akt, durch den Jesus eine Menge Brote herbeizaubert, von denen dann jeder für sich soviel nehmen kann, wie er will. Es handelt sich überhaupt nicht um eine quantitative Vermehrung von Broten. Was geschieht, ist, dass eine Menge, die Jesu Worte hört, sich als Gemeinschaft konstituiert und das Mitgebrachte gemeinsam verzehrt. Dadurch entsteht die Fülle von Broten. Alle können essen und alle haben genug, weil sie gemeinsam essen. Die Fülle ist nicht quantitativ, sondern ergibt sich daraus, dass alle sich so verhalten, dass genug da ist.

Gandhi bezieht sich auf diese Fülle, wenn er sagt: Indien hat genügend Reichtum, damit alle leben können.



Aber es hat nicht genug, um die Habsucht einiger weniger zu befriedigen. Amartya Sen stellt fest, dass keine Hungersnot durch physische Knappheit erklärt werden kann. Die Erklärung ist immer darin zu suchen, dass diejenigen Gruppen, die Nahrungsmittel haben, sich weigern, sie gemeinsam mit den anderen zu verzehren. Die mögliche Fülle wird zerstört und der Nutzenkalkül verwandelt Knappheit in Katastrophe.

Wir können zu recht von einem Problem der *Solidarität* sprechen. Es geht um den inhaltlichen Kern, der es möglich macht, die Solidarität an der Fülle zu orientieren. Dieser Kern heißt bei Jesus das »Himmelreich« oder auch das »Reich Gottes«. Da dieses Reich Gottes nicht im Jenseits, sondern der Kern des Irdischen ist, kann Jesus sagen: »Denn siehe, das Reich Gottes ist mitten unter euch« (Lk. 17,21). Er fügt hinzu, dass man es ergreifen muss. Es ist nicht einfach da, sondern als Abwesenheit gegenwärtig, die in positive Gegenwart verwandelt werden muss. Wenn eine der Figuren von Sartre in den »Gefangenen von Altona« sagt: »Die Hölle – das sind die Anderen«, so heißt das nicht etwa das Gegenteil des Jesuswortes. Ergreift man das Reich Gottes, das mitten unter uns ist, nicht, dann verwandelt sich der Andere in die Hölle, die eben dann mitten unter uns ist. Wenn wir nicht die Hölle mitten unter uns wollen, dann müssen wir das Reich Gottes – dieses Himmelreich – ergreifen. Das Himmelreich zeigt sich dann als der Kern des Irdischen.

Die Verwirklichung des Himmels auf Erden

Der Kirchenvater Johannes Chrysostomus kann daher in seinen Homilien über den ersten Timotheus-Brief sagen:

»Man betrachte, welche Ehre Gott uns angetan hat, indem er uns mit einer solchen Auf-

gabe betraute! Ich, sagt er gleichsam, habe Himmel und Erde erschaffen; ich gebe auch dir Schöpferkraft: mache die Erde zum Himmel! Du kannst es ja!«¹

Es geht um das Reich Gottes als Kern alles Irdischen. Da es das wirklich ist, ist es in aller Moderne gegenwärtig. Man kann sogar sagen, dass sich das Denken der Moderne um dieses Problem dreht. Der Grund liegt darin, dass jetzt die Gesellschaft zum Gegenstand der Transformation wird.

Das beginnt mit dem liberalen Denken. Bernard de Mandeville setzt bereits zu Beginn des 18. Jahrhunderts entscheidende Akzente für das auf den Markt bezogene Harmoniedenken. Danach funktioniert der Markt so, dass alle noch so eigennützigen Bestrebungen der wirtschaftenden Subjekte zum Wohl des Ganzen zusammenwirken. Mandeville fasst diesen Standpunkt zusammen: »Private Laster – öffentliche Tugenden.« Adam Smith macht daraus das Projekt der bürgerlichen Gesellschaft und gibt ihm den himmlischen Anstrich. Er spricht jetzt von der »unsichtbaren Hand«. Den Ausdruck nimmt er von Newton, der ihn in Bezug auf die Ordnung des Planetensystems benutzt, das die unsichtbare Hand Gottes mittels der Naturgesetze lenkt. Für Smith wird jetzt auch die Harmonie des Marktes durch die »unsichtbare Hand« hergestellt. Die Idee einer vorgegebenen (»prästabilierten«) Harmonie beherrscht seither das bürgerliche Denken bis heute.

Diese Idee behält aber nicht lange ihre Eindeutigkeit. Im *Faust* von Goethe ist es Mephistopheles, der sich im Namen dieser Harmonie vorstellt, nämlich als »ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft«. Es handelt sich bei Goethe um eine Bezugnahme auf Mandeville und auf die unsichtbare Hand des Adam Smith. Aber es

¹ Johannes Chrysostomus, Homilien über den ersten Brief an Timotheus, übersetzt von J. Wimmer. Bibliothek der Kirchenväter, Sechster Band, Kempten/München 1880, S. 209.

Ist nicht mehr Gott, der dies sagt, sondern der Lügner Mephistopheles. Faust glaubt, dass er damit das Paradies auf Erden schaffen kann. Die Naturgewalten aber verschlingen das Werk im Moment des Todes von Faust, in dem er sein Ziel erreicht zu haben glaubt.

Der Marktmystik gegenüber entsteht im 19. Jahrhundert ein neuer *Humanismus der Praxis*. Er nimmt ebenfalls den mythischen Raum einer neuen, durch die Praxis zu schaffenden Gesellschaft in Anspruch, wendet sich aber gegen die Mystik, die den Markt verhimmelt. In ironischer Form bringt dies *Heinrich Heine* zum Ausdruck, wenn er sagt: »Wir wollen auf der Erde schon das Himmelreich errichten.« Dieses Gedicht wird zum bekanntesten Gedicht der deutschen Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg.

Es handelt sich aber nicht um das Gleiche, was Chrysostomus in dem vorher zitierten Text gesagt hat. Denn Heine fügt hinzu:

»Den Himmel überlassen wir den Engeln und den Spatzen.« Himmel und Erde sind jetzt auseinandergerissen, die Ordnung der Erde macht den Himmel überflüssig. Der *Himmel wird irdisch* und es gibt kein Reich Gottes mehr, das mitten unter uns wäre.

Marx wird seinen Humanismus sicher nicht mit den Worten von Heine ausdrücken. Aber das Ziel bleibt, den irdischen Kern so zu verändern, dass die religiösen Nebelbildungen überflüssig werden. Der Himmel bleibt ein Ort, der den Engeln und den Spatzen überlassen wird. Himmel und Erde widersprechen sich. Wer die Erde bejaht, muss den Himmel verlassen.

Gegen diesen Humanismus der Praxis entsteht ein neues, extremes Denken der bürgerlichen Gesellschaft. Es beginnt mit *Nietzsche*, durchzieht den *Nazismus* und den *Faschismus*, und prägt seit dem Beginn des Kalten Krieges die gesamte bürgerliche Gesellschaft. Es ist das Denken des Nihilismus, das jetzt Platz greift. Die Formulierung, die *Karl R. Popper* ihm gibt, hat Geschichte gemacht:

»Die Hybris, die uns versuchen lässt, das Himmelreich auf Erden zu verwirklichen, verführt uns dazu, unsere gute Erde in eine Hölle zu verwandeln – eine Hölle, wie sie nur Menschen für ihre Mitmenschen verwirklichen können.«²

Hier wird jede Hoffnung denunziert, jede Utopie, jeder Humanismus, jede Solidarität der Unterdrückten. Alles dies ist jetzt *Luzifer*, der zum Dämon gewordene Lichtengel. Alles, was über die kapitalistische Gesellschaft hinauswill, ist jetzt teuflisch. Es handelt sich um ein Denken, das heute herrschend geworden ist. Es hat sich durch Nazismus und Faschismus hindurch entwickelt, um im heutigen *Antitotipismus* seine jetzt bestimmende Form zu bekommen. Das ist nicht etwa selbstverständlich. Selbst *Max Weber* lehnt es noch ab:

»Es ist – richtig verstanden – zutreffend, dass eine erfolgreiche Politik stets die »Kunst des Möglichen« ist. Nicht minder richtig aber ist, dass das Mögliche sehr oft nur dadurch erreicht wurde, dass man nach dem jenseits seiner liegenden Unmöglichen griff.«³

Selbst *Max Weber* ist noch bewusst, dass es unrealistisch ist, realistische Ziele zu haben. Jeder Realismus muss das Bewusstsein einschließen, dass es häufig darum geht, das *Unmögliche möglich* zu machen. Wer nicht das Unmögliche anzielt, wird nie das Mögliche entdecken. Das Utopische ist die Bedingung jedes realistischen Handelns.

Die Denunziation der »Martinsethik«

Der Antihumanismus der Popperschen Formulierung führte daher zu einer solch extremen Verhimmelung des existierenden Marktes, wie es selbst *Adam Smith* niemals akzeptiert hätte. *Popper* erreichte dies durch Denunziation aller Interventionen in den Markt und seine Logik. In den 60er Jahren

des vergangenen Jahrhunderts erfand man ein Wort, das alles das bezeichnen sollte, was denunziert wurde. Es war das Wort »Martinsethik«. Die Martinsethik bezeichnete jetzt jenen Himmel, von dem man behauptete, dass der Versuch seiner Verwirklichung die Hölle auf Erden schaffe. Die folgenden Zitate verdanke ich *Kuno Füssel*:

»Die industrialisierte Welt des Westens ist über Jahrhunderte hinweg geprägt worden von der christlichen Ethik des Teilens. Dabei geriet die ihr logisch und zeitlich vorausgehende Ethik des Produzierens unter die Räder.«

»So hat auch der gewerbliche Unternehmer ein spezifisches Ethos, dem er nachleben muss, wenn er seiner sozialen Funktion und Aufgabe entsprechen soll. Seine höchste »soziale Verantwortung« besteht darin, auf möglichst wirtschaftliche Art Güter und Dienstleistungen anzubieten. Sein Imperativ als Unternehmer heißt darum: Produziere! Nütze Deinem Kunden! Sei erfolgreich! Unternehme! Zwischen dem ökonomisch Gebotenen und dem moralisch Richtigen besteht für ihn insofern kein Gegensatz: beide fallen zusammen. Es widerspricht so auch nicht der Moral, sondern ist geradezu sittliche Pflicht des Unternehmers, im Rahmen der Unternehmensräson alles zu tun, um das Unternehmen »fit« zu halten, auch etwa für einzelne Mitarbeiter schmerzliche Maßnahmen durchzuführen.«⁴

Dazu bemerkt *Gerhard Schwarz*, der Wirtschaftsredakteur der *Neuen Zürcher Zeitung*:

»Eine St.-Martins-Ethik des Teilens als Basis einer Wirtschaftsordnung muss letztlich in die Armut aller führen, so sehr der alte christliche Grundsatz der Solidarität einen zentralen Wert darstellt, dem man als Christ nachleben sollte, jeder an seinem Platz.«⁵

Als Lösung gilt: »Anstatt nach dem Vorbild Martins den Mantel mit dem frierenden Bettler nur solidarisch zu zerschneiden, kann man sich die Massenproduktion von Män-

teln zur Aufgabe machen, sodass sie für alle erschwinglich werden und viele Dünnebekleidete in Brot und Arbeit kommen. Nach aller historischen Erfahrung hat die Maxime des unternehmerischen Handelns mehr für die jeweils Bedürftigen erreicht als die Ethik der Aufteiler. Denn mit letzterer wird Armut in den allerwenigsten Fällen wirklich überwunden. Und das Erbe geteilter Mäntel führt, massenhaft vollzogen, zu frierenden Gesellschaften. Eine soziale Kälte besonderer Art breitet sich in ihnen aus...«⁶

Mandeville und *Adam Smith* sind zurückgekommen, aber sie werden jetzt mit einem extremen Antihumanismus verbunden, der den *Markt als Versprechen des Himmels* ankündigt. Es ist der Himmel, der versprochen wird für den Fall, dass niemand mehr den Himmel auf Erden verwirklichen will.

Bereits *Dietrich Bonhoeffer* sagte hierüber: »Dass das Böse in Gestalt des Lichtes, der Wohltat, ... des sozial Gerechten erscheint, ist für den schlicht Erkennenden eine klare Bestätigung seiner abgründigen Bosheit.«⁷

In einer Rede zu Ehren von *Mandeville*, der tatsächlich der Begründer der Theorie von der unsichtbaren Hand ist, drückt *Keynes* durchaus ebenfalls diesen von *Mandeville* begründeten Standpunkt aus. Aber er verhimmelt ihn nicht:

2 Karl Popper, Das Elend des Historizismus, Tübingen 1974, Vorwort.

3 Max Weber, Der Sinn der Wertfreiheit der Sozialwissenschaften, in: Max Weber, Soziologie. Weltgeschichtliche Analysen. Politik, hg. von Johannes Winkelmann, Stuttgart 1956, S. 279.

4 Gerd Habermann (Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer ASU und Lehrbeauftragter an der Universität Bonn), Teilen oder produzieren? Bemerkungen zum Ethos des Unternehmers, in: NZZ, 12/13. September 1993, S. 13.

5 Gerhard Schwarz, Katholische Kirche (und ihr Verhältnis zur Marktwirtschaft), in: Marktwirtschaft Teufelswerk? Die Weltreligionen und die Wirtschaft, Informedia-Stiftung, Köln 1992, S. 83.

6 Wolfram Weiner, Das Teilen und die Moral der Märkte, FAZ, 24.12.93.

7 Dietrich Bonhoeffer, Bonhoeffer-Auswahl, Bd. 4, Gütersloh 1982, S. 81.

»Noch mindestens 100 Jahre, davon müssen wir uns überzeugen, wird das Gute das Böse und das Böse das Gute sein: einfach deswegen, weil das Böse nützlich ist und das Gute eben nicht.«⁸

Ohne den Markt zu verhimmeln, bringt Keynes den Standpunkt des Marktes und seines Nutzenkalküls zum Ausdruck: *Das Böse ist nützlich, das Gute ist unnütz*. Keynes nennt das Böse nicht das Gute, wie es die Denunziation der Martinsethik tut. Es bleibt das Böse. Aber es ist nützlich. Das Gute bleibt durchaus das Gute, aber es ist unnütz. Unser Thema »Fülle und Knappheit«, »Gemeinwohl und Nutzenkalkül« scheint beantwortet. Was die Fülle und das Gemeinwohl anbetrifft, können wir nur noch ein Requiem singen.

Wollen wir aber Popper und unseren Unternehmervertretern glauben, so ist das Gute gerade das Gefährliche, das die Hölle auf Erden hervorbringt, während das Böse nützlich ist. Das Gute führt in die Hölle, das Böse aber bringt den Fortschritt. War bei Paulus die Wurzel allen Übels die Liebe zum Geld, so ist jetzt die Wurzel allen Übels die Liebe zum Nächsten, das Gute. Nietzsche kann dann sagen, dass Gott an seinem Mitgefühl gestorben ist. Wir sind zu Steppenwölfen geworden. Die Hölle, das sind die anderen.

Das Paradox der Nützlichkeiten

Dies führt uns zur Notwendigkeit, über die Nützlichkeiten zu sprechen. Wenn der Bezug zur Fülle, zum Guten, zur Ethik nicht nützlich ist, ist er zu nichts nütze. Was aber ist die Nützlichkeiten? Es ergeben sich bei dieser Frage zwei durchaus konträre Vorstellungen, die den Polen von Fülle und Knappheit, Gemeinwohl und individuellem Nutzenkalkül entsprechen.

Ich möchte sie an Hand von einigen Texten vorstellen, die aus dem Mittelalter und daher aus dem Ursprung der Moderne stammen. Es sind Texte von Hildegard von Bingen. Auf der einen Seite besteht sie darauf, dass die gesamte Schöpfung auf den Nutzen des Menschen gerichtet ist:

»Die ganze Natur sollte dem Menschen zur Verfügung stehen, auf dass er mit ihr wirke, weil ja der Mensch ohne sie weder leben noch bestehen kann.«⁹

»Die gesamte Schöpfung, die Gott in der Höhe wie in den Tiefen gestaltet hat, lenkte Er zum Nutzen des Menschen hin.«

Die Natur steht dem Menschen »zur Verfügung« und ist »zum Nutzen des Menschen« gelenkt. Aber bei Hildegard von Bingen schließt diese Bestimmung der Natur gerade die Unterwerfung der Natur unter den individuellen Nutzenkalkül aus:

Die Kräfte des Kosmos halten »auch den Menschen zu seinem Wohle an, auf sie Rücksicht zu nehmen, weil er ihrer bedarf, um nicht dem Untergang zu verfallen«.

»Missbraucht der Mensch seine Stellung zu bösen Handlungen, so veranlasst Gottes Gericht die Geschöpfe, ihn zu bestrafen...«

Dieses »Gericht Gottes« befindet sich im Innern der Wirklichkeit. Nicht Gott straft, sondern Gott veranlasst seine Geschöpfe, den Menschen zu bestrafen:

»Und ich sah, dass das obere Feuer des Firmaments ganze Regenschauer voll Schmutz und Unrat auf die Erde schüttete, die beim Menschen, aber auch bei Pflanze und Tier, schleichende Schwären und schwerste Geschwulste hervorrufen. Weiter sah ich, wie aus dem schwarzen Feuerkreis eine Art Dunst auf die Erde fiel, welcher das Grün ausdörrte und der Äcker Feuchte austrocknete...«

Der Nutzen, wie Hildegard ihn versteht, enthüllt den Nutzenkalkül als gefährlich für das, was dem Menschen nützlich ist. Es ist nützlich für den Menschen, die Natur zu achten, sie anzuerkennen. Es ist nützlich, nicht al-

les dem Markt-Nutzen-Kalkül zu unterwerfen. Für den individuellen Nutzenkalkül hingegen ist gerade dieses unnütz. Er ist das alles zerstörende Gesetz, das – nach Paulus – den Tod bringt, wenn man durch seine blinde Erfüllung das Heil sucht.

Hildegard von Bingen kennt diese Art Nutzenkalkül auch. Dorothee Sölle zitiert die Stelle. Es handelt sich um einen Dialog zwischen der Herzenshärte und der Barmherzigkeit:

»Die Herzenshärte spricht: Ich habe nichts hervorgebracht und auch niemanden ins Dasein gesetzt. Warum sollte ich mich um etwas bemühen oder gar kümmern? ... Ich will mich für niemanden stärker einsetzen, als auch er mir nützlich sein kann. Gott, der da alles geschaffen hat, der soll auch dafür geradestehen und für sein All Sorge tragen! Was für ein Leben müsste ich führen, wenn ich auf alle Stimmen der Freude und der Trauer antworten wollte. Ich weiß nur von meiner eigenen Existenz!

Die Barmherzigkeit antwortet: O, du versteinertes Wesen...!«¹⁰

Hier handelt es sich um den Nutzen des individuellen Nutzenkalküls als Marktkalkül. Er drückt sich bei Hildegard von Bingen als einfacher Egoismus aus, wie dies durchaus der mittelalterlichen Gesellschaft entspricht. Die Herzenshärte spricht in einer Gesellschaft wie der bürgerlichen, die den Nutzenkalkül totalisiert hat, eine mehr lügnerische Sprache. Sie sagt dann: *Private Laster sind öffentliche Tugenden*. Aus dem versteinerten Wesen der Herzenshärte ist das geworden, was Bonhoeffer das abgründig Böse nennt. Nützlichkeiten und Nutzen stehen sich gegenüber und befinden sich im Konflikt. Aber die Kritik am Nutzenkalkül ist nicht einfach moralisierend. Der Nutzenkalkül in seiner abstrakten Logik bedroht die Grundfesten der Natur und des menschlichen Lebens. Er führt in die Katastrophe, und die Elemente der Natur bezeugen es. Die Natur selbst rebelliert gegen diese Bedrohung, und die sich ergebenden Katastrophen

sind ein »Gericht Gottes«, das aus dem Innern der irdischen Wirklichkeit spricht.

Es kann kein Zweifel sein, dass das, was Hildegard von Bingen zu Beginn der Moderne sieht, heute in unerhört vergrößertem Umfang unsere Erfahrung ist. Die Globalisierung des Nutzenkalküls als Marktkalkül bringt indirekte Effekte hervor, die sich heute als globale Bedrohungen äußern: die Ausgrenzung großer Teile der Weltbevölkerung, die innere Auflösung der zwischenmenschlichen Beziehungen und die Zerstörung der Natur. Sie machen sich als Sachzwänge geltend, die die heutige Totalisierung des Nutzenkalküls als Marktkalkül unvermeidlich begleiten. Sie stellen das Urteil der Wirklichkeit dar über das, was geschieht.

Wir können damit auf das zitierte Wort von Keynes zurückkommen, dem gemäß »das Böse nützlich ist und das Gute eben nicht«. Es ist jetzt klar, dass diese Nützlichkeiten des Bösen ein Erzeugnis des Nutzenkalküls ist, wenn er totalisiert wird. Was aber ist das Gute? Es ist heute sehr sichtbar, dass es das ist, was nötig ist, um den globalen Bedrohungen zu begegnen.

Aber dann ist das Gute nützlich, und es steht in Konflikt mit dem Nutzen des Nutzenkalküls. Was Keynes sagt, und was heute noch herrschende Meinung ist, ist falsch. Das Gute ist nicht nur nützlich, sondern schlechterdings notwendig, denn es ist das Fundament der Möglichkeit des Überlebens der Mensch-

8 Nach Jean-Pierre Dupuy, *Ordres et Désordres. Enquête sur un nouveau paradigme*, Paris 1990, p. 167. 9 Ingrid Riedel, Hildegard von Bingen. Prophetin der kosmischen Weisheit, Stuttgart 1994, S. 125ff. 10 Dorothee Sölle, *O Grün des Fingers Gottes. Die Meditationen der Hildegard von Bingen*, Wuppertal 1989, S. 12. 11 Carlos G. Vallés, *Ligero de equipaje. Tony de Mello. Un profeta para nuestro tiempo*, Santander 1987, p. 58. 12 Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, 1844.

9 Ingrid Riedel, Hildegard von Bingen. Prophetin der kosmischen Weisheit, Stuttgart 1994, S. 125ff.

10 Dorothee Sölle, *O Grün des Fingers Gottes. Die Meditationen der Hildegard von Bingen*, Wuppertal 1989, S. 12.

heit. Die Menschheit wird nicht überleben können, wenn es nicht gelingt, die Totalisierung des Nutzenkalküls aufzulösen. Der Nutzenkalkül führt zur Abholzung des Amazonas, aber es ist nützlich – und gut –, den Amazonas nicht abzuholzen.

Dieses Gute, das wir auch als Orientierung am *Gemeinwohl* bezeichnen können, geht über alle Kalkulierbarkeit – auch über die sogenannte langfristige Kalkulierbarkeit – hinaus. Es handelt sich um eine *Ethik*, die nicht nur nützlich, sondern die Bedingung unseres Überlebens ist. Da ihre Nützlichkeit nicht kalkulierbar, ihre Notwendigkeit aber einsehbar ist, ist es eine Ethik der *Anerkennung des Anderen*, sei es des anderen Menschen oder der dem Naturwesen Mensch äußerlichen Natur.

Wer sein Leben liebt, verliert es: der himmlische Kern des Irdischen

Hier geht es um das, was auch in den Evangelien als *Fülle* bezeichnet wird. Im Johannesevangelium heißt diese Fülle »ewiges Leben«. Es ist kein Jenseits, sondern der innere Kern des Diesseits.

Nach dem *Johannesevangelium* drückt Jesus diesen Konflikt der Nützlichkeiten als Paradox aus:

»Wer sein Leben liebt, verliert es, und wer sein Leben in dieser Welt hasst, der wird es zum ewigen Leben bewahren« (Joh. 12,25).

In allen Evangelien taucht dieses Paradox mit leichten Varianten auf. Wir könnten daher in heutiger Sprache sagen, und ich glaube, dass dies den Sinn des Jesuswortes trifft:

»Wer sein Leben durch den Nutzenkalkül bestimmen lässt, wird es verlieren. Wer aber dieses Leben unter der Herrschaft des Nutzenkalküls nicht liebt, sondern hasst, wird die Fülle des Lebens gewinnen.«

Dieses Paradox ist der *Ausgangspunkt des Reiches Gottes*. Auf ihn bezieht sich Jesus in kurzen Gleichnissen über den Schatz im Acker und die Suche der kostbaren Perle:

»Das Himmelreich ist gleich einem im Acker verborgenen Schatz. Den fand einer und deckte ihn (wieder) zu. Voll Freude ging er hin, verkaufte alles, was er hatte, und kaufte jenen Acker« (Mt. 13,44). »Wiederum ist das Himmelreich gleich einem Kaufmann, der Perlen suchte. Als er aber eine kostbare Perle fand, ging er hin, verkaufte alles, was er besaß, und kaufte sie« (Mt. 13,45).

Eine Geschichte, die *Anthony de Mello* erzählt, kann diese Gleichnisse für uns interpretieren:

»Ein Bettelmönch sah eines Tages auf seinem Weg einen Edelstein, fand ihn schön und steckte ihn in seinen Beutel. Eines Tages traf er einen anderen Reisenden, der hungrig war und ihn um Hilfe bat. Um ihm von dem, was er hatte, abzugeben, öffnete er seinen Beutel. Da sah der Reisende den Edelstein und bat ihn, ihn ihm zu schenken. Ohne weiteres schenkte der Mönch ihm den Edelstein. Der Reisende bedankte sich und entfernte sich hochzufrieden, denn jetzt hatte er Reichtum und Sicherheit für sein ganzes weiteres Leben. Aber am nächsten Tag kam der Reisende aufs Neue zum Bettelmönch, gab ihm den Edelstein zurück und bat ihn: Gib mir bitte etwas, das mehr wert ist als dieser wertvolle Stein. Der Mönch sagte ihm, dass er nichts Wertvolleres habe. Da fügte der Reisende hinzu: Gib mir *dasjenige*, das es dir möglich machte, mir den Edelstein zu schenken.«¹¹

Dieses »dasjenige« ist der Schatz im Acker. Es ist der *Ausgangspunkt des Reiches Gottes*, das mitten unter uns ist. Aber das Reich Gottes ist nicht die *gerechte Gesellschaft*, die wir suchen. Es ist *dasjenige*, das uns dazu bringt, eine gerechte Gesellschaft zu suchen.

Die *Religionskritik*, wie sie in unserer Gesellschaft seit dem 18. Jahrhundert stattfindet, hat immer den irdischen Kern des Himmels

gesucht. Sie lebt daher in der Vorstellung, dass der Himmel überflüssig wird, wenn man seinen irdischen Kern erkennt und von diesem irdischen Kern aus die menschliche Praxis lenkt. Wir stehen heute vor den *Trümmern* einer Moderne, die sich daran orientierte.

Aber wir können jetzt entdecken, dass es im christlichen Ursprung der Moderne gar nicht um einen Himmel geht, dessen irdischer Kern zu entdecken wäre. Worum es geht, ist der *himmlische Kern des Irdischen*. Wir können aber auch erkennen, dass es kein *Überleben der Menschheit* gibt, wenn sie diesen himmlischen Kern des Irdischen nicht wiederentdeckt und sich daran orientiert.

Dieser himmlische Kern des Irdischen, das ist die *Fülle*. Erkennen wir ihn nicht, wird der Andere zur *Hölle*, und die irdische Wirklichkeit verwandelt sich in den Ort des Gerichts. Dieser himmlische Kern des Irdischen ist nicht ein religiöses Phänomen, obwohl er als Bezugspunkt wohl in allen Religionen vorkommt. Was da in einer religiösen Dimension auftaucht, ist eine *objektive Wirklichkeitserkenntnis*, die für jeden gilt, ganz gleich, ob er einer Religion anhängt oder nicht. Es handelt sich um das, was die Welt »im Innersten zusammenhält«. Es steht quer zur Logik des Nutzenkalküls und kann daher in der Logik dieses Kalküls nicht angezielt werden. Es erscheint daher auch im *atheistischen Humanismus*. Bei Marx ist es wie folgt formuliert:

»Die Kritik der Religion endet mit der Lehre, dass der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.«¹²

Dieser *kategorische Imperativ* geht aus dem himmlischen Kern des Irdischen hervor. Diesen Kern erfinden wir nicht, sondern wir entdecken ihn und graben ihn aus. Er ist da, aber man kann ihn nicht beherrschen. Wir

können nur sein Drängen aufnehmen. Indem der Mensch dies tut, wird er zum Subjekt.

Die Freiheit dem Nutzenkalkül gegenüber

Man kann nicht leben, ohne sich von der Welt des Nutzenkalküls zu befreien. Ich halte es für sicher, dass heute die Menschheit ihr Weiterleben nicht mehr sichern kann ohne diese *Freiheit dem Nutzenkalkül gegenüber*. Diese Freiheit aber wurde von der Moderne so gründlich zerstört, dass wir dafür nicht einmal ein Wort haben. *Freigebigkeit* mag einmal so etwas bedeutet haben, wenn man sie als Freiheit auffasst, die frei macht, um zu geben. Dann wäre es Freiheit vom Zwang des Nutzenkalküls. Im Spanischen bewahrt das Wort *gratuidad* noch einiges von dieser Bedeutung. Aber es wird kaum mit der Orientierung des Handelns verbunden.

Dies hat dann Konsequenzen für das, was die *Selbstverwirklichung des Menschen* sein kann. Es gibt den Versuch, durch den Nutzenkalkül hindurch sich selbst zu verwirklichen. Gewöhnlich ist es dies, was man meint, wenn heute von Selbstverwirklichung gesprochen wird. Diese Selbstverwirklichung ist der *Zerstörungsprozess* einer schlechten Unendlichkeit. Letztlich wird hier der Mord zur letzten Instanz des Lebens, die als Selbstverwirklichung interpretiert wird. Die Selbstverwirklichung, die sich aus sich selbst als Individuum verwirklichen will, wird damit zum Verzweiflungsakt eines Steppenwolfs, der nur im Selbstmord enden kann.

Selbstverwirklichung ist nur *im Andern* möglich. Dies aber setzt wiederum eine Nützlichkeit voraus, die sich im Konflikt zum Nut-

¹¹ Carlos G. Vallés, *Ligero de equipaje*. Tony de Mello. Un profeta para nuestro tiempo, Santander 1987, p. 58.

¹² Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, 1844.

zenkalkül befindet. Sie ist nicht kalkulierbar, denn sie zerbricht den totalisierten Nutzenkalkül. Es ist die Nützlichkeit, die im Anderen – und letztlich ist der Andere die Menschheit und der Kosmos – liegt, von dem ich aber Teil bin, indem ich im Anderen bin und der Andere in mir ist. Da ist dann kein Opfer, das ich bringe, damit auch der Andere leben kann. Dass auch der Andere lebt, ist Bedingung der Möglichkeit meines Lebens. Indem ich dieses Verhältnis lebe, verwirkliche ich mich selbst. Hier wird gerade der Mord als Weg zur Selbstverwirklichung ausgeschlossen. Es ergibt sich ein Prinzip der Selbstverwirklichung, das aus einem Postulat der praktischen Vernunft folgt, das heißt: *Mord ist Selbstmord*.

Wir stehen heute vor einer solchen Frage angesichts der Tatsache, dass ein *ganzer Kontinent* – nämlich *Afrika* – der *Zerstörung* preisgegeben wird. Jahrhunderte lang war Afrika für die europäischen Länder und danach auch für die USA ein Sklavenjagdgebiet, das sie mit Zwangsarbeitern versorgte. Danach wurde es als Kolonie erobert und ausgeplündert. Nach seiner Unabhängigkeit wurde es gezwungen, sich in das System zu integrieren, und wurde – wie es scheint – lebensunfähig. Der Okzident überlässt es daraufhin seinem Schicksal, plündert es aber weiterhin aus. Ist dieser *Mord Selbstmord für den Okzident*? Die Zerstörung Afrikas ist das Ergebnis eines Handelns von seiten des Okzidents, das sich strikt am Nutzenkalkül orientierte. Das Postulat der praktischen Vernunft behauptet: Auch dieser Mord ist Selbstmord. Kein Kalkül kann das beweisen. Der Okzident zerstört sich selbst, indem er auf diese Weise die Anderen zerstört. Diese kreislaufförmige Beziehung von Mord und Selbstmord bekommt durch die zunehmende Globalisierung der Welt nur einen noch dringenderen Ausdruck.

Dies führt uns zum himmlischen Kern des Irdischen zurück. Es ist das *Leben*, das den Nutzenkalkül herausfordert, um ihn unterzuordnen. Das *Gemeinwohl* ist das *Wohl aller*

und deshalb das *Wohl eines jeden*. Es ist aber nicht erfassbar über den Nutzenkalkül des einzelnen Individuums, zu dem es ständig in Konflikt tritt. Ebensowenig ist es erfassbar als Gemeinnutz, der ein Nutzenkalkül von Gruppen oder Staaten ist. Auch das, was man Realpolitik nennt, ist nur der Nutzenkalkül vom Standpunkt des Staates aus. Im Extrem ist nicht einmal der Gemeinnutz der gesamten Menschheit das Gemeinwohl. Auch dieser Gemeinnutz bleibt ein Nutzenkalkül, der in Konflikt treten kann zum Gemeinwohl.

Auf diese Weise folgt aus dem Postulat der praktischen Vernunft ein Zugang zur *Ethik*. Es handelt sich aber nicht um eine Ethik von Normen, die absolut gesetzt werden könnten, sondern um das Generationsprinzip der möglichen Ethiken, insofern sie notwendige Ethik sind. In jedem historischen Moment muss aufs Neue entdeckt werden, welche Normen der *Situation* entsprechen. Aber es handelt sich dabei nie um Normen, die absolut und einfach als solche zu erfüllen sind, sondern um Normen als Vermittlung zwischen dem Subjekt und einer Wirklichkeit, in der Mord Selbstmord ist.

Es geht dabei um das Prinzip nicht nur der Generation von Ethiken, sondern der *Generation von Religionen*, den Atheismus eingeschlossen. Aus diesem Grund ist das Reich Gottes nicht eine gerechte Gesellschaft und seine Antizipierung, sondern es ist eine transzendente Wirklichkeit, die aus dem Inneren unserer empirischen Wirklichkeit zu einer gerechten Gesellschaft aufruft. Dieses Rufen zu hören ist Bedingung der Möglichkeit der empirischen Wirklichkeit selbst. Das Ergebnis ist, dass wer nicht den Himmel auf Erden will, die Hölle auf Erden schafft.

Der Beitrag ist das redaktionell gekürzte Referat zum 60. Geburtstag des Theologen und Sozialisten Kuno Füssel, der am 29. September 2001 mit einem Festakt in Luzern geehrt wurde. Nachdruck aus »Neue Wege« 2/2002, S. 40-48.

»Wer nicht den Himmel auf Erden schaffen will, der schafft die Hölle auf Erden«

Ein Evangelium des Subjekts gegen die »Hundejahre der Globalisierung«

FRANZ J. HINKELAMMERT im Interview

Franz Hinkelammert, wir führen dieses Gespräch während eines theologischen Seminars in La Roche. Es steht unter dem Titel Deines neusten Buches »Der Schrei des Subjekts. Vom Welttheater des Johannesevangeliums zu den Hundejahren der Globalisierung«. Worin besteht die Grundaussage dieses Buches?

Die Hälfte des Buches besteht aus einer Analyse des *Johannesevangeliums*. Ich glaube, der Text hat eine andere Dimension, als man sie gewöhnlich herausstellt. Mich interessiert diese andere Dimension insbesondere unter dem Gesichtspunkt, was aus dem Johannesevangelium geworden ist und wie es die Geschichte geprägt hat. Ein grosses Problem dabei ist für mich schon lange, dass dieses Evangelium als ein *antisemitischer Text* gilt. Ich habe das nie so empfunden. Antisemitismus ist da einfach nicht drin.

Woher dann der Vorwurf?

Das Johannesevangelium wird zu einem antisemitischen Text umfunktioniert, um nicht mehr über die wahren Quellen des Antisemitismus sprechen zu müssen. Ich kann jetzt den Text beschuldigen und brauche nicht mehr über die Ursachen zu sprechen, keine Geschichte zu analysieren, keine Interessen und keine imperialen Strukturen zu benennen. Aber der

Antisemitismus ist doch nicht ein Text, sondern das Feindbild einer Gesellschaft. **Was bedeutet das für Deine Exegese?**

Ich habe deshalb begonnen, das Johannesevangelium zu analysieren. Es ist ein erregender, ich möchte fast sagen: ein moderner Text. Der Autor ist einer der ersten modernen Intellektuellen. Das ist nicht irgendein frommer Mensch. Das Ganze ist von einer Subtilität, die in der Geschichte zwar begriffen wurde, aber in der heutigen Auffassung des Johannesevangeliums überhaupt nicht mehr gegenwärtig ist. Es ist ein raffinierter, kritischer Text, der die Moderne kritisierte, bevor es sie gab. Es ist auch heute ein grundlegender Text für die Kritik der Moderne.

Was hat nun diese Kritik mit den »Hundejahren der Globalisierung« zu tun?

Wie der Titel schon sagt, empfinde ich das Johannesevangelium als »Welttheater«. Im Sinne Gauguins, der gesagt hat: »Willst du die Welt malen, male dein Dorf!« Johannes spricht über sein Dorf, über Jerusalem. Er macht daraus ein »Welttheater«. Dieses erlaubt uns zu sehen, dass die Jahre der Globalisierung »Hundejahre« sind.

Wie das?

Das Johannesevangelium ist ein Evangelium des Subjekts. Gemeint ist damit nicht das Subjekt im Descarteschen Sinne, son-

dern im Sinne des Menschen als körperliches Wesen. Wenn wir irgend etwas von der Globalisierung sagen können, dann ist das die Zerstörung des Menschen als körperliches Subjekt. Das sind die »Hundejahre«.

Die Globalisierung hat mit dem 11. September 2001 eine neue Dimension erhalten. Wie siehst Du diesen 11. September innerhalb der von Johannes her gedeuteten »Hundejahre«?

Zuerst einmal ist es der zweite 11. September. Ihm ging ein erster 11. September voraus.

Von dem niemand spricht. Es handelt sich um den Putsch gegen die Regierung Allende in Chile am 11. September 1973.

In Costa Rica sprechen wir immer vom »zweiten 11. September«, um eine klare Sprache zu haben. Dieser zweite 11. September war natürlich ein ungeheurer Schlag. Doch zum einen überrascht er nicht, zum andern war man völlig überrascht. Beides gleichzeitig. Man war bestens vorbereitet. Es gibt elektronische Spiele, in denen Flugzeuge das Empire State Building ansteuern und zerstören. Hersteller dieser Spiele ist Microsoft; es ist Bill Gates höchstpersönlich, der das verkauft. Ich denke aber auch an die Hollywood-Filme »Air Force One« und »Independence Day«, in denen die beiden Türme von Manhattan ebenfalls zerbersten. Als der Angriff auf das World Trade Center im Fernsehen erschien, meinte mein Sohn: »Mensch, schon wieder so ein Film!« Das kannte er ja alles. Da guckte ich rein und sah, was geschah. Da war ich allerdings doch sehr überrascht. Wer die Bilder schon im Kopf hatte, wurde beim Sehen ständig hin- und hergerissen zwischen Film und Wirklichkeit.

Und wie nähern wir uns den Ursachen dieses ungeheuren Schlags gegen die Symbole

der wirtschaftlichen und der militärischen Macht der USA?

Seit Jahren diskutieren wir in unserem Centrum in Costa Rica über die Selbstmordattentate ...

... in Jerusalem?

Nein, in den USA. Hier begann in den 80er Jahren eine Serie von Selbstmordattentaten. Alle zwei, drei Monate war da irgendwer, der in irgendeine Schule eindrang, einen Haufen Kinder umbrachte und sich dann hinterher selber totschoß. Dem ging diese grosse Selbstmordaktion von über 200 US-Amerikanern in Guyana voraus. Die Serie von Selbstmordattentaten war zunächst eine Besonderheit der USA. Später gab es Selbstmordattentate aber auch in andern Staaten.* In China hat ein Mann vor einem halben Jahr eine Diskothek in die Luft gesprengt. In Nepal gab es das Selbstmordattentat innerhalb der Königsfamilie. Selbst wenn diese Geschichte nur eine Finte war, wussten die Kräfte, die dahinter standen doch, dass so etwas heute »in« ist. Besonders haben wir den Fall von Oklahoma diskutiert. Es war ein Attentat ohne Selbstmord. Der Täter wurde verhaftet und weigerte sich, sich zu verteidigen. Als er exekutiert wurde, zitierte er das Gedicht eines wenig bekannten englischen Dichters zu Beginn des letzten Jahrhunderts. Es trug den Titel: »invictus«. Sonst sagte er nichts und liess sich mit der Spritze umbringen. Zwei Monate später ereignete sich ein ähnlicher Fall in Japan. Als die Polizei den Täter verhaftete, sagte er: »Exekutiert mich, ich hab dieses Leben satt.« Die Moderne zeigt sich im Selbstmordattentat. Es hat gar keinen Sinn, solche Selbstmordattentate z.B. dem Islam zuzuschreiben.

Ist das nicht eine sehr gewagte Aussage, die im Selbstmordattentat die Moderne sieht?

Ich habe diesen sehr grossen Verdacht. Es gibt ein Wort von André Breton aus den

30er Jahren, das sagt: »Der sinnvollste Akt heute ist, sich ein Maschinengewehr zu nehmen und in die Menge zu schiessen.« Dass man sich hinterher auch noch selbst umbringen soll, sagte André Breton noch nicht. Ausserdem hat sich Breton mit diesem Satz nicht etwa identifiziert. Er wollte zeigen, was droht. Der neue Terrorismus, der sich schon damals abzeichnete, hat kein Projekt. Was nicht heisst, dass ein Projekt den Terrorismus legitimiere. Alle vorgängige Analyse bezog sich auf das Verhältnis des Terroristen zu einem Projekt. Camus' »Mensch in der Revolte« enthält glänzende Analysen des Terrorismus, zwar schon im Zusammenhang mit Selbstmord, aber immer noch vermittelt durch ein Projekt des Terroristen. Ein solches Projekt war z.B. der Königsmord in der Französischen Revolution. Camus meinte dazu, die Logik des Königsmordes sei, selber ermordet zu werden. Das heisst, dass es zur Logik der Gesellschaft gehöre, den König zu ermorden, aber auch den Königsmörder umzubringen. Camus hat diesen Terrorismus vor allem am Beispiel der russischen Anarchisten analysiert. Aber man sieht sofort: Hier ist der neue Terrorismus noch nicht im Blick. Dieser Terrorismus, der »einfach nur so« operiert, scheint mir ein Produkt der 70er und der 80er Jahre zu sein. Die Ereignisse von New York waren insofern für mich nichts Neues. Wir analysierten diese Entwicklung schon seit Jahren. In Costa Rica hat man ohnehin mehr die USA im Auge als den Nahen Osten. Schliesslich sind wir »US-Domäne«. In den 80er Jahren kam in den USA angesichts dieses rational nicht fassbaren Terrorismus die Sprache auf vom »Terroristen als guten Nachbarn«. Es sind »gute Nachbarn«...

...die plötzlich ausrasten...

...und sich hinterher selbst umbringen. Von aussen her gesehen, scheinen sie

ganz normale Menschen zu sein. Der Anthony McVeigh aus Oklahoma ist, wie es sich gehört, in den Golfkrieg gezogen, kommt dann zurück und macht so was.

Worin siehst Du nun aber den Zusammenhang zwischen diesem wilden Terrorismus ohne Projekt und der Moderne?

Nehmen wir das als Paradigma, was da entstanden und um die Welt gegangen ist, so gehorcht ihm auch dieses Attentat in New York. Es ist natürlich ungeheuer viel größer als alle vorhergehenden Anschläge, aber es gehorcht dem gleichen Paradigma.

Hat es denn gar kein Projekt?

Das glaube ich nicht. Ich bin überzeugt, solche Attentate haben kein Projekt. Wir wissen ja noch gar nicht, wer es war. Es ist wohl ebenso ohne Projekt wie bei Anthony McVeigh, der nach dem Attentat in Oklahoma sagte, dass er es einfach leid wäre mit dem Federal Government. Da ist eine Wut...

Wenn die globale Wut zuschlägt, hat sie dann wirklich kein Ziel?

Aber da ist keine Alternative.

Es werden doch die Symbole eines Feindes zerstört, den man als solchen wahrzunehmen glaubt.

Ja, McVeigh nimmt auch ein Gebäude der Zentralregierung ins Visier und sprengt es in die Luft. Er ist gegen dieses Monster-Staat, aber er will nicht einen andern Staat. Er hat einfach eine Wut und haut drauf. Ich meine, das dürfte bei diesen Attentätern von New York ähnlich sein.

Es geht also um die reine Zerstörung, die reine Negation?

Ja, es ist die reine Negation. Es mag bei den Attentaten von Palästinensern an-

* Das Selbstmordattentat im Zuger Kantonsparlament am 27. September rückt auch die Schweiz in diese traurige Reihe. Es hatte sich ein paar Stunden vor dem NW-Gespräch ereignet, ohne dass die Gesprächspartner schon davon wussten.

ders sein. Aber hier stelle ich die reine Negation fest.

Woher die kommt, ist dann natürlich die Frage.

Wir haben in Lateinamerika eine Diskussion über die Globalisierung. Es geht um die Globalisierung als Zerstörung oder als Annullierung der Menschenrechte, insoweit sie Rechte von lebenden Menschen, von körperlichen Subjekten sind. Was man unter dem Titel Globalisierung noch Menschenrechte nennt, sind Rechte von Institutionen, nicht von den konkreten Menschen. Es geht um Privateigentum, Urheberrechte, Pressefreiheit.

Pressefreiheit?

Ja, auch sie ist die Freiheit von Medienunternehmen, ihre Produkte auf den Markt zu bringen. Das ist noch lange keine Meinungsfreiheit. Es geht also nicht um Personenrechte als Rechte auf Leben, Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Bildung. Diese wirklichen Menschenrechte körperlicher Subjekte werden systematisch annulliert. Und zwar im Namen der Globalisierung selbst, weil diese Rechte nämlich »Marktverzerrungen« darstellten. Das System der Globalisierung folgt damit einfach seiner eigenen Rationalität, um nach diesem Massstab alle Verzerrungen zu eliminieren. Es gibt keine Rechte mehr, sondern nur noch Gewinner und Verlierer. Das hat man mit einer systematischen Propaganda gemacht, unter Einsatz aller Kommunikationsmittel. Nach dieser Propaganda gibt es keine Alternative. Das ist wahrscheinlich das Gefährlichste, dass man den Leuten einredet, sie hätten keine Alternative...

...was eine zutiefst totalitäre Aussage ist.

Ja, und es ist eine Propaganda der Hoffnungslosigkeit. Die Propaganda ist auch in einem gewissen Sinne naiv: Sie glaubt, die Leute würden Fatalisten. Sie haben keine Alternative, also können wir drauf

hauen. Diese Alternativlosigkeit wird ideologisch übersetzt in Anti-Utopismus und Anti-Humanismus. Humanismus ist eine schreckliche Sache. Es wiederholt sich der Satz von Primo de Rivera aus den faschistischen 30er Jahren: »Höre ich das Wort Humanismus, habe ich Lust, den Revolver zu ziehen.« Das ist unsere Kultur geworden. Ein anderer Satz gegen die Utopie lautet: »Wer den Himmel auf Erden will, schafft die Hölle auf Erden.« Sehr weitgehend wurde dieses antiutopische und antihumanistische Denken internalisiert. Aber was dann herauskam, war nicht Fatalismus, sondern Verzweiflung. Sie schafft sich Luft in Reaktionen, die überhaupt keine Rationalität mehr haben.

Eigentlich ist es gerade diese Anti-Utopie, die als Utopie der Utopielosigkeit selbst wieder eine neue Hölle schafft.

Das eben meinen die »Hundejahre der Globalisierung«. Es ist doch gerade umgekehrt: »Wer nicht den Himmel auf Erden schaffen will, der schafft die Hölle auf Erden.« Und das ist nun das Ergebnis: Diese Hölle des Kapitalismus hat ihre eigene Rationalität, die in ihren Auswirkungen völlig irrational ist. Aber sie ist hochrational im Sinne der Zweck-Mittel-Rationalität des Soziologen Max Weber. Auch die Attentate entsprechen dieser Rationalität. Sie sind hocheffizient, bestens gemacht. Aber da ist kein Zweck, da ist nur Verzweiflung. Es ist die Verzweiflung, die das System durch eine Leichtsinnigkeit ohnegleichen produziert. Diese Verzweiflung wird wahrscheinlich auch weiterhin produziert; denn die Neigung, jetzt zu reflektieren, ist nicht allzu gross. Selbst die kritischen Stimmen reflektieren nicht diesen inneren Zusammenhang zwischen der Globalisierungsstrategie, samt Antiutopismus und Kritik der »Marktverzerrungen«, einerseits und den Selbstmordattentaten andererseits. Der Selbstmordattentäter

als Verzweiflungstäter wird durch diese Strategie produziert, wenn auch auf eine nichtintentionale Art, denn die Strategie will ja Fatalisten.

Wenn das System über sich selbst reflektieren würde, müsste es sich ja zwangsläufig aufheben. Seine Alternative kann nur sein, im Interesse der behaupteten Alternativlosigkeit loszuschlagen.

Gegen den Terrorismus kann ich nur etwas machen, wenn ich die Strategie der Globalisierung und das Verhalten in der global gewordenen Welt radikal anders gestalte. Es sind nicht die Alternativen, die den Terror machen. Das wird zwar unterstellt, um gegen die Globalisierungskritiker zu Felde zu ziehen. Aber diese Kritiker sind die einzigen, die eine Antwort wenigstens errahnen. Die Terroristen dagegen wollen keine Alternativen, sondern auch nur drauf hauen.

Jetzt heißt es ja bereits: »Wer nicht für uns ist, ist gegen uns.« Oder: »Wir sind alle Amerikaner.« Also: Wer nicht »Amerikaner« ist, ist »Terrorist«.

Damit zwingt man uns einen immer extremeren Terrorismus von beiden Seiten auf. Ich nehme an, dass diejenigen, die jetzt den Terrorismus von Staates wegen organisieren, genauso blind vorgehen wie die andere Seite. Sie reproduzieren sich gegenseitig.

Blind sind beide Seiten auch insofern, als sie ihren Kampf als Auseinandersetzung zwischen dem Guten und dem Bösen propagieren und sich dabei erst noch auf ihren Gott berufen.

Die Bibel des Bush gegen den Koran der Taliban – das sind zwei Formen von Wahnsinn.

Was tun?

Wer nicht den Himmel auf Erden schaffen will, der schafft die Hölle auf Erden. Wenn wir jetzt nicht Alternativen zum Globalisierungsprozess entwickeln, bewegen

wir uns in einer Gewaltspirale, die überhaupt kein Ende hat.

Die Schwierigkeit liegt nicht zuletzt darin, dass diese Alternativen zur neoliberalen Globalisierung noch zu wenig sichtbar sind und damit auch die kritischen Stimmen oft recht hilflos erscheinen.

Die Alternativen werden wohl erst dann sichtbar, wenn es auch sichtbar wird, dass man Alternativen braucht, dass es um eine Frage von Leben und Tod geht. Darauf müssen wir hinweisen. Alternativen sind heute lebensnotwendig. Anders kommen wir nicht heraus aus dieser Spirale, die uns alle verschlingen kann.

Gerade auch durch die verschiedenen Formen des Terrors.

Diese zwei Türme sind ja eine sehr symbolische Angelegenheit. Die USA haben keinen König, aber eigentlich haben sie einen, das sind die Türme. Sie haben keinen Gott, aber eigentlich haben sie einen, der sitzt in den Türmen. Der Angriff auf die Türme war ein Königsmord und ein Gottesmord. Das hat alle Koordinaten von Gut und Böse durcheinander gebracht. Der Kompass, der dreht sich einfach, der weist nicht mehr die Richtung. Man kann nicht mehr Gut und Böse unterscheiden. Am ersten 11. September wurde in Santiago das Regierungsgebäude, die Monedas, bombardiert. Da brachen ja auch alle Koordinaten zusammen. Aber hinterher konnte das US-Imperium das Ganze wieder stabilisieren und Pinochet sagen: Es reicht! Es gibt einen andern Fall, und das ist der Reichstagsbrand. Das war auch eine Art Königs- und Gottesmord. Was danach kam, ist das Schlimmste in unserer Geschichte. Da ist alles zusammengebrochen. Hat der zweite 11. September nicht eine Parallele zum Reichstagsbrand? Mir drängt sich das auf.

Der totale Markt hätte seinen Reichstagsbrand...

... und das wären diese beiden Türme.

Mit der Konsequenz eines totalitären Regimes unter dem Vorwand der Sicherheit?

Das ist die ganz grosse Gefahr. Den totalen Markt haben wir, aber noch nicht das weltweite totalitäre System. Dieses könnte hieraus erwachsen. NW: Und erst noch im Namen der Freiheit, natürlich der Freiheit des Marktes.

Ein neuer Totalitarismus wird im Namen der Freiheit und erst noch im Namen des Antitotalitarismus auftreten.

Totalitär ist immer nur der andere.

Das ist klar. Noch eine andere Sache geht mir durch den Kopf. Es wurde viel vom zweiten Pearl Harbor gesprochen. Pearl Harbor war ein katastrophaler Angriff auf die Pazifik-Flotte der USA, durchgeführt von Japanern. Pearl Harbor hat aber noch eine andere Seite: Dass man vom bevorstehenden Angriff gewusst hatte, aber ihm bewusst nichts entgegengesetzte, um aufgrund der Katastrophe das Volk zu einigen für den Krieg. Höre ich Pearl Harbor, so kann ich nur diese andere Version mitdenken, und das wäre schrecklich.

Wie steht es eigentlich um das Bemühen, den Täter oder die Täter zu finden? Ich habe den Eindruck, der Wille zuzuschlagen sei größer, als der Wille, die Täterschaft ausfindig zu machen. Ich frage mich, warum das so ist, warum der Täter Bin Laden sein muss, auch wenn die Beweislage dürrig erscheint.

Wenn Bin Laden da drin ist, dann nur als Finanzierer, nicht als Organisator. Er kann das Ganze als Projekt vorgegeben oder auch nur das Geld geschickt haben. Aber er kann's wohl kaum von Afghanistan aus organisiert haben. Die Ausbildung hat in den USA und in Deutschland stattgefunden. Es müssen also eigene Organisationen hinter dem Attentat stehen, für die Bin Laden ein Heros ist, aber keineswegs der Verantwortliche. Ich wage nicht zu

spekulieren, wer der wirklich Verantwortliche ist. Eine Spekulation wage ich: Dass man nicht sehr interessiert ist, alles herauszufinden.

Das wäre nicht das erste Mal.

Aber Kennedy war nur ein Präsident. Die beiden Türme dagegen sind König und Gott.

Darum pflegt wohl der George W. Bush diese geradezu apokalyptische Sprache.

In der Zeit habe ich einen Artikel gelesen über das apokalyptische Denken. Aber gemeint war nur das apokalyptische Denken im islamischen Raum. Dabei wird übersehen, dass apokalyptisches Denken im Zentrum der US-Kultur steht. Zwar hat jede Religion und jede Kultur ihre Apokalypse, aber ein geradezu unglaublich primitives apokalyptisches Denken steckt im christlichen Fundamentalismus der USA. Dazu gehören ungefähr 90 Millionen der US-Bevölkerung und das ist keine kleine Minderheit. Im ganzen islamischen Raum gibt es kaum so viele Apokalyptiker wie allein in den USA. Reagan präsentierte sich als »wiedergeborener Christ«. Vater Bush auch.

Reagan meinte ja auch, die Schlacht von Harmageddon als letzte Auseinandersetzung mit dem Reich des Bösen stehe bevor.

Dieses primitive apokalyptische Denken ist auf allen Ebenen gegenwärtig, ja im System selbst. Als Vater Bush seinen Krieg gegen Bagdad machte, hatte er neben sich einen fundamentalistischen Prediger. Demgegenüber sind unsere Analysen furchtbar einseitig. Ich kann doch angesichts dieses Terroranschlags nicht einfach nur über islamische Apokalypsen reden. Diese haben keineswegs dieselbe Bedeutung wie die Apokalypsen in den USA. Das zeigen Filme wie »Apocalypse now« oder »Harmageddon«. Im Film »Har-

maggedon« wurden die Türme übrigens auch zerstört.

Aber ist es nicht doch gefährlich, als Antithese zu diesen Apokalypsen den Himmel auf Erden schaffen zu wollen?

Für mich geht es darum, endlich Alternativen zu schaffen. Es geht um Alternativen aus dem Blickwinkel des Menschen als körperliches Subjekt. Das bedeutet für mich den Himmel auf Erden. Wobei ich weiß, dass dieser Himmel eine ziemliche Distanz hat zum Himmel, den wir uns

als Jenseits vorstellen. Aber dennoch: Ich muss schon über das Ziel hinauschiessen, wenn ich es treffen will, sagen Bloch und Max Weber.

Oder das Unmögliche versuchen, um zu erfahren, was überhaupt möglich ist.

Ja, und in diesem Sinn ist es legitim zu sagen: Wer den Himmel auf Erden nicht will, der kriegt die Hölle auf Erden.

Das Gespräch führte die Zeitschrift »Neue Wege« am 27. 9. 2001 und veröffentlichte es in Ausgabe 10/2001.

Mit den Resos zum Ökumenischen Kirchentag!

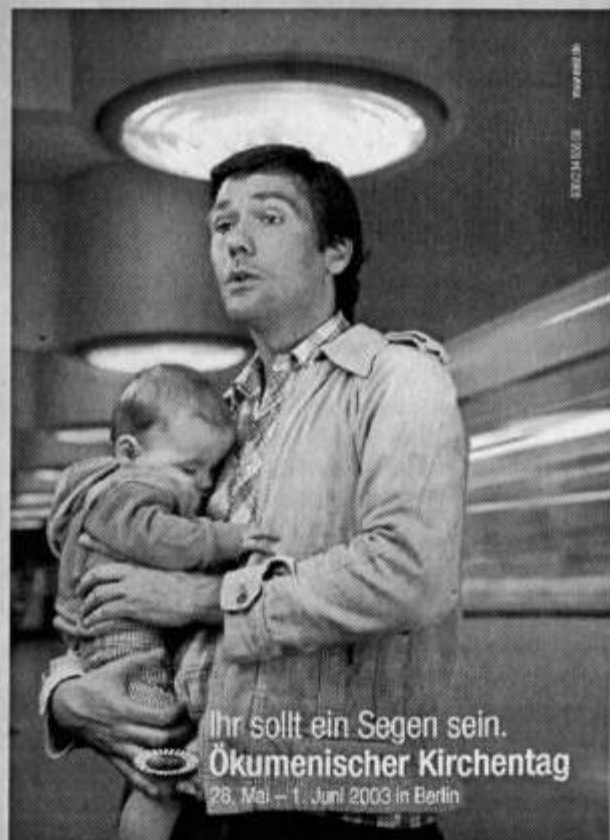
Damit der BRSD auch diesmal für einen Stand auf der Agora (Markt der Möglichkeiten) zugelassen wird, müssen wir eine Mindestzahl von TeilnehmerInnen über unsere Organisation anmelden. Wir bitten deshalb alle Resos, die am Kirchentag teilnehmen wollen, sich möglichst über das BRSD-Sekretariat anzumelden. Natürlich freuen wir uns auch über alle, die dann an unserem Stand mithelfen möchten.

Michael Bschorr

Telefon 05202-884 883

E-Mail sekretariat@brsd.de

Berlin
2003



Ihr sollt ein Segen sein.
Ökumenischer Kirchentag
26. Mai – 1. Juni 2003 in Berlin

Katholische Kirche und Regierung auf Konfrontationskurs

Die übermächtige Stellung der sehr konservativen Katholischen Kirche in Nicaragua scheint gefährdet. ANNE NIBBENHAGEN berichtet über Versuche der neuen Regierung, eine stärkere Trennung von Staat und Kirche durchzusetzen.

Die von Kardinal Miguel Obando y Bravo angeführte Katholische Kirche Nicaraguas erlebt turbulente Zeiten. Die im November letzten Jahres neu gewählte Regierung ist nicht bereit, die zuvor unter Ex-Präsident Alemán intensiven Beziehungen mit gegenseitiger politischer Rückendeckung und finanziellen Zuweisungen fortzuführen. Kirchenvertreter werden der Korruption verdächtigt.

Der neue Präsident Enrique Bolaños, wie sein Vorgänger Arnoldo Alemán Mitglied der liberalen Partei PLC, hat nicht nur begonnen, staatlichen Subventionen für die Kirche – zum Beispiel bei der Finanzierung von kirchlichen Schulen – einen Riegel vorzuschieben. Die von ihm angeführte Antikorruptionskampagne brachte nun auch einige katholische Bischöfe in arge Bedrängnis. Gerichtliche Untersuchungen gegen Bischöfe wurden in die Wege geleitet, die in den vergangenen Jahren von jeglicher Steuerschuld befreit waren oder enge Kontakte zu Personen pflegten, die tief in die schwersten Korruptionsfälle verwickelt waren und mittlerweile rechtskräftig zu Gefängnisstrafen verurteilt worden sind. Zu ihnen zählt beispielsweise Byron Jerez, der ehemalige Leiter der obersten Finanzbehörde. Im Gegenzug klagt Obando y Bravo die neue Re-

gierung öffentlich an, im Vatikan gegen ihn zu konspirieren.

Nach Einschätzung der Journalistin und Chefredakteurin der politischen Zeitschrift »envío« Maria Lopez Vigil* erlebt Nicaragua derzeit einen Streit zwischen einer altertümlichen Kirche und einem Staat im Übergang. »Während sich in anderen Ländern der Region und überhaupt weltweit die Bischofskonferenzen wandeln, sich moderner, pluralistischer und der Realität angepasster zeigen, verharrt Nicaragua mit seiner tief gefrorenen Kirchenhierarchie in der Vergangenheit.«

Die Katholische Kirche kämpft mit allen Mitteln dafür, den Einfluss und die Macht zu behalten, die sie nach der Niederlage der SandinistInnen im Jahre 1990 zurückerobert hat. »Obando war damals die anerkannteste Führungspersönlichkeit der antisandinistischen Opposition«, so Lopez Vigil. Doch die Wahlniederlage der SandinistInnen hat die Katholische Kirche, die sich nie mit der Revolutionsregierung arrangieren konnte, überrollt. Die katholische Hierarchie dachte, mit dem Fall des Sandinismus und dem Sieg Violeta Chamorros stelle sich das alte Verhältnis zwischen Kirche und Staat wieder ein. Doch im Kabinett Violeta Chamorros gab es moderne TechnokratInnen, die ein moderneres Ver-

hältnis zwischen Staat und Kirche anstreben. Die Kirche konnte deshalb nie den vollen politischen Einfluss zurückerobern, den sie während der sandinistischen Regierungszeit eingeübt hatte.

Als Arnoldo Alemán dann an die Macht kam, schrieben der Kardinal und seine Bischöfe ihre Macht schließlich fest. Die von Obando angeführte Kirche unterhielt eine enge Beziehung zur PLC-Regierung und unterstützte diese ideologisch. Im Gegenzug erhielt die Kirche von der Regierung finanzielle Unterstützung. Das Erziehungs- und das Familienministerium wurden mit reaktionären Vertretern der Katholischen Kirche besetzt. Dem Konkubinat, das Regierung und Kirche miteinander führten, verdankte die Alemán-Regierung einen großen Teil ihres »guten« Rufs, den sie in Teilen der Bevölkerung genoss.

Eine Dienstleistung, die sich die Kirchenhierarchie bezahlen ließ? Zumindest für Maria Lopez Vigil ist undenkbar, dass »die Kirche, die so eng mit einer Regierung verbunden war, der heute Korruption in großem Ausmaß nachgewiesen werden kann, nicht eben selbst an dieser Korruption beteiligt gewesen sein soll.«

Doch Obando y Bravo, so die politische Analytikerin, trägt weiterhin einen Führungsstil zur Schau, der darin gipfelt, wie ein Caudillo über seine Bischöfe zu regieren. Lediglich zwei Bischöfe, beide Ausländer, distanzieren sich von diesem Stil. Der eine ist Pablo Schmitz Simon, Kapuziner aus den USA und Bischof an der Atlantikküste. Der andere ist der aus Krefeld stammende Bischof von Chontales, Bernardo Hombach. Als einziges Mitglied der Bischofskonferenz begrüßte er öffentlich die von der aktuellen Regierung veranlassten Untersuchungen der Korruptionsfälle innerhalb der Katholischen Kirche.

Maria Lopez Vigil geht davon aus, dass die Kälte, die zwischen Kirche und Staat herrscht, von Dauer sein wird, da es innerhalb des Kabinetts Mitglieder gibt, die eine sehr moderne

Vorstellung davon haben, wie das Verhältnis zwischen Staat und Kirche auszusehen habe. Ein weiterer Konfliktpunkt besteht darin, dass sich nach dem Amtswechsel im November letzten Jahres bedeutende Finanzgruppen wie die Pellas, die Chamorros und die Cuadras um den neuen Präsidenten scharen und eine andere Finanzgruppe, die auf Seiten Alemáns und der Kirche steht und bislang Regierungsentscheidungen beeinflusste, ersetzen.

Das Problem der Katholischen Kirche ist, so weit jenseits der Moderne zu stehen, dass sie eine Trennung zwischen Kirche und Staat, also einen laizistischen Staat, nicht akzeptieren kann. Die aktuelle Regierung des Übergangs muss Anstöße dazu geben, dass die Kirche in Nicaragua zwar eine bedeutende soziale Macht im Lande darstellen kann, diese aber lediglich auf Seiten der Zivilgesellschaft auszuüben versucht.

Noch ist in Nicaragua nur zu offensichtlich, dass die Katholische Kirche einen großen politischen Einfluss besitzt. In regelmäßigen Abständen kommentieren und kritisieren Kirchenführer gesellschaftliche Ereignisse des Landes und machen eigene Lösungs- oder Verbesserungsvorschläge. Die Katholische Kirche in Nicaragua ist eine starke Kirche.

In einer Untersuchung seitens des US-amerikanischen Außenministeriums von 1999 hieß es: »Die Katholische Kirche ist nicht die offizielle Kirche des Landes, dennoch fällt ihre enge Bindung zur Regierung auf. Nach Hurrikan Mitch im Jahre 1998 zum Beispiel bat die Regierung die Kirche als verlängerter Arm des Staates, Hilfsgüter zu verteilen.«

Ob ihr aber der politische Spielraum gelassen wird, wie in der Vergangenheit fortschrittliche und liberale Wertvorstellungen in Staat und Gesellschaft zu unterdrücken, bleibt abzuwarten.

* In der vorigen Ausgabe (1-2/02) von CuS ist ein Interview mit Maria Lopez Vigil erschienen (S. 35ff.), das Anne Nibbenhagen übersetzt hat.

Euro, Dollar und unser Volksbildungs- projekt in Nicaragua

Die Wirtschaften Europas und der USA befinden sich im globalen Konkurrenzkampf. Die Konsequenzen hiervon werden zuweilen an eher unerwarteten Stellen sichtbar – Udo A. Fleige schildert einen Fall, der auch die Arbeit des BRSD betrifft.

Seit vielen Jahren unterstützen wir (der BRSD) gemeinsam mit anderen Gruppen aus Kirche und Gewerkschaft sowie privaten UnterstützerInnen das Bildungsprojekt von Olivia Alvarez Alvarado und ihrem Team in Matagalpa im Norden Nicaraguas: Die NicaraguanerInnen stellen das Konzept und das Personal, die deutschen UnterstützerInnen das Geld, das aus Spenden stammt sowie dem Erlös eines zweisprachigen Postkarten-Literatur-Kalenders (siehe Anzeige in diesem Heft für den Kalender 2003).

Als es die Deutsche Mark noch gab, gab es keine Probleme mit der Überweisung der Spendengelder aus Deutschland über eine US-amerikanische Bank auf das nicaraguanische Dollar-Konto. Doch im Sommer 2002 traten plötzlich Schwierigkeiten auf. Olivia Alvarez schrieb am 21. Juli:

«Wir waren sehr beunruhigt wegen der Schwierigkeiten mit dem Geld, das ihr uns schickt.

Nie zuvor hatte es solche Schwierigkeiten gegeben. Während wir noch bei der BANEXPO [Bank] waren, erhielten wir von euch zwei Überweisungen: mit Datum vom 11. Januar über

die Höhe von \$ 2.283,36. Wir erhielten danach mit Datum vom 15. März 2002 die Summe von \$ 871,68, und bei diesen beiden Gelegenheiten gab es keine Probleme.

Um das Juliseminar durchführen zu können, erbat ich ein Darlehen bei dem Herrn, der mir jeden Monat die Dollar wechselt. Dieser Mann kennt mich gut und weiß, dass ihr uns nie im Stich gelassen habt; er ließ uns \$ 600,00.

Was mir Sorgen macht ist, dass ihr womöglich uns nicht mehr helfen könnt, denn die BANEXPO sagte mir heute, dass es keine Probleme gebe, wenn die Unterstützung in Dollar ankommt; wenn ihr sie aber in Euro schickt, sollten wir das Konto lieber von ihrer Bank wegnehmen. Es scheint, dass das europäische Geld Schwierigkeiten hat, in die Länder hineinzukommen, die, wie wir, Satelliten des nordamerikanischen Imperialismus sind. Ich weiß nicht, ob es irgendeine andere Bank in unserem Finanzsystem gibt, die Euro annimmt; aber eigentlich beschäftigt mich bei dieser Erfahrung, die wir gerade machen, vorrangig der Gedanke, dass es für euch sehr aufreibend ist, solche Probleme zu bekommen, um uns zu helfen.»

In seinem Buch »Global brutal. Der entfesselte Welthandel, die Armut, der Krieg«, das 2002 im Verlag Zweitausendeins erschienen ist, erklärt Michel Chossudovsky, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Ottawa, die Überweisungsprobleme:

Es geht um die globale Rivalität zwischen zwei konkurrierenden Währungen, Euro und US-Dollar. In Osteuropa, in der ehemaligen Sowjetunion, auf dem Balkan, in Zentralasien, in den Sub-saharastaaten und im Nahen Osten konkurrieren Dollar und Euro miteinander um die Kontrolle über die nationalen Währungssysteme und somit über die Wirtschaft der betreffenden Länder selber. Auf dem Balkan und in den baltischen Staaten kontrollieren deutsche Banken und europäische Finanzinteressen die Geldschöpfung und das Kreditwesen durch die Anbindung der nationalen Währungen an den Euro. »Der Euro dominiert bereits das »deutsche Hinterland«: Osteuropa, die baltischen Staaten und den Balkan, während der US-Dollar im Kaukasus und Zentralasien die Oberhand hat. Und mit Ausnahme der Ukraine ist auch in den Ländern des GUUAM-Abkommens der Dollar zumeist stärker als der Euro.«

Zur Erläuterung: Das GUUAM-Abkommen wurde im April 1999 am Rande der Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der NATO in Washington unterzeichnet. Die Staatschefs Georgiens, der Ukraine, Usbekistans, Aserbaidschans und Moldawiens unterschrieben diesen regionalen militärischen Bündnisvertrag, dessen Geltungsbereich die strategisch wichtige Öl- und Gasregion um das Kaspische

Meer umfasst. Der GUUAM-Vertrag »zielt darauf ab, die GUS [Gemeinschaft unabhängiger Staaten, Nachfolgebündnis der UdSSR] weiter zu zerstückeln, [und] im Dienste britisch-amerikanischer Erdölinteressen Russland von den Öl- und Gasvorkommen der kaspischen Region auszuschließen und Moskau politisch zu isolieren« (vgl. auch CuS 1-2/02, Seite 27ff: »Die falsche Fährte«).



Die Dollarisierung der nationalen Währungen, schreibt Chossudowski, ist fester Bestandteil der US-Strategie. Wenn es gelänge, in diesem riesigen Gebiet zwischen Mittelmeer und chinesischer Westgrenze den Dollar durchzusetzen, wäre die Vorherrschaft des amerikanischen Notenbanksystems hier perfekt. Diese wirtschaftsimperialistischen Bestrebungen werden von der zunehmenden Militarisierung der eurasischen Region nach den Anschlägen vom 11. September 2001 unterstützt.

Die Rivalität um die Währungsüberhoheit betrifft seit der Einführung des Euro offenbar auch Mittelamerika:

»Es scheint, dass das europäische Geld Schwierigkeiten hat, in die Länder hineinzukommen, die, wie wir, Satelliten des nordamerikanischen Imperialismus sind.«

Schröder-Fischer, zweite Auflage

Kommentare zur Bundestagswahl

Wir haben einige Mitglieder des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten gebeten, den Ausgang der Bundestagswahl zu kommentieren.

Gab es eine Wahl bei den Wahlen?

Statt 100% Stoiber gibt es für die Bevölkerungsmehrheit als Sonderangebot einen Schröderburger mit Hartzer Käse

Von ULRICH PETER (Berlin)

Was ist bei der Wahl herausgekommen? Wie schätzt Du als Gewerkschafter und Sozialist das Wahlergebnis ein? So hat die CuS-Redaktion mich gefragt. Eine Wahlanalyse ist nicht objektiv, sondern hängt stark von den Interessen des Analysten ab. Mein Interesse an dieser Wahl ist ein Zweifaches. Zum einen halte ich es mit Friedrich Engels, für den ein Wahlergebnis vor allem ein Gradmesser für den Bewusstseinsstand der arbeitenden Bevölkerung war und in dem sich auch gesellschaftliche Kräfteverhältnisse abbilden. Zum anderen erwarte ich nicht, dass durch Regierungshandeln Schritte zum Sozialismus gegangen werden. Der alte russische Bolschewik und Kominternchef Sinowjew wurde einmal gefragt, wer in einer bestimmten Wahl in Westeuropa gewinnen würde. »Ich weiß es nicht, in jedem Fall wird es sich um eine bürgerliche Regierung handeln.« Recht hat der Mann, bei dieser Bundestagswahl ging es nur darum, welcher Teil des politisch organisierten Bürgertums in die Regierung geht. In

die Regierung wohl gemerkt, die Frage, wer an die Macht kommt, stand nicht zur Wahl. Dem deutschen Großkapital kann es im Moment egal sein, wer unter ihm regiert.

Bevor ich versuchen will, dies zu tun, möchte ich die Kriterien offen legen, die meine Beurteilung bestimmen:

1. Welche tatsächlichen Alternativen mit welchem Politikangebot standen zur Wahl?
2. Gab es darunter ein Wirtschaftskonzept?
3. Wie sahen die Programme hinsichtlich Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aus?
4. Was ist beim Wahlergebnis bemerkenswert?
5. Wie stimmten die »kleinen Leute«, die ArbeiterInnen, Arbeitslosen, untere Angestellte und Beamte ab?
6. Gab es Unterschiede in Ost und West?
7. Wie ist das Ausscheiden der PDS zu erklären und zu bewerten?
8. Was kommt nach der Wahl auf uns zu?

1. Welche tatsächlichen Alternativen mit welchem Politikangebot standen zur Wahl?

a) Der Wahlkampf war inhaltsleer: Weder das Unternehmerlager noch die Gewerkschaften hatten Interesse an einem polarisierendem Wahlkampf mit der Gefahr, dass die gegensätzlichen Klasseninteressen die parteipolitischen Auseinandersetzungen mitgeprägt hätten. Dementsprechend haben sich Unternehmerverbände und Gewerkschaften auch zurückgehalten und auf die Parteien eingewirkt. CDU/CSU und SPD konnten so einen Wahlkampf führen in dem sie sich in ihren politischen Aussagen höchstens in Nuancen unterschieden während ein immer größer gewordener Teil der Wählerschaft keiner der großen Parteien zutraut, das »Problem der Arbeitslosigkeit und der Sozialversicherungen« lösen zu können. Der Wahlkampf war daher für die meisten Beobachter und Wähler so unpolitisch wie noch nie. Lange Zeit sah es so aus, als ob die SPD ihre von der rot-grünen Regierungspolitik enttäuschten Wähler und Anhänger nicht mobilisieren könne. Die Opposition sah aus wie der sichere Sieger. Von politischer Polarisierung, wie sie angesichts der Kandidatur von CSU-Chef Stoiber anfänglich von vielen erwartet wurde, war kaum etwas zu sehen. Zum einen gaben die Gewerkschaften ihre noch zur Jahreswende artikulierte Kritik an der rot-grünen Regierung so gut wie völlig auf und riefen wie eh und je zur Wahl der SPD auf. Von ihrer Seite fand keine inhaltliche Diskussion über die zur Wahl stehenden Parteien und vor allem über die Resultate der Regierungsarbeit von Rot-Grün statt. Zum anderen blieb das Unternehmerlager, und das ist der wichtigere Punkt, trotz seiner unverkennbaren Sympathie für einen Regierungswechsel doch relativ moderat in seinen Angriffen auf die Schröder-Regierung. Zwar wurde ein Forderungskatalog präsentiert, der grundlegende Veränderungen bei der Arbeitslosenversicherung eben-

so enthält wie eine Neuregelung des Kündigungsschutzes, dieses Vorgehen ähnelte aber dem der Gewerkschaften, die ja auch zu jeder Wahl mit ihren Wahlbausteinen kommen. Offensiv ist ein solches Verhalten jedenfalls nicht zu nennen. Typisch für die eher verhaltene Gangart war die Reaktion auf die Flutkatastrophe. Wenn der Vorsitzende des Bundesverbandes der Industrie (BDI) Michael Rogowski dem Bundeskanzler eine Erhöhung der Körperschaftssteuer als Beitrag der Kapitalgesellschaften zur Finanzierung der Flutschäden geradezu anbot, so ist das mitten im Wahlkampf schon erstaunlich. Er stärkte damit indirekt Schröders Position. Das Zurückrudern nach seiner ersten Äußerung änderte daran nur noch wenig. Es stellt sich die Frage, warum das deutsche Kapital in diesem Wahlkampf so zurückhaltend gewesen ist.

b) Die Diskussion über eine deutsche Beteiligung am Irakkrieg haben Fischer/Schröder geschickt aufgegriffen und sich als Friedensfürsten in Szene gesetzt. Mit ihrer tatsächlichen Politik hat dies wenig zu tun. Denn die Auseinandersetzung um die sozialen und innenpolitischen Kosten der imperialistischen Vorzugsstellung Europas hat noch gar nicht begonnen. Zwar sind die politischen Entscheidungen zugunsten einer künftigen deutschen Gewaltpolitik mit dem Jugoslawienkrieg gefallen. Aber die deutschen »Verteidigungsausgaben« liegen immer noch auf dem Niveau der 90er Jahre, als man den Ostblock mit DM statt mit Panzern und Raketen vernichtete. Doch die Zeiten ändern sich. Die Wiederkehr des Kolonialismus, der direkten Gewaltherrschaft der imperialistischen Metropolen in den Interessengebieten und Krisenregionen der restlichen Welt wird sich nicht mehr kostenneutral bewerkstelligen lassen. Wie dabei die unverbrüchliche Freundschaft unter den euro-atlantischen Staaten in die Tat umgesetzt wird, ist diesseits und jenseits des großen Teiches umstritten. Hier hat die rot-grüne Koalition gepunktet: mit ih-

rem Widerspruch gegen die Kriegspropaganda der US-Administration konnte sie sich den deutschen Bürgern auch außenpolitisch als kleineres Übel präsentieren. In einem sonst wenig kontroversen Wahlkampf reichte das zu einer Bestätigung der Amtsinhaber.

2. Gab es darunter ein Wirtschaftskonzept?

Die Hoffnungen auf ein neues »sozialdemokratisches Projekt« sind lange vergangen, ja vergessen. Selbst die Jusos glauben nicht mehr an »systemüberwindende Reformen«. Der staatliche Verteilungsspielraum, auf den noch die Reform der »Riester-Rente« gesetzt hatte, ist mit den fallenden Börsenkursen und der Wirtschaftskrise seit dem Sommer 2000 verschwunden. Selbst alte Stammbesellschaften sind betroffen, wenn etwa Siemens seinen Pensionsfond wegen der Börsenflaute sanieren muss. Die Befürchtungen unter der lohnabhängigen Bevölkerung sind groß und finden in der offiziellen Politik ihren Niederschlag: Beide großen Parteien, SPD wie CDU haben mit der Ablehnung »amerikanischer Verhältnisse« Wahlkampf gemacht.

Das Unternehmerlager, in dem eine Mehrheit einen Wahlsieg von CDU/FDP favorisiert hatte, nahm das Wahlergebnis gelassen hin. Das hat vor allem zwei Gründe:

a) Auch der Zustand der bürgerlichen Oppositionsparteien bot den Vertretern des Unternehmerlagers nicht die Garantie, mit ihrer Hilfe die eigenen Interessen reibungslos durchsetzen zu können. Vor allem die CDU war im Wahlkampf deshalb in die Schusslinie ihrer Kritik geraten – etwa bei der Ablehnung des Zuwanderungsgesetzes und der Hartz-Pläne. Der Versuch der Union mit populistischen Parolen gegen die Bundesregierung in den Wahlkampf zu ziehen, erwies sich für die Unternehmer als kontraproduktiv.

b) In den vergangenen vier Jahren hatten die Vertreter der deutschen Wirtschaft und Industrie gute Erfahrungen mit der Bundesre-

gierung gemacht. Vor allem die Einbindung der Gewerkschaften hatte sich für sie gelohnt. Hier bietet die SPD eindeutige Vorteile gegenüber der CDU. In den eigenen Reihen können die Spitzen der Gewerkschaften ihre Zusammenarbeit mit Kapital und Staat eher durchsetzen, wenn es eine sozialdemokratisch geführte Regierung gibt. »Wahrscheinlich müssen die heiligen Kühe von denen geschlachtet werden, die an der Aufzucht am aktivsten beteiligt waren«, so kommentierte schon im September 1999 Hilmar Kopper (Chef der Aufsichtsräte von Daimler-Chrysler und der Deutschen Bank) die ersten Erfahrungen mit der neuen rot-grünen Regierung.

3. Wie sahen die Programme hinsichtlich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aus?

a) Die Unternehmer und die Hartz-Kommission

Eine erste Antwort lässt sich anhand der Reaktionen auf die Vorschläge der Hartz-Kommission finden. Sie sind für das Verhalten des Unternehmerlagers charakteristisch. Zwar wurde nach der Vorstellung der Kommissionspläne vom BDI ebenso wie vom Bundesverband der Arbeitgeberverbände (BDA) oder vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) kritisiert, dass die Vorschläge der Kommission nicht weit genug gingen, letztlich aber fehlte dieser Kritik nicht nur die in früheren Wahlkämpfen übliche Schärfe, sie blieb im eigenen Lager auch nicht unwidersprochen.

Schon am Tag nach den öffentlichen Erklärungen der genannten Verbände stellten sich die Vorstandsvorsitzenden mehrerer Großkonzerne (unter ihnen IBM und Hewlett-Packard) in einer ebenfalls öffentlichen Erklärung eindeutig hinter die Pläne der Hartz-Kommission. Sie riefen dazu auf, die positiven Elemente dieser Vorschläge nicht sofort zu zerreden, sondern die neuen Möglichkeiten erst einmal zu nutzen. Damit unterstützten

sie die Position, die auch die Kapitalvertreter in der Kommission vertreten hatten. Die überwiegende Mehrheit der Kommissionsmitglieder stammte ja aus dem Unternehmerlager. Neben Peter Hartz selbst, dem Personalvorstand von VW, waren das u.a. seine Kollegen von der BASF und der deutschen Bank, führende Repräsentanten von Roland Berger und Boston Consulting, und der Generalsekretär des Zentralverbandes des deutschen Handwerks, Hans-Eberhard Schleyer. Die Gewerkschaften dagegen waren gerade einmal mit zwei Personen repräsentiert, die zudem nicht besonders gewichtig waren. Die Mehrheit der Kapitalvertreter in der Kommission hatte zwar versucht, eine schärfere Variante des Hartz-Papiers durchzusetzen, die u.a. eine generelle Kürzung des Arbeitslosengeldes und eine Reduzierung seiner zeitlichen Dauer enthalten sollte, der Schlussfassung haben aber schließlich alle einhellig zugestimmt.

Dieses Verhalten wie auch die unterschiedlichen Reaktionen aus dem Unternehmerlager auf die Vorschläge der Kommission zeigen das Dilemma, in dem die Unternehmer derzeit stecken. Sie möchten zwar gern mehr erreichen, als das Hartz-Papier vorsieht, dessen Umsetzung aber auch nicht gefährden. Es enthält schließlich zahlreiche Elemente, die von der Kapitaleite immer wieder gefordert worden waren. Vergleicht man die öffentlichen Erklärungen der Arbeitgeberverbände Anfang des Jahres mit den Vorschlägen der Hartz-Kommission, so sind die Parallelen unübersehbar. Von den 5 Punkten, die das Programm des BDA »für mehr Beschäftigung« im Januar als entscheidend vorstellte, wurden vier von der Hartz-Kommission zu relativ großen Teilen berücksichtigt: Die Anhebung der Grenze für geringfügige Beschäftigung, die möglichst schnelle Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, der stärkere Druck auf Arbeitslose, angebotene Arbeitsplätze anzunehmen, und die Beseitigung arbeitsrechtlicher Schutzbestimmungen (s. dazu den Ar-

tikel zum Hartz-Papier in dieser Nummer der Arbeiterpolitik).

Um diese »Fortschritte« im Sinne der Unternehmer nicht zu riskieren, haben die Kommissionsmitglieder letztlich zugestimmt, auf die generelle Kürzung des Arbeitslosengeldes erst einmal verzichtet. Nur so konnte man die gewünschte Einbindung der Gewerkschaften und damit die Einstimmigkeit der Kommission erreichen. Das Verhalten von Hans-Eberhard Schleyer war diesbezüglich typisch. Er verlangte zwar immer wieder, die ursprüngliche Fassung des Papiers, die die generelle Kürzung enthielt, beizubehalten, unter dem Druck der Gewerkschaften in dieser Frage hat er sich aber letztlich nicht verweigert.

Auch die öffentlichen Stellungnahmen der Unternehmerverbände waren, betrachtet man sie genauer, von einer eher unentschlossenen Haltung bestimmt. Auf der einen Seite wurde heftige Kritik an den Plänen geübt, die auf die nicht erfüllten Forderungen der Verbände wie vor allem die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung hinwies. Auf der anderen Seite blieb die Kritik generell doch eher halbherzig, wurden die Pläne wegen ihrer aus Sicht des Kapitals positiven Elemente letztlich doch als Fortschritt gewürdigt. Die Pressemitteilung des DIHK stand dementsprechend unter der Überschrift: »Ernsthafte Suche, aber kein großer Wurf«. Ludwig Georg Braun, hessischer Großunternehmer und Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, teilte darin mit, dass der Bericht der Hartz-Kommission »ein wichtiger Schritt, die Arbeitsmarktpolitik in Bewegung zu bringen«, sei, allerdings noch kein Durchbruch. Ähnlich äußerte sich auch Michael Rogowski für den BDI. Er kritisierte in einer Presseerklärung die polarisierte öffentliche Debatte über die Vorschläge und verurteilte dabei sowohl die Beurteilung der Hartz-Pläne als »Geniestreich« durch das Regierungslager als auch die Kritik der Opposition, die alles nur als »Gequatsche« abtue. Solche Extremurteile seien

unangebracht. Die Vorschläge der Kommission seien zwar nur eine Korrektur verfehlter früherer Entscheidungen der Regierung, aber späte Einsicht sei besser als keine. Eine sofortige Umsetzung sei deshalb erforderlich. Auch wenn die Vorschläge die Hauptursachen nur teilweise anpackten, seien sie aber zumindest ein erster Schritt.

- b) Die Bilanz von vier Jahren Schröder-Regierung: Das Unternehmerlager konnte seine Position stärken und ausbauen

Die Reaktion des Unternehmerlagers auf die Vorschläge der Hartz-Kommission ist deshalb so typisch, weil diese Vorschläge charakteristisch für die Politik der Schröder-Regierung sind. Die Regierung hat in den letzten vier Jahren viele Entwicklungen in Gang gebracht oder fortgeführt, die von den Unternehmern gefordert wurden. Erinnern wir uns an die Bilanz der Kohlregierung und ihren Abbau des Sozialstaats, die die SPD im Wahlkampf vor vier Jahren versprach rückgängig zu machen. Was ist tatsächlich passiert? Außer beim Kündigungsschutz in Kleinbetrieben und der (inzwischen zumeist tariflich abgesicherten) Lohnfortzahlung im Krankheitsfalls hat die Regierung Schröder nach ihrem Wahlsieg keine einzige Maßnahme zurückgenommen, die von ihrer Vorgängerin zu Gunsten der Unternehmer eingeführt worden war. Bei den meisten Punkten hat sie die Verschlechterungen zu Lasten der Bevölkerungsmehrheit sogar noch weiter ausgebaut. Man denke hier nur an die Steuerreform, die Veränderungen des Arbeitsförderungsgesetzes oder die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Einführung der Riester-Rente. Das Aufbrechen des Solidarprinzips in der gesetzlichen Rentenversicherung war aus Sicht des deutschen Kapitals einer der größten »Erfolge« der Regierung Schröder. Unter einem Kanzler aus den Reihen der CDU/CSU wäre diese grundlegende Änderung des Renten-

systems wohl nicht so reibungslos durchzusetzen gewesen. Dafür bedurfte es der SPD und eines Arbeitsministers, der die Gewerkschaften dank seiner persönlichen Geschichte relativ leicht mit ins Boot nehmen konnte.

Ähnliches gilt auch für die geplante Umstrukturierung der Bundesanstalt für Arbeit. Sie stellt für das Kapital ebenfalls einen ganz wichtigen Schritt hin zu einer weiteren Flexibilisierung des Arbeitsmarkts dar. Die Forderungen, die der BDA Anfang des Jahres hinsichtlich einer Reform der Bundesanstalt für Arbeit aufgestellt hat, sind in den Plänen des neuen Vorstandsvorsitzenden der Anstalt, Florian Gerster, in wesentlichen Teilen berücksichtigt worden. Einzig die generelle Kürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld auf max. 12 Monate konnte von Unternehmerseite (ebenso wie auch in der Hartz-Kommission) nicht durchgesetzt werden. Dennoch erfüllt Gerster die Erwartungen des deutschen Kapitals in hohem Maße. Der ehemalige SPD-Sozialminister von Rheinland-Pfalz hat in seiner bislang relativ kurzen Amtszeit schon sehr viel von dem umgesetzt oder zumindest angestoßen, was die Arbeitgeberverbände seit langem fordern. Er war diesbezüglich eindeutig erfolgreicher als seine Vorgänger aus dem konservativen Lager.

Das Unternehmerlager kann mit den Aktivitäten der rot-grünen Regierung durchaus zufrieden sein. Zwar hat man nicht alle seine Pläne durchgesetzt, die Erfolge aber können sich sehen lassen. Die herrschende Klasse hat das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften zu ihren Gunsten weiter verschieben können.

- c) Sinkende Kurse, Krise der »New Economy« und Bilanzfälschungen: Der Lack blättert ab

Die unbestreitbaren Erfolge, die die Schröder-Regierung aus Sicht des Unternehmerlagers zu verzeichnen hat, sind jedoch nicht

der einzige Grund, warum die Angriffe auf die rot-grüne Regierung vergleichsweise zurückhaltend ausfallen. Die Unternehmer spüren auch, dass sich die Stimmung, wie sie in der veröffentlichten und öffentlichen Meinung zum Ausdruck kommt, verändert hat. Der massive Rückenwind der vergangenen Jahre bläst ihnen zurzeit eher entgegen. Bis zum Anfang dieses Jahres waren die Topmanager noch die bewunderten Vorbilder der Gesellschaft, genossen fast schon Starruhm. Seit her hat sich das Blatt gewandelt. Die Spitzenmanager der großen Konzerne stehen nun als gierig, rücksichts- und skrupellos am Pranger. Die riesigen Bilanzskandale in den USA wie z.B. bei Enron oder Worldcom, bei denen die Kleinaktionäre viel Geld in den Sand gesetzt haben und die Beschäftigten nicht nur ihre Altersversorgung, sondern auch ihren Arbeitsplatz verloren haben, haben ebenso zu einer Veränderung des gesellschaftlichen Klimas beigetragen wie das Platzen aller Träume vom ununterbrochenen Wachstum in der »New Economy« und einem ewigen Boom an den Börsen.

So lange die Wirtschaft unaufhaltsam zu wachsen schien und viele Normalbürger in Form von Aktien (wie etwa denen der Telekom) an den Gewinnen zumindest ein klein wenig teilhaben konnten, spielte es keine nennenswerte Rolle, ob die Topmanager ihre Gehälter in immer neue Höhen schraubten. Seit es an den Börsen wie in der Wirtschaft insgesamt aber bergab geht, werden solche Praktiken nicht mehr so ohne weiteres akzeptiert. Spitzengehälter in dreistelliger Millionenhöhe, Abfindungen im zweistelligen Millionenbereich für Manager, die ihre Firmen fast in den Ruin getrieben haben, und illegale Aktiengeschäfte, bei denen die Topmanager auf Kosten der Aktionäre und der Beschäftigten riesige Gewinne machten, sorgen dafür, dass die Helden von gestern die Bösewichte von heute sind.

Dass sich gleichzeitig auch die Fata Morgana von der Aktie als höchst lukrativer und zugleich sicherer Geldanlage aufgelöst hat, bereitet dem Unternehmerlager Probleme. Das über Jahre hinaus bewunderte Vorbild USA hat seinen Glanz verloren. Damit aber sind alle jene Argumentationen, die vor allem unter Berufung auf dieses Vorbild zu einem grundlegenden Umbau des bundesdeutschen Modells der sozialen Sicherung aufgerufen haben und noch immer aufrufen, unter Rechtfertigungsdruck geraten. Der früher ausreichende Hinweis auf die Erfolge der US-Wirtschaft genügt nicht mehr, will man z.B. die Schaffung eines Niedriglohnssektors oder die Umstellung des Rentensystems auf das Prinzip der Kapitaldeckung weiter vorantreiben. Ein führender Repräsentant der Allianz-Versicherung hat die veränderte Situation jüngst mit den Worten beschrieben, dass die Riester-Rente heute politisch nicht mehr durchsetzbar wäre.

Damit wird das Dilemma deutlich, in dem das Unternehmerlager steckt. Ihm wurde das durchschlagkräftigste Argument, der Verweis auf die Erfolge der »New Economy« und der US-Wirtschaft insgesamt, aus der Hand genommen. In dem Maße, in dem die US-Ökonomie und ihre Prinzipien in den Augen der Durchschnittsbürger an Glanz verlieren, gewinnt der »gute alte deutsche Sozialstaat« wieder an Attraktivität. Damit haben nun alle diejenigen zu kämpfen, deren Ziel die Abschaffung oder zumindest grundlegende Umgestaltung eben dieses »Sozialstaats« ist. Sie müssen vorsichtiger agieren, sollen bereits erreichte Erfolge nicht gefährdet werden.

Die veränderte Stimmungslage kam im Frühjahr und Sommer zum Ausdruck in der Bereitschaft Hunderttausender, sich an den Streiks und Warnstreiks der Gewerkschaften zu beteiligen und das selbst unter traditionell schlecht organisierten und bisher eher passiven Beschäftigungsgruppen wie den Bankangestellten. Da die Unternehmer weite-

re durchgreifende Schritte in die gewünschte Richtung aufgrund dieser veränderten Stimmungslage zur Zeit nur schwer ohne soziale Auseinandersetzungen durchsetzen können, richtet sich ihr Interesse auf die Konsolidierung und den schrittweisen Ausbau schon umgesetzter oder beschlossener Maßnahmen. Dies gilt u.a. für den Umbau der Bundesanstalt für Arbeit oder für die Vorschläge der Hartz-Kommission. Die Folgen eines offensiven, frontalen Vorgehens für die soziale und politische Stabilität in Deutschland sind im Voraus, am grünen Tisch, nicht zu kalkulieren. Solange die herrschende Klasse sich noch nicht zu einem Frontalangriff auf die arbeitende Bevölkerung gezwungen sieht, wird sie versuchen ihre Interessen schrittweise, mit Zustimmung der Gewerkschaftsspitzen, durchzusetzen. Das wird, sollte es zu keinem Widerstand gegen den Kurs der Vorstände kommen, zu einer weiteren Zersetzung der Gewerkschaften führen und die Ausgangsposition der Unternehmer in den kommenden sozialen und politischen Auseinandersetzungen stärken.

4. Was ist beim Wahlergebnis bemerkenswert?

a) Die Wählerwanderungen weisen auf einen Rechtsruck hin:

Die Wahl des 22.9.2002 lässt sich, verglichen mit der Bundestagswahl vor 4 Jahren, anhand der Netto-WählerInnenwanderungen vereinfacht so darstellen: Die SPD verlor ca. 1.620.000 Stimmen an CDU/CSU und FDP. Außerdem verloren SPD, Grüne und PDS zusammen ca. 730.000 Stimmen ans Lager der NichtwählerInnen, während CDU/CSU und FDP ca. 400.000 Stimmen von sonstigen, überwiegend rechten Parteien hinzugewannen. Während zwischen CDU/CSU und FDP keine nennenswerten Wanderungen stattfanden (und auch nicht zwischen Grünen, PDS, CDU/CSU und FDP), gab es zwischen SPD, Grünen und PDS massive Verschiebungen: Die PDS verlor

ca. 290.000 Stimmen an die SPD, während die SPD wiederum ca. 500.000 Stimmen an die Grünen verlor.

Von den 1.620.000 Stimmen, die die SPD ans bürgerliche Lager verlor, gingen 370.000 zur FDP, ca. 1.000.000 an die CSU, aber nur ca. 250.000 an die CDU.

b) Zwei Blöcke des Neoliberalismus

Bei den Bundestagswahlen 2002 bekam der Block SPD-Grüne 22.592.874 Stimmen und der Block CDU/CSU-FDP 22.013.162 Stimmen. Die faschistischen bzw. rechtskonservativen Parteien NPD, Republikaner und Schillpartei erhielten 895.364 Stimmen, die sozialistisch-reformistische PDS 1.915.797 Stimmen. Während es z.B. bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Frankreich zu einer Polarisierung kam, die einerseits die FaschistInnen und andererseits die revolutionäre Linke stärkte (so erhielten trotzkistische Parteien über 10%), fand in der BRD eine »Polarisierung« zwischen zwei Blöcken statt, die fast identische Projekte vertreten. Dagegen blieben die FaschistInnen und Rechtskonservativen auf der Wahlebene fast unbedeutend, obwohl die Gefährlichkeit dieses Bodensatzes mit seinen fast 1 Mio. Stimmen nicht unterschätzt werden darf. Die PDS musste mit 4% eine herbe Wahlniederlage einstecken und ist nur noch mit zwei Abgeordneten im Bundestag vertreten. Das Wahlergebnis bestätigt die relative Stabilität des bundesrepublikanischen Kapitalismus.

Die Polarisierung zwischen den Blöcken SPD-Grüne und CDU/CSU-FDP war keine zwischen »links« und »rechts«. 44.606.036 Menschen wählten neoliberale Parteien, deren Ziele sich nur in Einzelheiten unterscheiden. Der Sieger der Wahlen ist der Neoliberalismus. Beide Blöcke vertreten mit kleinen Unterschieden das gemeinsame Ziel, die Errungenschaften der ArbeiterInnenklasse massiv in Frage zu stellen. Das wollten und wollen viele WählerInnen der bürgerlichen Parteien

von SPD bis CSU nicht. Aber das ist ihr »Wahl-auftrag«.

5. Wie stimmten die »kleinen Leute«, die ArbeiterInnen, Arbeitslosen, unteren Angestellte und Beamte ab?

Der Spiegel nennt in seiner Wahlanalyse die Ergebnisse von Infratest dimap. »Die SPD verlor, wo sie 1998 gewann: bei den Arbeitern«. (Spiegel Wahlausgabe v. 24.9.02 S.42) In Zahlen drückt sich das so aus: »Die SPD büßte vor allem bei Arbeitern und Angestellten kräftig ein, während CDU/CSU gerade bei diesen und bei den Arbeitslosen punktet. Insgesamt gewann die Union 1,25 Millionen SPD-Wähler für sich.«

Die Tabelle macht diesen Fakt und die Veränderung bezogen auf die Wahl 1998 deutlich:

	SPD	CDU/CSU	Grüne	FDP	PDS
ArbeiterInnen	41% (-8)	38% (+9)	5% (+2)	6% (+3)	5% (-1)
Angestellte	37% (-7)	35% (+5)	13% (+4)	8% (+2)	3% (-2)
Arbeitslose	39% (-5)	29% (+8)	9% (+1)	7% (+3)	10% (-3)

Der seit 20 Jahren anhaltende Trend, dass die SPD immer mehr zu einer bürgerlichen Partei mit Arbeiteranhang mutiert, hält weiter an. Die PDS, die gehofft hatte, den von der SPD aufgegebenen Platz als Partei der »kleinen Leute« einnehmen zu können und als »bessere« SPD zu punkten, machte eine Bruchlandung.

Für die PDS ist das Ergebnis in diesen drei Wähler-Gruppen praktisch der vorgezogene Konkurs. Wenn eine sozialistische Partei angesichts von 4 Millionen Arbeitslosen im zweitreichsten Land gerade bei den Opfern der Krise einbricht, ist das mehr als ein Warnzeichen angesichts des Fakts, dass dann ausgerechnet die CDU die Mehrheit der von SPDS ent-

täuschten Wählerinnen und Wähler aus diesen Gruppen auffängt.

Die SPD ist nicht von ungefähr die Drehscheibe der WählerInnen-Wanderung. Sie ist derzeit unbestritten die zentrale Partei der BRD und hat sich in den letzten Jahren parteistrategisch erfolgreich modernisiert. Sie erhält annähernd die gleichen Prozentzahlen bei den verschiedenen Altersgruppen, bei Männern und Frauen, in Ost und West, und weitgehend auch quer durch die Berufsgruppen und ist damit die gesamtdeutsche Partei schlechthin. Auch Grüne und FDP stehen für die Zukunft günstig da; sie erhalten höhere Zustimmung bei den jüngeren Altersgruppen und mit zunehmendem Bildungsgrad, was für den langfristigen Einfluss wichtig ist. Die CDU hat dagegen ein Problem. Nicht die PDS ist die Partei der Rentner, sondern die CDU. Die CDU hat deutliche Akzeptanzprobleme bei den Jüngeren und bei den besser Gebildeten, sie wirkt erheblich unmoderner und gestriger als die SPD – spürbar auch darin, dass es wieder vermehrt KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen gibt, die sich für die Wahl der SPD exponieren. Die CDU hat jedoch erhebliches Aufholpotential im Osten; CDU und PDS sind die beiden Parteien, deren Ost- und West-Ergebnisse am stärksten voneinander abweichen.

6. Gab es Unterschiede in Ost und West?

a) Die PDS verlor überall:

Der Osten allerdings wird im neuen Bundestag auf ganz andere Weise repräsentiert werden, als bisher. Im Anschlussgebiet hat die SPD ihre langjährige Schwäche wieder überwinden können wurde flächendeckend zur stärksten Partei. Nur in Sachsen konnte die CDU Paroli bieten. Die PDS konnte generell nicht klarmachen, wieso sie im Parlament bleiben muss und was das wem nützt. Die 5%-Hürde hat faktisch keine Rolle gespielt, weder mobilisierend noch demobilisierend;

sie hat die WählerInnen im Osten ebenso wenig interessiert, wie die WählerInnen im Westen. Die PDS verlor über 600.000 Stimmen. Im Osten sank ihr Stimmenanteil von 21,6% auf 16,8%, im Westen von 1,2% auf 1,1%. Von den 1.915.797 Stimmen der PDS kommen 23% aus dem Westen (incl. der westlich dominierten Wahlbezirke Berlins), 77% aus dem Osten (incl. der östlich dominierten Wahlbezirke Berlins), also rund $\frac{1}{4}$ zu $\frac{3}{4}$.

b) Der Trend im Trend

Die PDS hat dennoch ihre Hochburgen im Osten wie im Westen, auch wenn diese im Westen ziemlich kleine Burgen sind. Sie hat in 61 von 299 Wahlbezirken zugelegt, fast ausnahmslos in westlichen Wahlbezirken. Dies sind in der Regel Bezirke mit SPD-Direktmandaten, in denen die Grünen besonders stark sind; es sind grundsätzlich städtische Bezirke. Die PDS ist dort stark (bzw. gewinnt), wo das linke Lager insgesamt stark ist (bzw. gewinnt), und umgekehrt. Dies gilt nicht für den Osten, wo die PDS grundsätzlich an die SPD abgibt, als die große Drehscheibe, über die u.U. eine längerfristige »Normalisierung« der Ergebnisse von CDU und PDS sich abwickelt. Die Tatsache, dass die PDS diesmal ganz stark den »Trend im Trend« abgebildet hat (also den kleinen Links/Rechtsrutsch im Großen), zeigt sich auch im Kleinen wieder. Auf der Ebene von Stimmbezirken kommt die PDS z.B. in Bremen auch auf 6 oder 7% hoch, und zwar



wiederum dort, wo die Grünen extrem hohe Ergebnisse einfahren (25-35%), insbesondere innerstädtische Bereiche.

7. Wie ist das Ausscheiden der PDS zu erklären und zu bewerten?

a) Bewertung:

Um es gleich zu Beginn zu sagen: Auch ich bedauere das Ausscheiden der PDS aus dem Bundestag. Allerdings: Für eine Katastrophe für die Linke halte ich dies ganz und gar nicht. Am Montag nach der Wahl saß ich in einer Runde von sozialistischen Gewerkschaftsaktiven aus Ost und West. Generelle Antwort auf meine Frage: »Was bedeutet das parlamentarische Ausscheiden der PDS für Sozialistinnen und Sozialisten in den Gewerkschaften?« »Nichts, praktisch nichts, fast egal.« Wie kommt diese Einschätzung in einem Kreis zustande, wo jede/r im Schnitt mind. 20 Jahre aktiv in linken Gruppen, den Gewerkschaften und sozialen Bewegungen ist? Es hat viel damit zu tun, dass die PDS als Alternative zu SPDCDUFDGGrüne nicht mehr oder kaum noch erkennbar ist.

b) Warum verlor die PDS?

Die PDS verlor fast 600.000 Wählerstimmen – und diese Verluste kamen fast ausschließlich aus dem Gebiet der ehemaligen DDR. Woher kam die Niederlage der PDS, die sich spätestens seit dem Frühjahr abzeichnete? Oft wird vergessen, dass die PDS auch im Osten immer nur eine Minderheit mobilisieren konnte, die auf bundespolitischer Ebene chancenlos war und ist. Das hat mehrere Gründe, die nicht nur etwas mit den deutschen Besonderheiten zu tun haben. Sozialistische oder auch nur reformistische Positionen sind weltweit in der Defensive, nicht erst seit dem Zerfall des Ostblocks. Die Organisationen der abhängig Beschäftigten oder ebenso abhängigen Unbeschäftigten sind von der weltpolitischen Ebene abgetreten (Nicaragua!) und sind auf nationaler Ebene meist auf dem Rückzug. In

der Auswahl unter verschiedenen Varianten bürgerlicher Politik führt der taktierende Realismus der »kleinen Leute« aber immer zur Wahl des kleineren Übels, zur Beauftragung einer Herrschaft, von der man die geringeren Schäden erwartet.

Der Weg zum kleineren Übel ist der PDS auf Bundesebene jedoch verwehrt. Wie alle ehemaligen Staatsparteien des Ostblocks sah sie den Verlust jeden Einflusses in der ostdeutschen Arbeiterklasse nach 1989 nie als Problem. Wie alle Staatspartei im Ostblock hatte auch die SED in der Wende ihren Arbeiterbestandteil (etwa $\frac{1}{3}$ der Mitglieder bekanntlich damals, aber immerhin) komplett abgestoßen. Das fiel nicht schwer: zehntausende hatten bereits die Partei verlassen, in der sie nichts zu sagen gehabt hatten. Die verbliebenen Mitglieder aus den Betrieben wurden bei der Auflösung der Betriebsparteiorganisationen dezimiert. Die marginale Rolle der AG Betrieb und Gewerkschaft macht das Ergebnis überdeutlich. In 12 Jahren hat sich daran nichts geändert. Angehörige freier Berufe und Staatsangestellte geben in der PDS den Ton an. Die überalterte Mitgliedschaft kann die Richtung der Politik nur passiv beeinflussen. Sicher, es sieht in Polen, Litauen oder Ungarn nicht anders aus. Dort aber konnten sich die marxistisch-leninistischen Parteien der Arbeiterklasse führend am Wiederaufbau des Kapitalismus und der Ausweitung der NATO in Osteuropa beteiligen, während die SED durch die Diskriminierung des ehemals »staatsnahen« Personals der DDR an solcher Anpassung gehindert war. Da das Territorium und die Bevölkerung der DDR direkt zu einer abhängigen Provinz der alten BRD herabgestuft wurden, bestand keinerlei Nachfrage nach einer Verwandlung von Teilen der Funktionärskaste in eine neue Kapitalistenklasse. Stattdessen disziplinierte eine regierende CDU mit »Rote Socken«-Kampagnen die SPD-Opposition und ersparte der PDS damit die Auseinandersetzungen über eine eigene

Beteiligung an der Zurichtung der DDR für die Marktwirtschaft. Ideologisch hat sich die PDS wie ihre Bruderparteien zur sozialliberalen Partei eines neuen Mittelstandes gewandelt. Anders als ihre ehemaligen Genossen in Polen, Ungarn oder Litauen kann sie aber die fehlende Verankerung in der Arbeiterklasse nicht durch Teilhabe an der Macht und die Teilnahme an der Definition des nationalen Interesses kompensieren. Deshalb ist die PDS in sich heterogener als ihre »Bruderparteien«, obwohl die gesellschaftlichen Konflikte in Polen, Ungarn oder gar den Nachfolgern der SU nach 1990 selbstverständlich viel schärfer waren. Auch der ostdeutsche Mittelstand ist halt provinziell und sich seiner Abhängigkeit vom starken Westen wohl bewusst.

c) Die PDS als zahnloser Tiger:

In den alten und neuen westdeutschen Kerngebieten der Bundesrepublik verfügt die PDS über keinerlei Basis. Die tatsächliche Entwicklung im modernen Kapitalismus hatte den wohlfahrtsstaatlichen Rezepten der SPD die Grundlage entzogen. Anfang dieses Jahres beschloss die AG Betrieb und Gewerkschaft der PDS Berlin, Kontakte zur sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AFA) aufzunehmen. Aber auch die sozialdemokratische AFA hat in Berlin keinerlei Basisstrukturen mehr. Einzelne verzweifelte Linke und Sozialdemokraten aus verschiedenen Gewerkschaften suchen heute in der ehemaligen Staatspartei des Ostens ein modernes Zuhause für ihre menschenfreundlichen Ansichten – nur um sich auch in der neuen Partei am Rande wieder zu finden. Die halbherzige Wiederbelebung sozialdemokratischer Konzepte findet keine Unterstützung. Daher hat sich die PDS über 12 Jahre in einer Ost-Nische eingerichtet: Sonderwahlgebiet Ost 1990, drei Direktmandate 1994, drei Direktmandate und knapp 5 Prozent in der Anti-Kohl-Wahl 1998, daneben die zunehmenden Erfolge in den Länderparlamenten

bis 1998. Seitdem stagniert die Partei, nur der völlige Bankrott der Großen Koalition in Berlin verhalf ihr zu Gewinnen und Regierungsposten in der Hauptstadt. Von diesem Höhepunkt vor nur einem Jahr war der Abstieg besonders heftig: in den östlichen Stadtbezirken sank ihr Stimmenanteil von 48% bei der Wahl des Landesparlamentes auf 24,5% bei der Bundestagswahl. Nicht nur die Wähler, vor allem die Parteibasis hat die Sanierungspolitik des Senates mit einem verständnislosen Rückzug aus der aktiven Politik beantwortet. Die Verluste der PDS gehen in zwei Richtungen. Zum einen verlor sie an die SPD. Gegenüber den taktischen Spekulationen der Wähler hatte die Partei nicht viel zu bieten. Vor allem aber vergrößerte sich das Heer der Nichtwähler, die mangels einer überzeugenden Alternative zu Hause blieben.

d) Wohin geht die PDS nach der Wahl?

Nun muss die Partei auf die Krise antworten: Allein der Verlust der Bundestagsfraktion kostet sie etwa 200 hauptamtliche Funktionäre (38 Abgeordnete und etwa 160 Mitarbeiter), hinzukommen die verminderten staatlichen Zuwendungen. Die ersten Stellungnahmen liegen vor, sie sind so widersprüchlich wie die Partei noch ist: sie reichen von der Forderung radikalisierte Liberalisierung der Partei durch Gregor Gysi und Andre Brie über die Kontroversen der derzeitigen Parteiführung bis zu den sozialdemokratischen (Peter Porsch) oder sozialistischen Kritiken aus dem sächsischen Landesverband. Die einen wollen den Widerspruch zwischen Anspruch und Politik der PDS dadurch lösen, dass der sozialistische Anspruch wegreformiert wird. Die anderen wollen die Partei auf sinnvolle Elemente des geltenden Parteiprogramms festnageln. Die Modernen Sozialisten um Dieter Klein und Michael Brie beschwören die Notwendigkeit eines klaren Profils der Partei »links von der SPD« – und könne bei aller Sachlichkeit doch nicht zugeben, dass sich die Regierungsbetei-

ligungen verheerend ausgewirkt haben. Von den Modernen Sozialisten bis hin zu ihren erklärten marxistischen Kritikern zieht sich die Klage über die starke Stellung der Parlamentsfraktionen im Leben der Partei. Aber an eine Änderung der derzeitigen praktischen Politik der Partei denken die Genossen nicht, ihre Vorschläge erschöpfen sich im ideologischen und personellen. Zu Recht. Der Leidensdruck und Veränderungsdruck sollte nicht überschätzt werden. Auf kommunaler und Landesebene sind die Parteistrukturen im Osten unerschütterlich. Die dort praktizierte Politik war aber die Grundlage für die modern-sozialistischen oder nur machtgeilen Spielereien auf Bundesebene. Eine Gegenposition hat auch auf dem nächsten und übernächsten Parteitag keine Chance auf eine Mehrheit. In Mecklenburg-Vorpommern, wo ein Absturz wie in Berlin zu verzeichnen ist, hat man bereits die Wiederaufnahme der Koalitionsgespräche beschlossen.

Eine Regionalpartei Ost hat keine Chance, auf Dauer gewählt zu werden. Dafür sprechen die Beispiele aller anderen Versuche in diese Richtung. Langfristig kann auch nur eine gesamtdeutsche Partei im Osten Erfolg haben, weil angesichts der beschriebenen Trends und der Generationenwechsel ein reines Ost-Image irgendwann auch im Osten zum Makel werden würde. Für eine Partei links von Rot-Grün kann es dagegen definitiv Platz geben, aufgrund des strukturellen Drangs und der bewussten Orientierung von Rot und Grün, ihre Integrationsleistung nach links weiter zu begrenzen.

8. Was kommt nach der Wahl auf uns zu? Wohin gehen wir?

a) Nicht auf Parteien bauen – Auf die eigene Kraft vertrauen:

Die Aufgabe von Sozialistinnen und Sozialisten nach der Wahl ist die gleiche wie vor der Wahl. Die Reihen zusammenhalten, neue Kontakte gerade zu jüngeren Aktiven knüpf-

fen, Klarheit in den Köpfen schaffen und den Widerstand gegen die Politik der Regierenden organisieren. Über die fehlende SPD-Linke oder den Zustand der PDS zu lamentieren ist fruchtlose Zeitverschwendung. Vielleicht führt die Verarbeitung der Niederlage dazu, dass sich auch bei einigen SPD- und PDS-Linken die Widerstände gegen einen überfälligen Neuanfang der sozialistischen Linken verringern. Auch das müsste aber erst mal erarbeitet werden. Solange aber auch die Linken in der PDS die Berliner Regierungsbeteiligung wegen des Schadens für die Partei, und nicht wegen des Schadens für die Berliner Bevölkerung kritisieren, besteht zu Optimismus kein Anlass.

b) Ohne eine Linksentwicklung der Gewerkschaften hängt die gesellschaftliche Linke in der Luft

Die gewerkschaftlichen Apparate haben sich als unfähig erwiesen, den Stimmungen unter den abhängig Beschäftigten eine gemeinsame Stoßrichtung zu geben und diese für die gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen zu nutzen. So schwach die Kräfte der gewerkschaftlichen Linken auch erscheinen mögen, es gibt keine politische Kraft die ihr diese Aufgabe – einer klassenkämpferischen sozialistischen Opposition in den Gewerkschaften – abnehmen könnte. Einer gewerkschaftlichen Opposition, die sich nicht nur in verbalen Resolutionen, sondern organisatorischer Stärke ausdrückt, wäre es möglich, die verpassten Chancen einzufordern und den Widerstand gegen Lohnsenkung und Sozialabbau einzuleiten. Geschieht dies nicht, werden die Gewerkschaften immer mehr zu inhaltslosen Hüllen, bürokratischen Apparaten, die angesichts der Dynamik in den Beschäftigungsverhältnissen nur noch eine Minderheit erreichen, weil ihre »Service-Leistungen« (Rechtsschutz, Freizeit-Unfallversicherung etc.) schließlich auch von anderen – am »Markt« – erbracht werden können. Für Ge-

werkschaften, die traditionell im deutschen Raum »Kampfkraft« als »Finanzkraft« buchstabieren, hätte das einschneidende organisatorische und politische Folgen – die abhängig Beschäftigten und die Erwerbslosen müssten die Suppe auslöffeln.

Zu einer entscheidenden Frage wird dabei in den kommenden Monaten der Vorschlag der Hartz-Kommission. Die Gewerkschaftsvorstände haben mit ihrer Zustimmung zu den Plänen grünes Licht gegeben für den Umbau und die Privatisierung der Bundesanstalt für Arbeit: Aus einer Einrichtung zur sozialen Absicherung soll endgültig ein Instrument zur weiteren Ausdehnung des Niedriglohnssektors werden. Leiharbeit zu Billiglöhnen durch die Personal-Service-Agenturen wird zwangsläufig zu einer weiteren Aufweichung der noch bestehenden Flächentarife führen und die betrieblichen Abwehrmöglichkeiten durch Zeit- und Leiharbeit erschweren. Können sich auf diesem Felde Unternehmer und Bundesregierung mit Hilfe der Gewerkschaftsvorstände durchsetzen, werden weitere Angriffe zwangsläufig folgen. Die Pläne für weitere Einschnitte bei der Bundesanstalt für Arbeit liegen schon in der Schublade und die Bundesregierung hat deutlich gemacht, dass sie die gesetzliche und tarifliche Konkretisierung der Hartz-Pläne notfalls auch ohne oder gegen die Gewerkschaften durchsetzen will. Die Grundsatzforderungen nach einer allgemeinen Absenkung der Arbeitslosenunterstützung und nach einer grundsätzlichen Neugestaltung, sprich Abschaffung, der Flächentarifverträge haben die Unternehmerverbände nur aufgeschoben.

Zur Lage der PDS nach der Bundestagswahl 2002

Von HELMUT PFAFF (Frankfurt/Main)

Das Wahlergebnis von 4,0% (vorher 5,1%) war für die PDS ein Desaster. Sie verlor ihren Fraktionsstatus und ist mit nur zwei Abgeordneten im Bundestag vertreten. Das schwächte die Linke in der Bundesrepublik Deutschland entscheidend, obwohl es erfreulich ist, daß Bündnis90/Die Grünen im Vergleich zu den anderen Bundestagsparteien zulegte, besonders der Erfolg von Herrn Ströbele. Als Reaktion auf das Bundestagswahlergebnis mussten die Nachrichtenagenturen bald danach einen massiven Zustrom von Neumitgliedern bei der PDS melden. Die Linken ahnten also sehr wohl, was dies Ergebnis bedeuten würde.



Wir erinnern uns an den politischen Alltag in unserem westlichen Wertesystem. Hier einen Auszug aus einem Brief unter Arbeitskollegen in einem deutschen Betrieb:

»Euer (und auch unser usw.) Betriebsrat ist ja hart am kämpfen wegen der Überlastungen von Mitarbeitern. Da finde ich die Überlegung von Termin-Straffungen bei den [...] eine unerhörte Provokation seitens der Unternehmer. Unser Wirtschaftssystem geht über Leichen, aber bring das mal in die Köpfe der Wähler. Die Massenpsy-

chologie der bürgerlichen Medien ist betäubend. Demagogen schaffen es bis in die Spitzen der öffentlichen Ämter. Da wird ein Wendehals und CDU-Bauminister als Mörder enttarnt (Brandenburg), kandidieren vorbestrafte korrupte CDU-Kommunalpolitiker für Bürgermeisterämter aus Gefängnissen heraus (Region Main-Taunus), bei den Präsidentschaftswahlen in den USA werden die Wählerstimmen erst gar nicht zu Ende gezählt (aber international sprechen diese von Demokratie und Menschenrechten), und und und... Und die Wähler gehen über alles leichtfertig hinweg, business as usual, the show must go on.«

Die PDS-Wählerschaft hat sich zunehmend verändert. War vor vier Jahren erst jeder sechste Wähler aus den alten Bundesländern ist es jetzt jeder vierte. Dies bedeutet keinen Rechtsruck, da die neuen PDS-Wähler zunehmend enttäuschte ehemalige Sozialdemokraten und Grüne sind. Sie wollen sich also von denen bewußt absetzen. Umgekehrt sind es also immer weniger ehemalige SEDler. Ein bekannter Vorwurf wird immer abgewiger. Er hat sich bald selbst überlebt. Zudem scheut sich die PDS nicht, immer wieder auch intern sich kritisch mit der Vergangenheit zu beschäftigen. Als eigentliche Kernposition zwischen einem mehr reformerischen und einem mehr revolutionären Flügel bildet sich zunehmend ein Profil heraus, welches mit wahrhaft revolutionären Reformen beschrieben werden kann, also verfassungsgemäß und dennoch radikal. Die Diskussionen um die Konkretisierung von Demokratischem Sozialismus gehen weiter.

Die Parteivorsitzende Gabi Zimmer schreibt:

»Die PDS ist und bleibt sozialistische Partei, die bundesweit verankert und politikwirksam werden will. Sie versucht weder zweite sozialdemokratische noch kommunistische Partei zu werden.«

Sie plädiert u.a. dafür das wissenschaftliche Potenzial im Partei Umfeld zu erschließen,

die Jugend noch stärker einzubeziehen und in der Partei die demokratischen Strukturen zu verstärken, welche anderswo in Deutschland abgebaut werden (siehe CuS 1-2/2002, S. 16ff).

Der Frankfurter PDS-Stadtverordnete Heiner Halberstadt setzt u.a. auch auf eine Stärkung der Beschäftigung mit Wissenschaft und Kultur, aber auch zu Recht auf mehr Kritik innerhalb der Gewerkschaften. Denn hier könnte auch durch mehr Basisdemokratie mehr Veränderung durch Kreativität statt Anpassung an marktwirtschaftliche Prozesse gefördert werden. Heiner Halberstadt, welcher Emil Fuchs noch persönlich begegnet ist und heute für »Neues Deutschland« Kolumnen schreibt, merkt an:

»Als sozialistisch können alle Entwürfe gelten, die auf eine freundliche, der menschlichen Emanzipation und dem sozialen Wohlergehen aller Menschen dienliche Gesellschaft gerichtet sind. Analog ist sozialistische Politik gesellschaftliches Handeln, das Wege dorthin erkundet, bekannt macht und versucht, sie über eigenes Zutun gangbar zu machen. Politisches Handeln also, das es unternimmt, aus Verhältnissen herauszuföhren, in denen der Mensch ein geknechtetes, verächtliches, fremdbestimmtes Wesen ist. (K.M.)«

Und wie ist das Verhältnis zur Religion? Ich erinnere mich, daß während meiner Studentenzeit der Marxistische Studentenbund Spartakus seine höchsten Stimmenanteile an der Frankfurter Universität im Fachbereich Theologie erzielt hat. In einem Positionspapier der PDS zu Gläubigen, Religionen, Kirchen und Religionsgemeinschaften heisst es:

»Die PDS knüpft an die durch die stalinistische Deformation weitgehend verdrängten Traditionen des Zusammengehens von Arbeiterbewegung und religiösen Sozialisten, an den antifaschistischen Wider-

stand von Pfarrer Dietrich Bonhoeffer, Pfarrer Paul Schneider, Dompropst Bernhard Lichtenberg an. [...] Die PDS bekundet gegenüber Kirchen, Religionsgemeinschaften und gläubigen Bürgern, daß sie eine politische Plattform für all jene sein will, die erfahren haben, daß Marxismus und Christentum, Sozialismus und Religion von ihren sozial-ethischen Zielen und Inhalten her auf entscheidende Gemeinsamkeiten verweisen können.«

So gibt es auch eine Arbeitsgemeinschaft Christinnen und Christen bei der PDS.

Nach meiner Einschätzung wird die PDS, vor allem im Westen, weiter zulegen, wenn sie erstens ihr politisches Vorhandensein in Parlamenten effektiver mit Hilfe von Basisanregungen umsetzt (verstärkte demokratische Strukturen durch Initiativrecht) und zweitens ihr wissenschaftliches Basispotenzial stärker nutzt und kreativ umsetzt.

Man sollte nur nicht resignieren. Es geschehen Zeichen und Wunder. Wie aussichtslos schien die Lage im Brasilien der letzten Jahrzehnte und jetzt ist Benedita da Silva von der Arbeiterpartei, eine schwarze Frau aus den Elendsvierteln Gouverneurin (Ministerpräsidentin) von Rio de Janeiro (Kubas Staatschef Fidel Castro schaute schon vorbei) und der ehemalige Gewerkschaftsführer Lula da Silva, ebenfalls von der Arbeiterpartei, Staatspräsident von Brasilien.



PDS-Aktion vor der CDU-Zentrale

Foto: PDS

Verheerende Niederlage für die Linke

Von MAIK EISFELD (Schlotheim/Thür.)

Der Ausgang der Bundestagswahl 2002 hat einmal mehr bewiesen, dass die Mehrheit der Bevölkerung Deutschlands weder Willens noch fähig zu wirklich tiefgreifenden Veränderungen ist.

Zwar war das Aufatmen groß, als im Laufe des langen Wahlabends deutlich wurde, dass uns ein Kanzler Stoiber erspart bleibt und Schröder die folgenden Jahre mit einer hauchdünnen Mehrheit weiter regieren kann, doch gibt es kaum Grund zu wirklicher Freude darüber.

Fakt ist nun mal, Schröder und Stoiber unterscheiden sich in ihren Grundaussagen kaum voneinander. Im Bereich Wirtschafts-, Gesundheits-, und Sozialpolitik stehen der Bevölkerung wahrscheinlich die härtesten Zeiten seit bestehen der Bundesrepublik bevor.

Gerade die untersten sozialen Schichten werden die Hauptlast zu tragen haben. Es ist damit zu rechnen, dass die Konzepte der so genannten Hartz-Kommission bald in die Tat umgesetzt werden. Diese stellen für Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, aber auch für Beschäftigte im Billiglohnsektor geradezu eine Kriegserklärung dar, deren Auswirkung auf das soziale Gleichgewicht wie für die Demokratie kaum abzuschätzen sind.

Da tröstet es kaum, dass die FDP, also die politische Kraft, die den unterprivilegierten Bevölkerungsschichten am entschiedensten gegenübersteht, mit ihrem 18%-Projekt jämmerlich gescheitert ist. Die Partei der Besserverdienenden hat hoch gepokert, hoch verloren und wird weiter in der Opposition ihr Dasein fristen.

Gewinner der Wahl sind ohne Zweifel die Grünen, die ihr deutlich realistischeres Wahlziel 8% sogar überschritten haben. Allerdings ohne zu wissen wofür.



Das jämmerliche Scheitern der FDP tröstet wenig.

Keine Partei hat in den letzten Jahren so viel an Ideen und Grundpositionen über Bord geworfen und sich dem System so angebeidet wie Bündnis 90/Grüne. Von wahrhaftig grünen oder gar linken Positionen ist nichts mehr zu spüren. Einzig das »Zugpferd« Joschka Fischer konnte viele Wogen der Unzufriedenheit glätten.

Die Zweifelsohne größte Katastrophe stellt sicher die schwere Niederlage der PDS dar. Für Linke aller Strömungen, selbst denjenigen, die der PDS kritisch gegenüberstehen, stellte dieser Wahlabend das Scheitern aller Visionen und Hoffnungen dar.

Dieses Scheitern hat ganz unterschiedliche Ursachen. Mit Sicherheit hat das Verhalten Gregor Gysis der Partei empfindlich geschadet, doch das ist es nicht allein.

12 Jahre saß mit der PDS eine linkssozialistische Kraft im Parlament, die letzten 4 Jahre als gleichberechtigte Fraktion. Diese Zeit hätte hervorragend für eine Politik der linken Systemopposition genutzt werden können. Doch was geschah? Herzlich wenig. Sicher, leicht hat es eine linkssozialistische Partei nicht, in einer von mehrheitlich rechtskonservativen Medien beherrschten Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden, doch das reicht als Entschuldigung nicht aus.

Auch die PDS hat, ähnlich wie die Grünen, nach und nach alle Prinzipien über den Haufen geworfen, ihr sozialistisches Programm wo es nur ging verwässert, nur um vielleicht einmal koalitionsfähig zu werden.

Diese Taktik hat sich nun bitter gerächt. Fakt ist, langfristig ist die Existenz zweier sozialdemokratischer Parteien in Deutschland nicht möglich. Die Chance der PDS kann nur in einer radikalen linken Systemopposition bestehen.

Doch wird diese von wenigstens einem Teil der Bevölkerung überhaupt gewünscht? Wenn man sich einmal die Stimmung im Volke betrachtet, können da erhebliche Zweifel aufkommen.

Die gesamte politische Linke, welcher Richtung auch immer, wird immer deutlicher isoliert. Wen erreichen ihre Positionen noch?

Die Mehrheit der Deutschen ist viel zu apathisch, zu autoritätshörig und überdies viel zu sehr von der Sorge ums tägliche Überleben in Anspruch genommen, um revolutionäre Energien für den Kampf um eine bessere Zukunft aufzubringen. Auch diese Problematik hat die PDS in ihrem Wahlkampf nicht berücksichtigt.

Auch die Frage »Ostdeutsche Regionalpartei oder Gesamtdeutsche Linkspartei« ist bis heute nicht eindeutig beantwortet.

Gerade in den östlichen Bundesländern musste die PDS mächtig Federn lassen.

Bei der zeitgleich stattfindenden Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, wurde die PDS erstmals als Regierungspartei gemessen und verlor fast 9%. Das ist alarmierend.

In Mecklenburg-Vorpommern hat die PDS der sozialen Kahlschlagpolitik der SPD tatenlos zugeesehen und ist somit dafür mitverantwortlich.

Auch der Geraer Parteitag hat keine Klarheit gebracht. Es wird also weiter gemacht wie bisher.

Themen hätte die PDS in Fülle zu besetzen, vom drohenden Krieg in der Golfregion bis hin zu wichtigen innenpolitischen Themen wie dem Hartz-Papier.

Wichtig wäre jetzt vor allem ein Bündeln aller linken Kräfte gleich welcher Strömung auch immer, in einer Art Netzwerk. Zum Beispiel könnte an ein Wiederaufleben des Projektes »Linke Liste« gedacht werden, was sträflich vernachlässigt wurde in den letzten Jahren, da es der PDS offensichtlich zu gut ging, da sie der Meinung war, es allein schaffen zu können und keine Rücksichten auf vermeintliche Konkurrenten aus dem linken Lager nehmen zu müssen.

Die Zukunft wird zeigen müssen, ob die PDS dazu in der Lage sein wird.

Kapitalismus macht krank – Jesus heilt

MARTINA LUDWIG spricht sich gegen die kapitalistische Verfasstheit des Gesundheitswesens aus und plädiert für ein heilsames, ganzheitlich ausgerichtetes Gesundheitswesen in öffentlicher Verantwortung. Der Text wurde auch in einer von Helmut Pfaff und Michael Bschorr bearbeiteten Fassung als Flugblatt des BRSD verteilt.

Heilungen Jesu

In den biblischen Erzählungen über Jesus ist es eine seiner charakteristischen Handlungen, körperlich und psychisch Kranke und sozial Gekränkte zu heilen: »Er verkündete die frohe Botschaft vom Reich und heilte jede Krankheit und jedes Gebrechen.« (Matthäus 9,35) Jesus wendet sich Hilfe suchenden Männern und Frauen ganzheitlich zu. Er ändert auf Grund ihrer Motivation ihre Lebenswirklichkeit. Dadurch können sie an Körper und Seele, aber auch geistlich, gesunden: »Tochter, dein Glaube hat dich gerettet.« (Markus 5,34) Gesundheit ist für Jesus und seine Jünger und Jüngerinnen ein Gut, das den Körper, das seelische Befinden, gesellschaftliche Beziehungen und das ewige Heil umfasst. Wenn Jesus Blinde heilt, gibt er ihnen ihre Sehkraft wieder und öffnet ihnen gleichzeitig die Augen für die Wirklichkeit Gottes auf der Welt: »Und sofort sah er wieder und folgte Jesus, Gott rühmend.« (Lukas 18,43)

Menschenrecht Gesundheit

Gesundheit im umfassenden Sinn ist ein Menschenrecht. Deshalb wenden sich Religiöse Sozialistinnen und Sozialisten gegen den Kapitalismus, der Menschen kränkt und an dem unsere Gesellschaft krankt.

Schon ein Neugeborenes kommt in Deutschland mit dem Gesundheitssystem in Berührung. Sowohl als Lohnabhängige als auch als Arbeitslose sind wir krankenversichert. Vier Millionen Beschäftigte verdienen ihren Lebensunterhalt im Gesundheitswesen. Ob wir uns gesund fühlen oder uns als Patient/inn/en behandeln lassen, ob wir im Krankenhaus, in der Altenpflege, bei einer Krankenkasse oder der Pharmaindustrie arbeiten, in jedem Fall sind wir vom Gesundheitssystem betroffen.

Wir tun also alle gut daran, uns für das Menschenrecht Gesundheit in einem heilsamen Gesundheitswesen einzusetzen.

Ganzheitliche Medizin

Medizinische Wissenschaft und Praxis soll nicht als Reparaturbetrieb für fehlerhaft funktionierende Einzelteile des menschlichen Körpers benutzt werden. Frauen und Männer haben keinen Körper, mit dem sie oder ärztliche Fachleute nach Belieben verfahren können, sondern sie sind Körper. Wie wir den Körper behandeln, so behandeln wir den Menschen als Geschöpf Gottes. Deshalb vertreten Religiöse Sozialistinnen und Sozialisten wie Jesus, Paracelsus und Blumhardt eine ganzheitliche Medizin, die die emotionale, psychische und spirituelle Dimension des Menschen genau so wichtig nimmt wie die körperliche. Die

Vorherrschaft schulmedizinischer Methoden muss zugunsten naturheilkundlicher und psychosomatischer Heilweisen verändert werden. Die unkritische Anwendung von Medikamenten und Medizintechnik, die Kranke nicht gesünder macht, soll hinterfragt werden.

Mündige Patientinnen und Patienten

In hierarchischen Institutionen wie Kliniken und Altenheimen, die nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten betrieben werden, wird der Bevormundung kranker und alter Menschen und dem paternalistischen Verhalten von Ärzten (auch von Ärztinnen und Schwestern) Vorschub geleistet. »Halbgötter in Weiß«, die meinen, über Hilfe Suchende entscheiden zu können, prägen nach wie vor das Bild des Gesundheitswesens. Religiöse Sozialistinnen und Sozialisten treten deshalb für die Demokratisierung des Gesundheitswesens ein. Rechte und Selbstbestimmung, aber auch die Eigenverantwortung von Patient/inn/en und Heimbewohner/innen sollen gestärkt werden. Dafür müssen Strukturen für das partnerschaftliche Miteinander von kranken, behinderten und alten Menschen, ihren Ärztinnen und Ärzten, Pflegenden und Angehörigen geschaffen werden.

Solidarisches Versicherungssystem

Das gesetzliche Krankenversicherungssystem, bei dem Arbeitgeber/innen und Lohnabhängige, Gesunde und Kranke einen paritätischen Beitrag zur Versicherung leisten, soll gestärkt und darf nicht weiter aufgeweicht werden. Zusätzliche finanzielle Eigenleistungen neben dem Krankenversicherungsbeitrag (Zuzahlungen, Diagnosemaßnahmen), die kranke Menschen über ihr Leiden hinaus materiell belasten, lehnen Religiöse Sozialisten und Sozialistinnen ab. Ebenso wenden wir uns gegen die systematische

Streichung von Teilen medizinischer Versorgung aus dem Leistungskatalog der Krankenkassen (Unterscheidung kassenvergüteter Grund- und selbst zu bezahlender Wahlleistungen), die konservative und liberale Parteien anstreben. Das würde Arbeitgeber/innen aus ihrer Verantwortung entlassen, Angestellten mit höherem Verdienst eine bessere Gesundheitsversorgung bieten und für die übrigen Versicherten die Versorgung weiter verschlechtern.

Gesundheitsfördernde Arbeitsbedingungen

Die Frauen und Männer, die ihre verantwortungsvolle Arbeit in Unternehmen und Einrichtungen des Gesundheitswesens tun, müssen dafür gesunde Arbeitsbedingungen vorfinden. Gehetzte, übermüdete, unzureichend mit Weiterbildung und Supervision versorgte Schwestern und Pfleger, Ärztinnen und Ärzte sind nicht in der Lage, ihre an-



Jesus heilt den Blinden, Holzschnitt, 1520

spruchsvollen Aufgaben fachlich einwandfrei zu erfüllen und sich leidenden Menschen annehmend zuzuwenden. Religiöse Sozialistinnen und Sozialisten fordern deshalb zum Wohl aller Betroffenen im Gesundheitswesen Dienstzeiten, die Überlastung vermeiden und tarifliche Bezahlung. Außerdem sollen Beratungsangebote das berufliche Handeln bewusst machen und zur Verarbeitung von Belastungen beitragen.

Soziale Kontrolle des Gesundheitswesens

Die fortschreitende Privatisierung und Globalisierung des Gesundheitssystems muss gestoppt werden. Gesundheit ist keine Ware, ebenso wenig wie Bildung, Verkehrswesen, Wasser- und Energieversorgung. Diese Güter dürfen nicht den Gewinninteressen von Konzernen preisgegeben werden, die oft weltweit tätig sind. Deshalb fordern Religiöse Sozialistinnen und Sozialisten auch eine demokratisch legitimierte Kontrolle des Allgemeinen Abkommens über Handel mit Dienstleistungen GATS (General Agreement on Trade in Services) der Welthandelsorganisation.

Gesundheitsfördernde Lebensbedingungen

Herz-Kreislauf-, psychische Erkrankungen und Krebs nehmen zu. Das deutet auf ungesunde Lebensverhältnisse hin. Religiöse Sozialistinnen und Sozialisten setzen sich deshalb für eine umfassende Gesundheitspolitik ein, die die Wirtschafts- und Lebensbedingungen als krank machend und kränkend erkennt. Arbeitslosigkeit auf der einen, Arbeitsüberlastung auf der anderen Seite, beides schwerwiegende Quellen für psychischen Stress, müssen zu einem Ausgleich gebracht werden. Wirtschaftliche und politische Entscheidungen für gesunde Nahrungsmittel, gegen Umweltverschmutzung und Lärmbelastung müssen getroffen werden.

Würdiges Sterben

In der Gesundheitsversorgung soll die Erkenntnis gefördert werden, dass Sterben zum Leben gehört und kein Versagen der Medizin ist. Menschen, deren Lebenskraft und -wille zu Ende geht, haben Anspruch darauf, sterben zu dürfen und dabei liebevoll gepflegt zu werden, auch in stationären Einrichtungen. Deshalb treten Religiöse Sozialistinnen und Sozialisten dafür ein, dass Sterbende und die, die sie begleiten, gesellschaftliche und medizinische, ideelle und finanzielle Unterstützung bekommen.

Als Christ Sozialist – als Christin Sozialistin

Der Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V. (BRSD) drückt mit diesem Leitgedanken aus, dass unser Glaube an die verheißene Gottesherrschaft unser politisches Handeln für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung motiviert. Er begründet unser Eintreten gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Der BRSD steht in der Tradition der Jesusbewegung und der Arbeiterbewegung. Er hält marxistische Gesellschaftsanalyse und Reich-Gottes-Theologie für notwendig und hilfreich.

Wir legen Wert auf basisdemokratische Strukturen, eine gemeinsame Frömmigkeitspraxis und vertrauensvolle Beziehungen untereinander.

Der BRSD versteht sich parteiunabhängig und ökumenisch. Er verfolgt seine Ziele frei von institutionellen und finanziellen Rücksichten. Bundesmitglieder und Vorstand tun ihre Arbeit als freiwillig unbezahlten Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung.

► Zur Gesundheitspolitik erschien im vorigen Heft ein Artikel von Ulrich Peter über Kürzungen im Gesundheitsbereich.

Marie Veit – Vom Charme Gottes reden

Eine Textsammlung, herausgegeben von Else Grell

Am 18. August 2002 wurde MARIE VEIT, Grande Dame des christlichen Sozialismus, Religionspädagogin und Lehrerin von Dorothee Sölle, 81 Jahre alt. Ihr zu Ehren hat ELSE GRELL eine 96 Seiten starke Broschüre mit autobiographischen Skizzen, ausgewählten Texten aus Interviews, Predigten und Vorträgen herausgegeben. Das Heft ist unter der ISBN 3-924392-45-5 in jeder Buchhandlung bestellbar. CuS dokumentiert das Vorwort und das Inhaltsverzeichnis mit herzlichem Dank an Else Grell und Segenswünschen für Marie Veit. (Red.)

Vorwort

»Es wäre schön, wenn ich noch mal predigen könnte«, sagte Marie Veit, als sie mit mir und meiner Familie das Neue Jahr 2002 begrüßte. Diesen Wunsch möchte ich – als ihre frühere Schülerin in Köln – mit der Herausgabe dieser Broschüre wenigstens indirekt erfüllen. Ich meine, die Gedanken und Erinnerungen der bekannten evangelischen Theologin, die zurückgezogen in ihrer Heimatstadt Marburg an der Lahn lebt, sind auch in der jetzigen Zeit lesenswert. Zum Titel »Vom Charme Gottes reden« hat mich Marie Veits Abschiedsvorlesung von 1990 angeregt – dort beschreibt sie »Gnade« als »Charme Gottes, mit dem er sich dem hochgeliebten Menschen zuwendet«.



Marie Veit

Marie Veit hat ein Taschenbuch geschrieben, das aber leider vergriffen ist. Ihre zahlreichen Veröffentlichungen sind in Fachbüchern und Zeitschriften verstreut; eine Auflistung existiert im Comenius-Institut. Lebendige Gespräche, Diskussionen und gemeinsames Handeln waren ihr immer wichtiger als Bücher zu schreiben.

Stark geprägt wurde Marie Veit durch ihr Elternhaus, die Bekennende Kirche, die Schul- und Studienzeit während des Hitler-Regimes sowie durch die Gedanken und das Leben Dietrich Bonhoeffers. Bescheiden, aber beharrlich hat sie ihre Ziele in Ausbildung und Beruf verfolgt, oft unter schwierigen Umständen, und manchmal auch gegen männliche Vorurteile. Ihre Haupttätigkeiten – Unterrichten, Predigen und Lehren verband sie immer mit Fürsorge für die Menschen, die ihr anvertraut waren, und mit dem Eintreten für die Interessen Schwächerer und Benachteiligter. Die ökumenische Zusammenarbeit der Kirchen und die Achtung vor anderen Religionen sind ihr wichtig und selbstverständlich.

Das Verständnis des jüdischen Glaubens als Wurzel der christlichen Religion gehört zu den Grundlagen ihrer Theologie. Ihre Er-

Vom Charme Gottes reden

Inhalt

Vorwort

Vita

1. AUS KINDHEIT UND JUGEND

- Meine frühesten Erinnerungen sind stark angstbesetzt
- Ich sollte zuerst Kochen und Fegen lernen

2. VOM LEBEN UNTER DEM NATIONALSOZIALISMUS – UND DANACH

- Wir galten als jüdische Mischlinge
- Erlebnisse als Studentin der Theologie
- Ich habe mal vor der Gestapo gestanden
- Reise mit dem Verein »Zeichen der Hoffnung« nach Polen
- Reise nach Israel

3. THEOLOGIE FÜR KIRCHE UND GEMEINDE

- Reise in die Sowjetunion zu orthodoxen Kirchen
- Sehet, welch ein Mensch! Kirchentagsmeditation
- Besser zu zweien als alleine Traupredigt
- Segensgebet – zur Taufe
- Chancen und Grenzen der Volkskirche – Vortrag zum Reformationsfest
- Was heißt christlich leben? Gott im Alltag, Gott in Ausnahmesituationen – Vortrag über D. Bonhoeffer

4. GESELLSCHAFTSPOLITISCHES ENGAGEMENT

- Politisches Nachtgebet und Christen für den Sozialismus
- Forschungssemester in Paris bei der Mission Populaire
- Als Gastdozentin in São Leopoldo, Brasilien
- Mit einer Delegation der Friedensbewegung in China
- Wie hab ich's mit den Parteien? – Essay
- Predigt über Jona – gegen Resignation

5. GEDANKEN ZUR RELIGIONSPÄDAGOGIK

- Zwei Unterrichtsbeispiele
- Mitspielen lernen im Spiel der Religion – Beitrag für eine Festschrift
- Der Religionsunterricht und die Frage nach Wahrheit – Abschiedsvorlesung
- Von Bultmann zur Didaktik des Religionsunterrichtes eine Testamentsvollstreckung. – Festvortrag anlässlich der Goldenen Promotion

fahrungen während der Nazi-Zeit haben sie gegen Rechtsradikalismus sensibilisiert und sie bestärkt, sich politisch zu engagieren. Der Glaube an die biblisch begründete Hoffnung ist die Quelle ihrer Kraft, ergänzt durch Freude am Reisen, Erleben der Natur, Feiern – besonders mit Kindern, an Gemeinschaft und an Musik. Ihr trockener Humor hilft – auch ihr selbst – über manche Enttäuschung hinweg.

Die Texte für diese Broschüre habe ich so ausgewählt und gegliedert, dass die Leser/innen einen intensiven Einblick in Marie Veits Leben, ihr umfangreiches Wirken und ihre Gedanken erhalten, und in manchem auch ihren Humor heraus hören können, vor allem bei den Reiseberichten. Es handelt sich zum Teil um Original-Texte, zum Teil um überarbeitete Texte von Vorträgen, Predigten, Interviews und autobiographischen Erzählungen; die meisten sind bisher unveröffentlicht.

Den Leser/innen wünsche ich möglichst viel Freude – und persönlichen Gewinn – bei der Lektüre der Broschüre. Entdecken Sie Marie Veit!

Biberach an der Riß, im Juni 2002, Else Grell

Marie Veit Vom Charme Gottes reden



Herausgegeben
von Else Grell



Die Auferweckung Jesu von den Toten

HEINZ ROHR hat das neue Buch Gerd Lüdemanns über Jesu Auferstehung gelesen.

Das vorliegende Buch ist nicht identisch mit dem Werk »Die Auferstehung Jesu. Historie, Erfahrung, Theologie«, Stuttgart 1994 (RADIUS-Verlag), es ist lediglich dessen vielfach verbesserte Neuauflage. Der Verfasser hat diesmal auf die intensive Diskussion der älteren exegetischen Sekundärliteratur (z. B. C. Holsten) verzichtet. Dafür gibt es eine Reihe von Zitaten aus D. F. Strauß, aber auch Anleihen bei Feuerbach, Nietzsche, de Lagarde, Ebeling und le Bon.

Etwa 120 Seiten sind der rein exegetischen Arbeit gewidmet – wie immer glänzend gemacht! Paulus und die Evangelien ziehen mit ihrem vielfältigen Auferstehungszeugnis an uns vorüber. Sehr feinsinnig werden z. B. die Emmausgeschichte und die Erscheinung von Maria Magdalena (»Noli me tangere!«) analysiert. Das Fazit: Historisches Faktum ist nicht die Auferstehung Jesu (sie wird im Neuen Testament nirgends geschildert), sondern nur der Glaube der Jünger an die Auferstehung. (So schon Bultmann!) Wie kam es dazu? Jesus ist tot. Die Jünger fliehen nach Galiläa. Petrus erlebt als erster eine Jesus-Vision! Aus einer von Trauer und Enttäuschung gequälten Seele erhebt sich ein »lebendig-vitales Bild« des geliebten Meisters. Das »Bild« ist Produkt der »Trauerarbeit« des Petrus. (Lüdemann beruft sich hier auf das Werk meines

Frankfurter Kollegen Y. Spiegel über den »Prozeß des Trauerns«, 1973, 71989). Das Beispiel des Petrus reißt die anderen mit. So entsteht die Überzeugung: ER ist nicht tot, ER lebt!

Ich kann also sagen: »Jesus lebt!«, so wie ich etwa sagen kann: »Goethe lebt!« Anders gesagt: Das Kreuz ist historische Realität, die »Auferstehung« (genauer: Auferweckung) ist »nur« ein Symbol. Ein Symbol steht für etwas Gemeintes. Was ist das Gemeinte? 1. »Die Sache Jesu geht weiter« (W. Marxsen). 2. »Jesus ist ins Kerygma (die Verkündigung, Botschaft) hinein auferstanden« (Bultmann), d. h. wo ER gepredigt wird, ist ER lebendig gegenwärtig. 3. »Jesus ist in unser Leben auferstanden« (D. Sölle). Drei bedenkenswerte Modelle – für mich alle drei überzeugend! Was wollen wir mehr?

Lüdemann geht freilich einen radikaleren Weg. Er fragt: »Was ist eine Vision?« Er bezieht die moderne Psychologie (C. G. Jung, Freud) mit ein und bekämpft heftig die so genannte »objektive Visionshypothese«, wie sie z. B. Hans Graß in seinem sonst »vorzüglichem« Buch (Lüdemann) vertreten hat. Ich habe bei Graß in Marburg seine Vorlesung über »Ostergeschehen und Osterberichte« gehört (als Buch erschienen 1956, 4. Aufl. 1970). Graß wollte jedes bloß »subjektive« Missverständnis der Visionen des Auferstandenen ausscheiden. Gott musste für ihn hinter diesem Offenbarungsgeschehen stehen. Aber für Lüdemann ist Offenbarung »kein wissenschaftlicher Begriff«; das so genannte Auferstehungsgeschehen beruht vielmehr auf »Selbsttäuschung«.

Dem Ursprung und der Geschichte dieser »Selbsttäuschung« geht Lüdemann in Ka-

pitel 4 nach, um dann in Kapitel 5 zu fragen: »Kann man trotz der historischen Nicht-Auferstehung Jesu redlicherweise noch Christ sein?« Die Auseinandersetzung mit H. Kessler (und in der »Beigabe 4« mit I. U. Dalferth und J. Ringleben) ist m. E. schlagend.

Hochwichtig für das Verständnis von Lüdemanns Position sind die »Exkurse« 2 und 3 sowie die »Beigaben« 2 und 3. Hier geht es um das Auferstehungsverständnis der Gnosis. Wichtige gnostische Texte werden analysiert: immer geht es um Maria Magdalena, die Gefährtin Jesu, der »Frau, die das All kennt«.

Lüdemann erweist sich hier als moderner Gnostiker bzw. als Vertreter einer spiritualistischen Mystik (der Ausdruck S. 209 u. 232). Er ruft Spinoza zum Zeugen an: die »geistige Liebe zu Gott (ist) ein Teil der unendlichen Liebe, mit der Gott sich selber liebt«, und das Gebet »ein Teil des unendlichen Gesprächs, das Gott mit sich selber führt« (209).

Lüdemanns Buch ist der Beweis dafür, dass kritische Arbeit am Bibeltext und mystische Tiefenschau durchaus zusammengehen können. Ein ganz neuer Lüdemann.

Gerd Lüdemann, Die Auferweckung Jesu von den Toten. Ursprung und Geschichte einer Selbsttäuschung, zu Klampen Verlag, Lüneburg 2002, 256 S.



Neues aus Qumran

HEINZ RÖHR erklärt, warum es sich trotz mancher Zweifel lohnt, »Die Messias-Sucher« von Carsten Peter Thiede zu lesen.

Wieweit kann man einem Buch trauen, bei dem gleich im Inhaltsverzeichnis zwei dicke Druckfehler stehen: Pinius (statt Plinius) und Thimotheus (statt Timotheus)? Wieweit kann man einem Autor trauen, der sich in der Qumran-Debatte nachweislich mehrmals total vergaloppiert hat? In seinem Buch »Der Jesus-Papyrus« (1996) behauptete Thiede, 200 Jahre Leben-Jesu-Forschung seien für die Katz gewesen und das Ingenium eines Rudolf Bultmann (»Bultmann irrte«) müsse sich seinem »konfokalen Laserrastermikroskop« beugen. (Vgl. hierzu H. Röhr, Jesus und Qumran, Beiheft zum QUAKER Nr. 3, Okt. 1996, S. 9ff.)

Ferner behauptete er, drei briefmarkengroße Schnipsel aus dem Matthäus-Evangelium (P64, Oxford) seien der »erste Beweis für einen Augenzeugenbericht vom Leben Christi«, geschrieben 66 n. Chr. Damit nicht genug: das Meisterstück Thiedes war die »Identifizierung« eines Minifragments aus Höhle 7 bei Qumran (7Q5), bestehend aus 20 Buchstaben, davon 10 beschädigt oder ganz zerstört, als ein Stück aus dem Markus-Evan-



gium! Markus, ein »christliches« (Tiede liebt den Ausdruck »judäo-christliches«) Fragment in Qumran!!?

Aber das ist nicht alles: Es bleiben in dem vorliegenden Buch vor allem eine Reihe von indiskutablen Datierungen und Echtheitsbestimmungen aus dem Bereich der neutestamentlichen Schriften (ich habe mir 18 Stellen notiert): Von der Frühdatierung des Johannes-Evangeliums (vor 70 n. Chr.) über die Frühdatierung der Offenbarung Joh. (vor 69 n. Chr.), unter Hinweis auf J. A. T. Robinson bzw. auf K. Berger, bis zur Behauptung der »Echtheit« des 1. und 2. Petrus-Briefes (letzteres eine Spezialität Thiedes), des Jakobus-, des Kolosser- und des 1. Timotheus-Briefes. Ganz zu schweigen von Entgleisungen wie im Falle Jesus – Johannes der Täufer (»Prophet, der auf den Messias zeigen konnte, der neben ihm stand«) oder der Bezeichnung Josefs als »Adoptivvater« Jesu.

Was die Deutung von Jesu sog. Leidens- und Todesweissagungen betrifft, so hat Thiede alle kritischen Neutestamentler von A. Schweitzer und M. Dibelius bis R. Bultmann gegen sich: Jesus hat, das ist allgemeine wissenschaftliche Meinung, nichts über den Sinn seines Leidens und Todes gesagt. (Den »Fall« von Jesu Auferstehung bzw. Auferweckung diskutiert Thiede erst gar nicht: Diese steht ihm offenbar von vornherein fest.)

Trotz dieser Vorbehalte möchte ich um Vertrauen für dieses Buch und seinen Autor werben. Er hat sich diesmal der Ausfälle gegen Bultmann u. a. enthalten, er hat sich entschieden von den vielfach zweifelhaften Werken von Eisenman, Baigent/Leigh und Barbara Thiering distanziert, und er sagt anerkennend Worte gegenüber seinen »Gegnern« G. Vermes, H. Stegemann und E. Puech.

Das Buch ist trotz aller Abstriche, die der kritische Leser machen muss, eine gute, populär gehaltene Einführung in die Qumran-Debatte. Es ist überaus spannend zu lesen, wie der Verfasser den mühsamen und auf-

wendigen Prozess der Arbeit an den Textfragmenten vorführt. Darüber hinaus ist das Werk ein guter Überblick über die judäisch-christliche Geisteswelt. Eins wird auf alle Fälle klar: Johannes der Täufer und Jesus sind nicht in Qumran in die Lehre gegangen. Das frühe (Juden-)Christentum ist kein Abklatsch von Qumran, sondern ein eigenständiges Gewächs auf dem gemeinsamen Boden des Judentums, geprägt von dem einzigartigen Charisma des Mannes aus Nazareth. Wenn Thiede dies meint – und er meint es –, dann stimme ich ihm zu.

Carsten Peter Thiede, Die Messias-Sucher. Die Schriftrollen vom Toten Meer und die jüdischen Ursprünge des Christentums, Kreuz-Verlag Stuttgart 2002, 320 S., € 19,90.



Günstige antiquarische Literatur nicht nur zum religiösen Sozialismus

Liste gegen Rückporto (1,12€) bei Ulrich Peter, Fechnerstraße 18, 10717 Berlin oder auf Anforderung per E-Mail an UPeter2964@aol.com

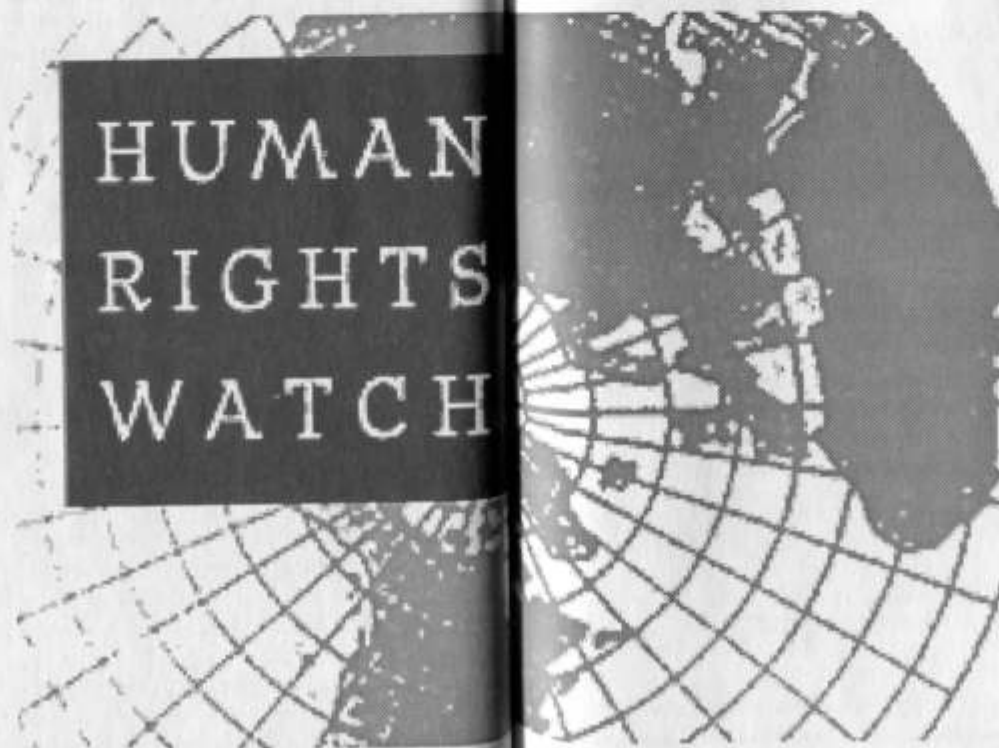
Die Grenzen der Toleranz

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch hat zwei neue Untersuchungen zur Meinungsfreiheit in Chile veröffentlicht. JÜRGEN SCHÜBELIN hat sie für uns gelesen.

Darüber, dass im Fall Chiles der unblutige Übergang von einem autoritären, staats-terroristischen Regime zu einer präsidentiellen Demokratie zumindest auf formaler, institutioneller Ebene als Erfolg bewertet werden kann, besteht zwölf Jahre nach dem Ende der Pinochet-Diktatur ein relativ breiter Konsens. Trotz notorischer Episoden des Säbelrassels und der militärischen Drohgebärden gegenüber den Regierungen der drei Präsidenten der *concertación* Patricio Aylwin (1990 – 1994), Eduardo Frei (1994 – 2000) und Ricardo Lagos (seit 2000), trotz offensichtlicher autoritärer Enklaven im politischen System des Landes – etwa in Gestalt des von Generälen beherrschten Nationalen Sicherheitsrates oder der absurden Situation, dass es in Chile dem Staatsoberhaupt verwehrt ist, souverän über die Ernennung oder Entlassung der Oberbefehlshaber der Streitkräfte zu entscheiden, hat die Akzeptanz gegenüber demokratisch-parlamentarischen Entscheidungsprozessen und rechtsstaatlichen Prinzipien zugenommen. Dazu trug vor allem auch ein Generations- und Politikwechsel innerhalb des Justizsystems bei. Immer mehr Richter sind bereit, die Staatsdoktrin von der *impunidad*, der als Bedingung für die *transición*, den Übergang vom Militärstaat zur »geschützten« Demokratie, diktierten Straflosigkeit für alle unter Pinochet begangenen Menschenrechtsverbrechen, in Frage zu stellen. Eine Reihe von Tätern in Uniform wurden in den vergangenen Jahren in rechtsstaatlichen Verfahren abgeurteilt, auch wenn der Prozess gegen Pinochet selbst am Ende von den alten Seilschaften verhindert werden konnte.

Allerdings gibt es einen besonders sensiblen Bereich, in dem die Rückkehr zur Demokra-

tie noch lange nicht vollzogen ist. Die internationale Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (hrw) kommt in ihren systematischen Untersuchungen über den Zustand der Presse- und Meinungsfreiheit in Chile zu dem Schluss, dass gerade diese fundamentalen Grundrechte nach wie vor in einer unter westlichen Demokratien beispiellosen Weise Restriktionen und Sanktionen unterworfen sind. Unverbrämt autoritäre Tendenzen in den chilenischen Gesetzbüchern, in der politischen Kultur und der Tradition der Rechtsprechung verhinderten bisher, so der Tenor der beiden Publikationen, sowie der zahlreichen, darüber hinaus von hrw veröffentlichten Fallberichte und Einzeldokumentationen über die Verletzung der Pressefreiheit in Chile (eine Übersicht unter: www.hrw.org), eine Konsolidierung und Verankerung der Demokratie in dem südamerikanischen Land.



Die „Grenzen der Toleranz“ bekommen in Chile auch noch im zwölften Jahr der *transición* am schnellsten all jene Journalisten und Medienverantwortlichen zu spüren, die für Militär und Justiz besonders sensible Themen recherchieren und publizieren: Korruptionsprobleme innerhalb des Heeresapparates, die noch immer perfekt funktionierenden Mechanismen zum systematischen Vertuschen und geplanten Verschwindenlassen von Beweismaterial im Fall von Menschenrechtsverbrechen unter der Diktatur, Beispiele von bezahlter Einflussnahme auf Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes – oder entlarvende Reportagen über den Drogenkonsum unter Parlamentariern. Die Autoren der Dokumentation beschreiben minutiös, wie kritische Journalisten und Autoren mundtot gemacht werden. Das Repertoire reicht von Verfahren vor Militärgerichtshöfen, vor denen sich Zi-

vlisten in Chile dann verantworten müssen, wenn sich ein Uniformträger von ihnen beleidigt fühlt – oder weil die Veröffentlichung einer Reportage entweder als „Aufruf zum Verrat“ oder als Spionagetatbestand interpretiert wird, bis zu folgensweren Anklagen unter dem Vorwurf, gegen das Staatssicherheitsgesetz verstoßen zu haben. Besonders während der ersten Hälfte der neunziger Jahre gaben sich Reporter, Redakteure und Herausgeber fast aller kritischen Printmedien Chiles – sowie selbst der Regierungszeitung *La Nación* – vor Militärstrafkammern die Klinke in die Hand, über 30 Pressevertreter wurden zu drakonischen Haft- oder Geldstrafen, die nicht selten ihren Zeitschriften den wirtschaftlichen Garaus bescherten, verurteilt – und das alles vor dem Hintergrund der Ermordung von über 100 Journalisten, Publizisten, Autoren und sonstigen Pressemitarbeitern während der 17 Jahre unter Pinochet.

Mehreren prominenten politischen Autoren, die nach Veröffentlichung ihrer Arbeiten auf der Flucht vor den chilenischen Militärstaatsanwaltschaften in den USA Schutz suchten, musste in den vergangenen Jahren von den nordamerikanischen Behörden das Recht auf politisches Asyl eingeräumt werden, obwohl Chile doch seit 1990 gerne als demokratischer Musterstaat in Lateinamerika gelobt wurde.

Erst ganz allmählich beginnen Gesetzesinitiativen der Lagos-Regierung, wie das kürzlich auf den Weg gebrachte neue Presserecht, die Verurteilungswut der Militär- und Strafjustiz zu bremsen. Danach sollen in Zukunft Journalisten aufgrund ihrer Veröffentlichungen zumindest nicht mehr wegen Verbrechen gegen die Staatssicherheit angeklagt werden können.

Human Rights Watch dokumentiert aber auch, wie durch wirtschaftliche Einflussnahme – etwa Anzeigenboykotte – und politischen Druck aller Windstärken verhängnisvolle Mechanismen der journalistischen

Selbstzensur zur Selbstverständlichkeit werden, mit fatalen Folgen für die ohnedies höchst eingeschränkte pluralistische Medienkultur im Land. Vor allem junge Menschen geben bei Umfragen immer wieder an, dass für sie das Fehlen von Pressefreiheit und die allgegenwärtige, bleierne Präsenz der Zensur einer der Hauptgründe für die Nichtteilnahme an Wahlen und die völlige Distanz zum politischen System der *transición* bilde. Auf kurze medienpolitische Öffnungsperioden, Phasen eines chilenischen *destape*, etwa unter Präsident Patricio Aylwin, folgten in den vergangenen Jahren immer wieder bittere Rückschritte – oder besser Rückfälle, Repressionen gegen Journalisten und Medien, die *Human Rights Watch* seriös, faktenorientiert und trotzdem engagiert dokumentiert.

Die grotesken Entscheidungsfindungsmechanismen einer sich jeglicher rechtsstaatlichen Kontrolle entziehenden Zensurbehörde, deren Struktur seit den ersten Jahren des Militärregimes unverändert belassen wurde, bilden einen weiteren wichtigen Untersuchungsgegenstand der beiden Dokumentationen: Beschrieben wird, warum Filme wie Martin Scorsese's *Last Temptation of Christ* – u. a. auf massiven Druck der Hierarchie der katholischen Kirche – in Chile nicht gezeigt werden dürfen, zahlreiche preisgekrönte Produktionen engagierter chilenischer Filmemacher, die nach dem Ende der Pinochet-Diktatur entstanden, nur im Ausland zu sehen sind und selbst klassische Filmdokumentationen über den Pinochet-Putsch von 1973 von chilenischen Fernsehsendern nicht ausgestrahlt werden. Ihre Verbote begründete die Zensurbehörde fast in allen Fällen damit, dass diese Filme »den grundlegenden Prinzipien des Vaterlandes wie Ehre und Schutz der Familie« zuwiderhandeln, das internationale Ansehen Chiles besudeln oder das religiöse Empfinden der Mehrheit der Bevölkerung verletzen.

Deutlich wird vor allem bei der Analyse der Mechanismen und Auswirkungen dieser

Zensur, wie gerade die katholische Amtskirche mit ihrem konservativen Medien- und Gesellschaftsverständnis und ihrem nach wie vor außerordentlich großen Einfluss auf das politische Establishment – gleich welcher Couleur – autoritäre, antiliberalen und antiemanzipatorische Tendenzen im Nach-Pinochet-Chile verstärkt und zu perpetuieren sucht.

Der sozialdemokratische Präsident Ricardo Lagos hatte vor seiner Wahl versprochen, alles zu tun, um die Zensur im Land abzuschaffen. Dass ihm das bislang nicht gelang, ist ein Beleg mehr für die Unverzichtbarkeit der kontinuierlichen kritischen Begleit- und Dokumentationsarbeit von *Human Rights Watch* und anderer Menschenrechtsorganisationen – sowie eines geschärften Blickes der internationalen Öffentlichkeit auf einen in der Tat dunklen Fleck an der Weste des vermeintlichen südamerikanischen Musterlandes.

Human Rights Watch (Hg.): Chile: Progress Stalled – Setbacks in Freedom of Expression Reform, HRW-Report, New York & Washington 2001, 32 S.

Human Rights Watch (Hg.): The Limits of Tolerance – Freedom of Expression and the Public Debate in Chile, New York & Washington 1999, 170 S.

Neu erschienen:

Ulrich Peter: *Christuskreuz und rote Fahne. Der Bund der religiösen Sozialisten in Westfalen und Lippe während der Weimarer Republik.*

Erwin Eckert, Emil Fuchs: *Blick in den Abgrund. Das Ende der Weimarer Republik im Spiegel zeitgenössischer Berichte und Interpretationen.* Hrsg. v. Friedrich-Martin Balzer und Manfred Weißbecker.

Mehr dazu im nächsten Heft.

Wir über uns:

Informationen
für neue Leserinnen und Leser

Der Bund der religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands (BRSD) besteht seit 1919/26. Die in der Weimarer Republik zahlenmäßig wie qualitativ bedeutende religiös-sozialistische Organisation wurde 1933 verboten, viele ihrer Mitglieder starben durch den Faschismus. Nach 1945 entstand der BRSD neu, wurde aber im kalten Krieg zwischen den Machtblöcken zerrieben. In den 70er Jahren war nur ein kleiner Rest übriggeblieben, der zusammen mit Christinnen und Christen aus der Studentenbewegung den Bund neu aufbaute.

Heute sind wir eine kleine, aber lebendige Gruppierung, die ihre Aufgabe darin sieht, in Kirche und Gesellschaft die Interessen der Unterprivilegierten bei uns und in der Welt zur Sprache zu bringen, die Ursachen von Armut, Verelendung und ökologischer Krise zu benennen und für die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft zu arbeiten. Unser Ziel ist eine solidarische Gesellschaftsordnung, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen. Richtschnur dieser Praxis ist für uns das Evangelium und das verheißene Reich Gottes. Die Bibel spricht von dem Gott, der aus Unterdrückung und Ausbeutung befreit, der Unrecht anprangert und Gerechtigkeit will, der »die Mächtigen vom Thron stößt und die Erniedrigten aufrichtet«. Jesus von Nazareth hat das »Reich Gottes« für diese Erde verkündet.

Wir sind keine Partei und keine Sekte, auch keine neue Kirche oder Therapiegruppe. Wir gehen auch nicht davon aus, daß wir im Besitz der alleinigen Wahrheit sind. Wir sind ein Zusammenschluß von Menschen verschiedener Berufe, Theologinnen, Intellektu-

elle aller Sparten und auch Angestellte, ArbeiterInnen, StudentInnen usw. Wer Karriere machen will, ist bei uns falsch. Auch bezahlt wird bei uns niemand.

Wer mit uns der Meinung ist

- dass das Ende des »realen Sozialismus« nicht das Ende der Geschichte ist;
- dass Gottes Reich auch eine Verheißung für diese Erde ist (»Wir harren eines neuen Himmels und einer neuen Erde«);
- dass die beste (aber nicht einzige!) Form der Solidarität mit den Armen dieser Welt der Kampf um Veränderungen in den kapitalistischen Zentren ist;
- dass Christinnen zu dieser Befreiung mehr beizutragen haben, als ein mehr oder weniger frommes Gemüt;
- dass es nicht genügt, Basisgemeinden in Brasilien schicken zu finden, aber sich in der BRD vor einer Organisation zu hüten;

wer mit anderen zusammen Antworten suchen und zusammenarbeiten will, die/den laden wir ein, sich mit uns zusammen auf den Weg zu machen. Jedes Abo und jede Mitgliedschaft/Mitarbeit stärkt uns und unsere Arbeit.



Lebens(t)räume

Der Verein zur Erforschung und Förderung von Volksbildung und internationaler pädagogischer Zusammenarbeit e.V. gibt den deutsch-nicaraguanischen Kalender für das Jahr 2003 heraus und schickte uns hierzu die folgende Vorstellung.

Nach einer zweijährigen Pause erscheint in diesem Jahr wieder ein gemeinsamer deutsch-nicaraguanischer Kalender. Wir haben uns entschlossen, die Gestaltung des Kalenders zu übernehmen, weil wir diese schöne und wertvolle Tradition gerne aufrechterhalten möchten. Dies ist eine gute Möglichkeit, unsere Verbundenheit mit den Menschen in Nicaragua zu zeigen.

Bei der Auswahl der Gedichte haben wir uns ausschließlich auf nicaraguanische Dichter beschränkt. Ebenso sind alle Fotos von Gruppenmitgliedern in Nicaragua aufgenommen worden.

Wir haben den Kalender unter das Motto »Lebens(t)räume« gestellt. Träume, die verbinden, Räume die trennen. Unsere Lebenswelten sind sehr unterschiedlich. Während es sich hier in Deutschland zumindest materiell sehr gut leben lässt, sind die Lebensbedingungen der Menschen in Nicaragua wesentlich ungünstiger. Der Großteil der Bevölkerung ist sehr arm, das Land ist hochverschuldet. Ob die im Rahmen des Erlassjahres 2000 zugesprochene Entschuldung tatsächlich durchgeführt wird, steht noch nicht fest. Ob die dadurch eingesparten Gelder der Armutsbekämpfung zugeführt werden, steht in den Sternen.

Wer erinnert sich nicht an den Herbst 1998, wo der Wirbelsturm »Mitch« das Land katastrophal verwüstet hat. Wie viele Menschen haben damals, wenn nicht ihr Leben, so doch ihren Lebensraum verloren; viele sicherlich auch ihren Lebensraum.

Wir möchten den Menschen in Nicaragua helfen, vielleicht einen Teil ihrer Träume ver-

wirklichen zu können. Der Erlös dieses Kalenders kommt der Weiterbildung von GrundschullehrerInnen zu Gute.

Dieser Kalender wird verkauft zur Unterstützung eines Projektes zur LehrerInnen-Fortbildung im Raum Matagalpa. Olivia Alvarez Alvarado hat es initiiert und leitet es seitdem – in Zusammenarbeit mit der LehrerInnen-Gewerkschaft ANDEN, Matagalpa.

Jeden Monat werden »tolleres«, Werkstattseminare, durchgeführt für die Lehrerinnen und Lehrer ohne (»empiricos«) und solche mit Abschlussprüfung, die an weit entfernten Orten arbeiten und nicht die finanziellen Mittel haben, das entsprechende Material zu erwerben. Die Seminare helfen, die Qualität des Unterrichts zu verbessern.

Die TeilnehmerInnen erhalten bei einem Seminar didaktisches Material, Material für handwerkliches Arbeiten, Fahrtkostenersatz für An- und Rückreise und ein Mini-Mittagessen. Jeden Monat sind es fast 100 LehrerInnen, die an den Seminaren über pädagogische, psychologische, soziale und handwerkliche Themen teilnehmen.

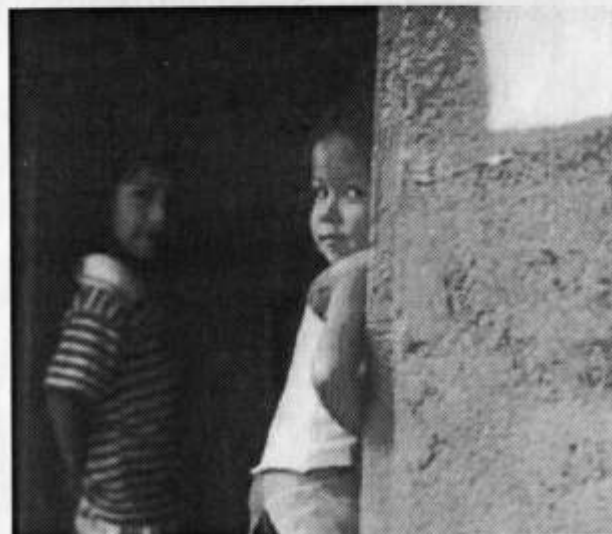
Anfang des Jahres erhalten 25 LehrerInnen, die das staatliche Lehrerbildungsseminar besuchen und regelmäßig an den Seminaren teilnehmen, ein Stipendium, was gerade dafür reicht, sich das nötige Material kaufen zu können. Für die LehrerInnen bedeuten die Kurse praktische Hilfe und Motivation, ihre Arbeit trotz aller Schwierigkeiten weiter zu führen.

Sie können das Projekt unterstützen durch den Kauf des Kalenders oder durch eine Spende auf das Konto des Vereins zur Erforschung und Förderung von Volksbildung und internationaler pädagogischer Zusammenarbeit e.V., Postbank Frankfurt (BLZ 500 100 60), Kto.-Nr. 388768601.

Weitere Informationen unter:
www.nica-vipz.de

- KEINE ANZEIGE -

Lebens(t)räume 2003



sueños de la vida – espacios para la vida

Deutsch-spanischer Postkartenkalender für 2003 mit 13 Motiven und 13 Texten der nicaraguanischen Literatur zur Unterstützung der Ausbildung von GrundschullehrerInnen und der Volksbildung in Nicaragua. Herausgegeben vom Verein zur Erforschung und Förderung von Volksbildung und internationaler pädagogischer Zusammenarbeit, Limburg und dem Arbeitskreis Solidarität mit Nicaragua, Würzburg.

Preise:

	Neue Bundesländer	
1 Exp.	7,50 €	7,00 €
Ab 5 Exp.	7,00 €	6,50 €
Ab 10 Exp.	6,50 €	6,00 €

(Rentner, Zivis, Arbeitslose, Studenten o.ä. jeweils 0,50 € weniger)

Zu beziehen bei: VIPZ e.V., Schaumburger Str. 1, 65555 Limburg
Tel/Fax 06431-529157, vipz.ev@web.de

Ich will kein Heft verpassen...

Ich möchte Christ und Sozialist – Christin und Sozialistin (CuS) abonnieren. Und zwar:

- ☐ als Inlands-Abo zu 15 € pro Jahr inkl. Versand.
☐ als Auslands-Abo zu 18 € pro Jahr inkl. Versand.
☐ als Förder-Abo zu _____ € pro Jahr inkl. Versand.

Kündigungen sind jeweils zum Jahresende möglich. Förder-Abos gibt es ab 20 €.

Das bin ich...

Vorname: _____

Nachname: _____

Adresse: _____

Geburtsdatum: _____
 (nur für Mitgliedsantrag erforderlich)

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bei Minderjährigen:
 Unterschrift der gesetzlichen Vertretung: _____

Freiwillige Zusatzangaben: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Ich bin auch Mitglied in folgender Partei / Gewerkschaft / Initiative: _____

Bitte einsenden an: Sekretariat des BRSD e.V.
 Michael Bschorr, Bobes Feld 14, 33818 Leopoldshöhe

Lesen genügt mir nicht...

Ich möchte Mitglied werden im Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V. (BRSD). Und zwar:

- ☐ mit normalem Beitrag von 46 € pro Jahr inkl. CuS-Abo.
☐ mit ermäßigtem Beitrag von 25 € pro Jahr inkl. CuS-Abo für Personen ohne oder mit nur geringfügigem Einkommen.

So möchte ich zahlen...

- ☐ Ich werde den oben angekreuzten Betrag jeweils am Jahresanfang auf das Konto des BRSD e.V., Kontonr. 189 389 464 bei der Postbank Dortmund (BLZ 440 100 46) **überweisen**.
☐ Ich ermächtige den BRSD e.V. hiermit widerruflich, den oben angekreuzten Betrag von meinem Konto **einzuziehen**.

KontoinhaberIn: _____

Kontonr.: _____

Kreditinstitut: _____

BLZ: _____

Unterschrift: _____

Autorinnen und Autoren

Constance L. Benson ist mennonitische Theologin in New York (vgl. CuS 3/2000).

Siegfried Böhringer ist religiöser Sozialist und Pfarrer im Ruhestand in Nagold.

Darius Dunker ist Redakteur und Layouter von CuS und lebt in Aachen.

Maik Eisfeld ist ehemaliger Bundessprecher des BRSD und lebt in Schlotheim in Thüringen.

Jost-H. Eschenburg ist Professor für Mathematik an der Universität Augsburg.

Udo Fleige ist Lehrer für Biologie und Ev. Religion und Redaktionsmitglied von CuS. Er lebt in Tübingen.

Franz J. Hinkelammert, Theologe und Ökonom, lebt in Costa Rica.

Martina Ludwig ist ehemalige Bundessekretärin des BRSD und lebt in Chemnitz.

Anne Nibbenhagen ist Nicaragua-Referentin der Christlichen Initiative Romero e.V.

Ulrich Peter ist Redaktionsmitglied von CuS, Berufsschultheologe und lebt in Berlin.

Helmut Pfaff ist Redakteur von CuS und lebt in Frankfurt am Main.

Heinz Röhr ist emeritierter Professor für Theologie und war viele Jahre im BRSD-Vorstand.

Jürgen Schübelin leitet das Referat Lateinamerika und Karibik bei der Kindernothilfe und lebt in Duisburg.



Religiöse
 Sozialistinnen
 und Sozialisten
 im Internet:
www.brsd.de

Artikel und Briefe

CuS möchte ein Forum sein für alle, die versuchen, Christentum und Sozialismus zusammenzudenken. Deshalb freuen wir uns über Beiträge und Briefe an die Redaktion

✉ **per Post** möglichst auf Diskette, sonst als sauberen Ausdruck oder Schreibmaschinenfassung an:

Redaktion CuS
 Schleidener Straße 139
 52076 Aachen

☎ **telefonisch** an 02408-9299558

✉ **per Fax** an 02408-9299559
 (bitte feine Auflösung einstellen)

✉ **per E-Mail** an cus@brsd.de

Abonnements

In allen Abonnements-Angelegenheiten wenden Sie sich bitte an das BRSD-Sekretariat:

✉ **per Post** an:
 Michael Bschorr, BRSD e.V.,
 Bobes Feld 14
 33818 Leopoldshöhe

☎ **telefonisch** an 05202-884 883

✉ **per Fax** an 05202-884 884

✉ **per E-Mail** an abo@brsd.de

Kündigungen werden zum Jahresende wirksam.

Bezugspreise (inkl. Versand):
 Inland 15 € pro Jahr
 Ausland 18 € pro Jahr
 Förderabo 20 € oder mehr

Bitte überweisen Sie den Betrag jeweils zum Jahresbeginn an den BRSD e.V., Konto 189 389-464, Postbank Dortmund, BLZ 440 100 46

Beträge über 15 € sind als Spende steuerlich absetzbar. Quittungen werden auf Wunsch zugesandt.

Ökumenischer Kirchentag 2003 in Berlin

... anmelden am besten über den BRSD!

...siehe Seite 37

Abo-Verwaltung

Michael Bschorr
Bobes Feld 14
33818 Leopoldshöhe

Redaktionsadresse

Darius Dunker
Schleidender Str. 139
52076 Aachen

siehe Umschlaginnenseite

Der Friede als eine Sache der Ehre Gottes

Das wird aber vollends klar, wenn wir uns nun der Weihnachtsbotschaft der Engel in ihrem ganzen Wortlaut zuwenden.

Hier ist nun ein Punkt von zentraler und entscheidender Bedeutung. Es heißt: *»Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden unter Menschen des Wohlgefallens.«* Der Zusammenhang des Sinnes dieser Worte ist ganz offenbar der: *»Aus der Ehre Gottes entsteht unter den Menschen, die Gott die Ehre geben, mit Notwendigkeit der Friede auf Erden. Die Ehre Gottes steigt mit Christus auf die Erde herunter und wird Friede unter den Menschen.«*

Damit ist der tiefste und höchste Grund des Friedens, das Wesen des Friedens und das Recht des Friedens, in wunderbarer Klarheit und Einfachheit und in wunderbarer Herrlichkeit offenbart: *Der Friede ist eine Sache der Ehre Gottes.* Das ist negativ und positiv betrachtet die Wahrheit.

Negativ: Kann es etwas geben, was stärker der Ehre Gottes widerspricht, als der Krieg und alles, was mit dem Krieg zusammenhängt? Der Krieg ist die große Zerstörung und Schändung der Schöpfung Gottes. Er ist vor allem die Zerstörung und Schändung dessen, was die Krone der Schöpfung darstellt, des göttlichen Ebenbildes im Menschen. Er ist die Zerstörung und Schändung des Zentralheiligums Gottes, gerade auch nach der Bibel, des *Lebens*. [...] Darum hebt das Reich Gottes, das sich im Reiche Christi vollendet, den Krieg auf. Darum ist Gott, ist Christus, der Friede.

Damit sind wir zu der *positiven Seite* der Wahrheit gelangt. Die Ehre Gottes schafft den Frieden. Wer Gott die Ehre gibt, der gibt auch seiner Schöpfung die Ehre. Der gibt Gottes heiligem Recht die Ehre. Dieses heilige Recht erblickt er über all seiner Schöpfung. Sie darf nicht angetastet, darf nicht verstört und zerstört werden durch Selbstsucht und Gewalt des Menschen ... Das Gebot *»Du sollst nicht töten«* steht, ob ihm gehorcht werde oder nicht, im Zentrum der Gebote Gottes.



Leonhard Ragaz
»Friede auf Erden« (1943)